

STAATSANZEIGER



FÜR DAS LAND HESSEN

1 Y 6432 A

1982

MONTAG, 29. NOVEMBER 1982

Nr. 48

Seite	Seite	Seite
Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei		
Erteilung des Exequaturs an Herrn Peter von Koskull, Generalkonsul der Republik Finnland in Frankfurt am Main	2106	
Erteilung des Exequaturs an Herrn Miguel Angel de Camps, Generalkonsul der Dominikanischen Republik in Hamburg	2106	
Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 29. 10. bis zum 12. 11. 1982 ..	2106	
Reisekostenrechtliche Abfindung der Teilnehmer an Fortbildungsveranstaltungen des Landespersonalamtes Hessen	2106	
Der Hessische Minister des Innern		
Baulicher Zivilschutz; hier: Förderung der Errichtung von Schutzräumen für Schulen durch Zuschüsse des Bundes	2107	
Der Hessische Minister der Finanzen		
Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises	2107	
Der Hessische Minister der Justiz		
Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises	2108	
Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik		
Wirtschaftsprüfer-Prüfung im Herbst 1983	2108	
Bekanntmachung über eine Stilllegungsgenehmigung für den Forschungsreaktor Frankfurt 2 (FRF 2) ..	2108	
Widmung von Neubausrecken und Umstufung bzw. Einziehung von Teilstrecken der Bundesstraße 519 sowie der Landesstraßen 3014 und 3016 in den Gemarkungen Hofheim und Kelkheim sowie in den Gemarkungen Niederhofheim und Liederbach der Gemeinde Liederbach, Main-Taunus-Kreis	2108	
Der Hessische Sozialminister		
Gewerbeaufsicht — Immissionsschutz; Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft; hier: Richtlinie für die Begrenzung der Staubemissionen bei Anlagen zum Brechen und Klassieren von in Steinbrüchen gewonnenem Gestein	2109	
Anerkennung von Kur- und Erholungsorten sowie Widerruf der Anerkennung als Erholungsorte	2111	
Bekämpfung der Tuberkulose des Rindes; hier: Einheitliche Durchführung	2111	
Der Hessische Minister für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten		
Änderung der Richtlinien für die Förderung der Gewinnung und Verwertung alternativer Energie und der Sicherstellung der Energieversorgung in der Landwirtschaft (RL-Pilotprojekte)	2111	
Richtlinien über die Durchführung der Prämienregelung zugunsten der Schaffleischerzeuger	2111	
Personalnachrichten		
Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern	2113	
Im Bereich des Hessischen Ministers der Justiz	2115	
Im Bereich des Hessischen Kultusministers	2115	
Im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik	2115	
Im Bereich des Hessischen Sozialministers	2115	
Im Bereich des Hessischen Ministers für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten	2116	
Die Regierungspräsidenten		
DARMSTADT		
Verordnung zum Schutz der Trinkwassergewinnungsanlagen der Stadt Butzbach, Wetteraukreis, vom 1. 11. 1982	2118	
Zweckänderung der Stiftung „Dr. Hoch's Konservatorium“, Sitz Frankfurt am Main	2122	
Wohnplatzverzeichnis; hier: Benennung von Wohnplätzen in der Gemeinde Erlensee, Main-Kinzig-Kreis ..	2122	
Benennung und Aufhebung von Wohnplätzen in der Stadt Beerfelden, Odenwaldkreis	2122	
Benennung von Gemeindeteilen in der Stadt Geisenheim, Rheingau-Taunus-Kreis	2122	
Neubenennung von Gemeindeteilen in der Stadt Kelkheim (Taunus), Main-Taunus-Kreis	2122	
Wohnplatzverzeichnis; hier: Benennung des Wohnplatzes „Hengmantel“ in der Gemeinde Lützelbach, Odenwaldkreis	2122	
Benennung von Gemeindeteilen in der Stadt Breuberg, Odenwaldkreis ..	2123	
Wohnplatzverzeichnis; hier: Benennung des Wohnplatzes „Balsbach“ in der Gemeinde Brombachtal, Odenwaldkreis	2123	
Wohnplatzverzeichnis; hier: Benennung von Wohnplätzen in der Gemeinde Hirzenhain, Wetteraukreis ..	2123	
Wohnplatzverzeichnis; hier: Benennung, Umbenennung und Aufhebung von Wohnplätzen in der Gemeinde Schlangenbad, Rheingau-Taunus-Kreis	2123	
Vorhaben der Firma Rolf Dilges, 6308 Butzbach-Hochweisel	2123	
Vorhaben der Firma Hofmann GmbH & Co. KG, 6101 Fränkisch-Crumbach ..	2123	
KASSEL		
Genehmigung der Johann und Maria Herr-Stiftung in Kassel	2124	
Bezirksdirektionen für Forsten und Naturschutz		
DARMSTADT		
Verordnung über das Naturschutzgebiet „Ernstberg bei Sichenhausen“ vom 10. 11. 1982	2124	
Verordnung über das Naturschutzgebiet „Hörbacher Viehweide“ vom 10. 11. 1982	2125	
Hessischer Verwaltungsschulverband		
Sonderlehrgang für Ausbilder zum Erwerb der berufs- und arbeitspädagogischen Kenntnisse (AdA-Lehrgang)	2127	
Buchbesprechungen	2127	
Öffentlicher Anzeiger	2128	
Andere Behörden und Körperschaften ..	2135	
Öffentliche Ausschreibungen	2135	
Stellenausschreibungen	2136	
Beilagenhinweis: Der heutigen Ausgabe des Staatsanzeigers für das Land Hessen ist die BWZ Illustrierte für Bauen + Wohnen beigelegt.		

Seite 2105

Die elfte Folge 1982 der monatlich erscheinenden Beilage

RECHTSPRECHUNG DER HESSISCHEN VERWALTUNGSGERICHTE

Ist dieser Ausgabe des Staatsanzeigers für die ständigen Bezieher kostenlos beigelegt. Sie kann auch in einem Jahresabonnement zum Preis von 15,- DM + Versandkosten zuzüglich 6,5 Prozent Mehrwertsteuer bezogen werden.

Bestellungen richten Sie bitte an:

BUCH- UND ZEITSCHRIFTENVERLAG KULTUR UND WISSEN GMBH & CO. KG
WILHELMSTRASSE 42 · 6200 WIESBADEN · TELEFON 0 61 21 / 3 96 71

1236

DER HESSISCHE MINISTERPRÄSIDENT

Erteilung des Exequaturs an Herrn Peter von Koskull, Generalkonsul der Republik Finnland in Frankfurt am Main

Die Bundesregierung hat dem zum Leiter der berufskonsularischen Vertretung der Republik Finnland in Frankfurt ernannten Herrn Peter von Koskull am 27. Oktober 1982 das Exequatur als Generalkonsul erteilt. Der Konsularbezirk umfaßt die Länder Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland.

Das dem bisherigen Generalkonsul, Herrn Taisto Sulonen, am 26. April 1978 (StAnz. S. 962) erteilte Exequatur ist erloschen.

Wiesbaden, 9. November 1982

Der Hessische Ministerpräsident

Staatskanzlei
P 12 — 2a 10/07

StAnz. 48/1982 S. 2106

1237

Erteilung des Exequaturs an Herrn Miguel Angel de Camps, Generalkonsul der Dominikanischen Republik in Hamburg

Die Bundesregierung hat dem zum Leiter der berufskonsularischen Vertretung der Dominikanischen Republik in Hamburg ernannten Herrn Miguel Angel de Camps am 28. Oktober 1982 das Exequatur als Generalkonsul erteilt. Der Konsularbezirk umfaßt das Bundesgebiet.

Das dem bisherigen Generalkonsul, Herrn Oskar Lithgow Guzman, am 28. Januar 1980 (StAnz. S. 410) erteilte Exequatur ist erloschen.

Wiesbaden, 8. November 1982

Der Hessische Ministerpräsident

Staatskanzlei
P 12 — 2a 10/07

StAnz. 48/1982 S. 2106

1238

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 29. Oktober bis zum 12. November 1982

Preis
DM

Statistische Berichte

A I 1, A I 3, A I 4 — j/81

A II 1, A II 2 — j/81

A III 1, A III 2 — j/81

A IV 3, — j/81

Bevölkerungsvorgänge in Hessen 1981

A IV 3 — j/81

Gestorbene in Hessen 1981 nach Todesursachen, Altersgruppen und Geschlecht

AVI 5 — vj/81

Versicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Hessen am 31. Dezember 1981

B III 1 — hj 1/82

Die Studenten an den Hochschulen in Hessen im Sommersemester 1982

B IV 1 — j 81

Die Volkshochschulen in Hessen 1981

C I 1 — j/82

Die Bodennutzung in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben im Jahre 1982

C III 2 — m 9/82

Schlachtungen im September 1982

C III 3 — vj 3/82

Milcherzeugung und -verwendung im 3. Vierteljahr 1982

C IV 1 — j/82

Die Arbeitskräfte in den landwirtschaftlichen Betrieben im April 1982

C IV 3 — m 9/82

Ergebnisse aus betriebs- und marktwirtschaftlichen Meldungen

C IV 7 — j/82

Größenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe 1982

E I 1 — m 9/82

Beschäftigte und Umsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im September 1982

E I 2 — m 9/82

E I 3 — m 9/82

Indizes des Auftragseingangs und der Nettoproduktion im Verarbeitenden Gewerbe (einschl. Bergbau) in Hessen im September 1982

E IV 2 — m 8/82

E IV 3 — m 8/82

Öffentliche Energieversorgung in Hessen im August 1982

E IV 4 — j/81

Hessische Energiebilanz 1981

G IV 1 — m 8/82

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr im August 1982

H I 1 — m 8/82

Straßenverkehrsunfälle in Hessen im August 1982 — Vorläufige Ergebnisse —

L II 2 — vj 1/82

Die Gemeindefinanzen in Hessen im 1. Vierteljahr 1982 — Vierteljahresstatistik —

M I 1 — m 8/82

Erzeugerpreise in Hessen im August 1982

M I 2 — m 9/82

Verbraucherpreise und Preisindizes der Lebenshaltung in Hessen im September 1982

N I 1 — vj 3/82 Teil I

Verdienste und Arbeitszeiten in Industrie und Handel in Hessen im Juli 1982

N I 1 — vj 3/82 Teil II

Verdienste und Arbeitszeiten in Industrie und Handel in Hessen im Juli 1982

Q III 1 — 1977—1980

Investitionen für Umweltschutz des Produzierenden Gewerbes in den Jahren 1977 bis 1980

Wiesbaden, 12. November 1982

Hessisches Statistisches Landesamt
ZA 231 — 77a 241/82
StAnz. 48/1982 S. 2106

1239

Reisekostenrechtliche Abfindung der Teilnehmer an Fortbildungsveranstaltungen des Landespersonalamtes Hessen

Bezug: Mein Rundschreiben vom 26. November 1980 (StAnz. S. 2322)

Die reisekostenrechtliche Abfindung der Beschäftigten der Landesverwaltungen, die an staatswissenschaftlichen Fort-

bildungsmaßnahmen der Hessischen Landesregierung teilnehmen, richtet sich nach § 24 Abs. 2 HRKG und dem hierzu ergangenen Rundschreiben des Hessischen Ministers des Innern vom 22. Juni 1977 (StAnz. S. 1395). Den Teilnehmern dieser Veranstaltungen wird von Amts wegen unentgeltlich Unterkunft und Verpflegung gewährt.

Die Berechnung der Reisekostenvergütung ist wie folgt vorzunehmen:

1. Finden die Veranstaltungen in Hotels oder Gaststätten statt, werden Tage- und Übernachtungsgelder (§ 9 und 10 HRKG, gekürzt nach § 12 HRKG, für alle Veranstaltungstage gewährt.
2. Finden die Veranstaltungen in Bildungseinrichtungen der öffentlichen Hand, von Unternehmen, Verbänden, Gewerkschaften, Sportverbänden, Religionsgemeinschaften usw. statt, werden Tage- und Übernachtungsgelder, gekürzt nach § 12 HRKG, nur für die Reisetage gewährt.

Für die Aufenthaltstage erhalten alle Teilnehmer — unabhängig von ihrer Reisekostenstufe und evtl. zustehendem Trennungstagegeld — eine Aufwandsvergütung von 1,50 DM pro Tag.

3. Fahrkosten nach den §§ 5 und 24 Abs. 2 HRKG werden bis zur Höhe der Kosten der niedrigsten Klasse der Bundesbahn/Bundespost ersetzt.

Die Reisekosten werden ab 1. Februar 1983 vom Landespersonalamt abgerechnet und ausgezahlt. Die Teilnehmer haben vom vorstehenden Zeitpunkt an ihre Reisekostenabrechnungen beim Landespersonalamt einzureichen.

Mein o. a. Rundschreiben wird aufgehoben.

Wiesbaden, 3. November 1982

**Der Direktor
des Landespersonalamtes Hessen
ZV**

— Gült.-Verz. 3232 —

StAnz. 48/1982 S. 2106

1240

DER HESSISCHE MINISTER DES INNERN

Baulicher Zivilschutz;

hier: Förderung der Errichtung von Schutzräumen für Schulen durch Zuschüsse des Bundes

Bezug: Meine Erlasse vom 25. September 1972 (StAnz. S. 1750), 18. August 1975 (StAnz. S. 1666), 13. Dezember 1978 (StAnz. 1979 S. 67), 26. April 1982 (StAnz. S. 920)

Die Errichtung von Schutzräumen für Schulen wird weiterhin nach den „Richtlinien für die Gewährung von Zuschüssen des Bundes bei der Errichtung von Schutzräumen für Schulen“ vom 5. Juni 1972 (BAnz. Nr. 110 S. 1 = GMBL. S. 396) gefördert.

Zur Durchführung des Förderungsprogrammes gebe ich nachstehend Hinweise und Erläuterungen:

Alle Förderungsmaßnahmen für die Errichtung von Schutzräumen für Schulen gehen von dem Grundsatz aus, daß für die friedensmäßige Nutzung vorgesehene Räume (z. B. Lagerräume, Musikübungsräume usw.) so ausgebaut werden, daß sie im Bedarfsfall als Schutzräume zur Verfügung stehen. Es besteht daher keine zwingende Veranlassung, die Raumprogramme für Schulbauten um zusätzliche Flächen für Schutzräume zu erweitern.

In die Förderung können auch Schutzräume einbezogen werden, die im Rahmen anderer Bauvorhaben für Schulen erstellt werden. Dabei ist vor allem an andere öffentliche Gebäude gedacht, die in der Nähe von Schulen gebaut werden. Für die Gewährung eines Zuschusses ist es ohne Bedeutung, wenn der Bauträger der Schule mit dem Bauherrn des anderen Bauvorhabens nicht identisch ist.

Voraussetzung für die Förderung als Schulschutzraum ist nach dem Schreiben des Bundesministers des Innern vom 14. April 1982 — ZV 5 — 782 113/8, daß

- die Schutzräume nach den „Bautechnischen Grundsätzen für Hausschutzräume des Grundschutzes (StAnz. 1972 S. 868) ausgelegt sind und nicht mehr als 300 Schutzplätze geschaffen werden sollen;

— bei Planung außerhalb des Schulgebäudes die Entfernung Schulgebäude/Schutzraum nicht mehr als 300 m beträgt;

— bei Planung außerhalb des Schulgebäudes in einem öffentlichen Gebäude die geförderte Schutzplatzzahl um den Eigenanteil der Behörde (zwei Drittel der Zahl der Bediensteten) gekürzt wird.

Nach den vorgenannten Bautechnischen Grundsätzen ist die Höchstzahl der Schutzplätze je Einzel-Schutzraum aus technischen Gründen auf 50 Schutzplätze beschränkt. Vielfach wird die vorgesehene friedensmäßige Nutzung die Unterteilung der für Schutzräume zur Verfügung stehenden Fläche in mehrere Schutzräume für je 50 Personen nicht zulassen. In diesen Einzelfällen können größere Schutzräume erstellt werden; die technischen Anforderungen sind im Benehmen mit dem Bundesamt für Zivilschutz in Bonn-Bad Godesberg, Deutschherrenstraße 93—95, festzulegen.

Sollen Schutzräume in und für Schulen mit mehr als 300 Schutzplätzen errichtet werden, kann ein Antrag auf Förderung als öffentlicher Schutzraum nach den „Verfahrensregeln für die Errichtung öffentlicher Schutzräume in Verbindung mit unterirdischen baulichen Anlagen“ vom 5. März 1979 (StAnz. S. 724) gestellt werden.

Nach § 3 der Zuschußrichtlinien ist eine Fortschreibung der Zuschußpauschale entsprechend der Entwicklung des Bauindex vorgesehen. Die Fortschreibung ist erfolgt; z. Z. beträgt die Pauschale pro Schutzplatz rd. 1 028,— DM (Grundlage Bauindex Mai 1982).

Ich empfehle, Anträge gem. § 5 Abs. 3 und § 6 Abs. 1 der Richtlinien möglichst frühzeitig — bereits im Stadium des Vorentwurfs für die Baumaßnahme — zu stellen. Die formlosen Anträge sind mir über den zuständigen Regierungspräsidenten in dreifacher Ausfertigung vorzulegen.

Meine Bezugserlasse werden hiermit aufgehoben.

Wiesbaden, 11. November 1982

Der Hessische Minister des Innern

VI 62 — 24 i 08/03 — 2

— Gült.-Verz. 313 —

StAnz. 48/1982 S. 2107

1241

DER HESSISCHE MINISTER DER FINANZEN

Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises

Der Dienstausweis Nr. 144 für Steuerinspektor z. A. Jörg Springer, geb. am 20. Februar 1958, ausgestellt vom Finanzamt Frankfurt am Main-Taunustor am 13. November 1981, ist in Verlust geraten und wird hiermit für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 10. November 1982

Der Hessische Minister der Finanzen

O 1550 B — 8 — I A 22

StAnz. 48/1982 S. 2107

1242

DER HESSISCHE MINISTER DER JUSTIZ

Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises

Der für Justizobersekretär Klaus Greese von dem Präsidenten des Amtsgerichts Frankfurt am Main am 25. Oktober 1978 ausgestellte Dienstausweis Nr. 578 ist in Verlust geraten. Er wird hiermit für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 11. November 1982

Der Hessische Minister der Justiz

2000 E — I/3 — 913/82

St.Anz. 48/1982 S. 2108

1243

DER HESSISCHE MINISTER FÜR WIRTSCHAFT UND TECHNIK

Wirtschaftsprüfer-Prüfung im Herbst 1983

Der schriftliche Teil der Wirtschaftsprüfer-Prüfung wird voraussichtlich Ende August/Anfang September 1983 beginnen. Als Termin für die mündliche Prüfung ist der Monat Dezember 1983 vorgesehen.

Anträge auf Zulassung zur Prüfung bitte ich, mit den in § 2 der Prüfungsordnung für Wirtschaftsprüfer vom 31. Juli 1962 (BGBl. I S. 529), zuletzt geändert durch Verordnung vom 5. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3007) aufgeführten Unterlagen bis spätestens 31. März 1983 beim Zulassungsausschuß für Wirtschaftsprüfer des Landes Hessen, des Landes Rheinland-Pfalz und des Saarlandes, 6200 Wiesbaden, Postfach 31 29, einzureichen.

Die Voraussetzungen für die Zulassung zur Prüfung ergeben sich aus den §§ 7 ff des Gesetzes über eine Berufsordnung der Wirtschaftsprüfer (Wirtschaftsprüferordnung) in der Fassung vom 5. November 1975 (BGBl. I S. 2803).

Für das Zulassungsverfahren ist eine Gebühr von 150,— DM zu entrichten; die Prüfungsgebühr beträgt 500,— DM (§ 14a Wirtschaftsprüferordnung). Die Gebühren werden angefordert oder können im voraus an die Staatshauptkasse Hessen in Wiesbaden, Postscheckkonto Frankfurt am Main Nr. 94 716 608 unter Angabe des Vermerks: I b — 07 01 — 111 64 überwiesen werden.

Körperbehinderten Bewerbern kann die Frist für die Anfertigung der Aufsichtsarbeiten jeweils um eine Stunde verlängert werden (§ 8 Abs. 2 Prüfungsordnung).

Die dem Zulassungsantrag beigelegten Fotokopien bzw. Abschriften von Zeugnissen und sonstigen Urkunden müssen amtlich beglaubigt sein.

Wiesbaden, 12. November 1982

Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik
I b 1 — 441 d 1

St.Anz. 48/1982 S. 2108

am Main, August-Euler-Straße 6, stillzulegen und Teile davon abzubauen.

Die Genehmigung wurde unter Auflagen erteilt.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung beim Verwaltungsgericht in Frankfurt, Adalbertstraße 44—48, 6000 Frankfurt am Main, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle Klage erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten und den Streitgegenstand bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben und die angefochtene Verfügung soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage sollen Abschriften für die übrigen Prozeßbeteiligten beigelegt werden.

Eine Ausfertigung des Bescheides liegt in der Zeit vom 23. November 1982 bis einschließlich 6. Dezember 1982

- a) beim Ministerium für Wirtschaft und Technik, 6200 Wiesbaden, Kleiststraße 25, und
- b) bei der Stadt Frankfurt im Technischen Rathaus, Braubachstraße 15, Raum 19, 6000 Frankfurt am Main, während der Dienststunden zur Einsicht aus.

Gemäß § 17 Abs. 2 Satz 4 AtVfV gilt der Bescheid mit dem Ende der Auslegungsfrist gegenüber Dritten als zugestellt. Bis zum Ablauf der Rechtsbehelfsfrist können der Bescheid und seine Begründung von Dritten beim Hessischen Minister für Wirtschaft und Technik, Postfach 31 29, 6200 Wiesbaden, schriftlich angefordert werden.

Wiesbaden, 10. November 1982

Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik
IV a 52 — 99.1.1.3
Im Auftrag
gez. Frank

St.Anz. 48/1982 S. 2103

1245

Widmung von Neubaustrecken und Umstufung bzw. Einziehung von Teilstrecken der Bundesstraße 519 sowie der Landesstraßen 3014 und 3016 in den Gemarkungen Hofheim und Kelkheim sowie in den Gemarkungen Niederhofheim und Liederbach der Gemeinde Liederbach, Main-Taunus-Kreis, Regierungsbezirk Darmstadt

1. Die in den Gemarkungen Niederhofheim der Gemeinde Liederbach und Kelkheim der Stadt Kelkheim (Taunus) im Main-Taunus-Kreis, Regierungsbezirk Darmstadt, neugebaute Strecke
von km 4,498 neu (bei km 4,495 der L 3014 alt)
bis km 8,152 neu (bei km 2,792 der B 519 alt) = 3,654 km
einschließlich der neugebauten Anschlussstelle an die L 3016 und die L 3014 neu
wird mit Wirkung vom 1. Januar 1983 für den öffentlichen Verkehr gewidmet und Bestandteil der Bundesstraße 519 (§ 2 Abs. 1 des Bundesfernstraßengesetzes [FStrG] vom 1. Oktober 1974 — BGBl. I S. 2414 —).
2. Die in den Gemarkungen Niederhofheim und Kelkheim neugebaute Strecke
von km 5,558 neu (bei km 6,105 der L 3014 alt)
bis km 7,129 neu (bei km 5,257 der B 519 alt) = 1,571 km

1244

Bekanntmachung über eine Stilllegungsgenehmigung für den Forschungsreaktor Frankfurt 2 (FRF 2)

Gemäß § 15 Abs. 3 Satz 2 i. V. m. § 17 Abs. 1 der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung (AtVfV) in der Fassung vom 8. April 1982 (BGBl. I S. 412) gebe ich bekannt:

Mit Bescheid vom 25. Oktober 1982 — IV b 12 — 99.1.1.3 — habe ich der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Frankfurt, gemäß § 7 des Atomgesetzes (AtG) vom 23. Dezember 1959 (BGBl. I S. 814) in der Fassung vom 31. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3053), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. August 1980 (BGBl. I S. 1556), in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Zuständigkeit auf dem Gebiet des Atom- und Strahlenschutzes vom 29. Juli 1977 (GVBl. I S. 352), geändert durch Verordnung vom 7. Januar 1982 (GVBl. I S. 29), die Genehmigung der Stilllegung des FRF 2 erteilt, deren verfügbarer Teil folgenden Wortlaut hat:

Im Einvernehmen mit dem Hessischen Sozialminister erteile ich gemäß § 7 des Atomgesetzes in der Fassung vom 31. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3053), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. August 1980 (BGBl. I S. 1556), der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Frankfurt, die Genehmigung, den Forschungsreaktor Frankfurt 2 (FRF 2), gelegen in Frankfurt

einschließlich der neugebauten Anschlußarme an die unter der Neubautrecke hindurchführende Gemeindestraße bei Niederhofheim

wird mit Wirkung vom 1. Januar 1983 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —). Die gewidmete Strecke gehört zur Gruppe der Landesstraßen und wird als Teilstrecke der Landesstraße 3014 in das Straßenverzeichnis eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).

3. Die in der Gemarkung Kelkheim neugebauten Strecken
 von km 5,410 neu (bei km 5,407 der L 3016 alt)
 bis km 6,036 neu (bei km 5,340 der B 519 alt) = 0,626 km
 und
 von km 6,131 neu (bei km 5,241 der B 519 alt)
 bis km 6,501 neu (bei km 6,357 der L 3016 alt) = 0,370 km
 werden mit Wirkung vom 1. Januar 1983 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 HStrG). Die gewidmeten Strecken gehören zur Gruppe der Landesstraßen und werden als Teilstrecken der Landesstraße 3016 in das Straßenverzeichnis eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).

4. Die in den Gemarkungen Hofheim der Stadt Hofheim am Taunus sowie Kelkheim, Liederbach und Niederhofheim gelegene Teilstrecke der Landesstraße 3014
 von km 1,256 alt (bei km 0,003 der B 519 alt)
 bis km 4,495 alt (bei km 4,498 der B 519 neu) = 3,239 km

hat die Eigenschaft einer Bundesstraße erlangt und wird mit Wirkung vom 1. Januar 1983 zur Bundesstraße aufgestuft (§ 2 Abs. 3 a FStrG). Sie wird Bestandteil der Bundesstraße 519.

Die Straßenbaulast für die aufgestufte Strecke geht zum selben Zeitpunkt auf die Bundesrepublik Deutschland über (§ 5 FStrG).

5. Die bisherige Teilstrecke der Bundesstraße 519 in der Ortslage Kelkheim-Münster
 von km 5,241 alt (bei km 6,131 der L 3016 neu)
 bis km 5,340 alt (bei km 6,036 der L 3016 neu) = 0,099 km

hat die Eigenschaft einer Bundesstraße verloren und wird mit Wirkung vom 1. Januar 1983 in die Gruppe der Landesstraßen abgestuft (§ 2 Abs. 4 FStrG und § 3 Abs. 1 HStrG). Sie wird als Teilstrecke der Landesstraße 3016 in das Straßenverzeichnis eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).

Die Straßenbaulast für die abgestufte Teilstrecke geht zum selben Zeitpunkt auf das Land Hessen über (§ 41 Abs. 1 HStrG).

6. Die bisherigen Teilstrecken der Bundesstraße 519 in den Gemarkungen Hofheim und Kelkheim
 von km 0,003 alt (bei km 1,256 der zur B 519 aufgestuften L 3014 alt)
 bis km 3,634 alt (am Bahnübergang) = 3,631 km,
 von km 3,644 alt (am Bahnübergang)
 bis km 3,829 alt (= km 5,995 alt) = 0,185 km,
 von km 5,995 alt (= km 3,829 alt)
 bis km 6,144 alt (= km 5,630 alt) = 0,149 km,
 von km 5,630 alt (= km 6,144 alt)
 bis km 5,340 alt (bei km 6,036 der L 3016 neu) = 0,290 km
 und
 von km 5,241 alt (bei km 6,131 der L 3016 neu)
 bis km 2,792 alt (bei km 8,152 der B 519 neu) = 2,449 km

haben die Eigenschaft einer Bundesstraße verloren und werden mit Wirkung vom 1. Januar 1983 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§ 2 Abs. 4 FStrG und § 3 Abs. 1 HStrG).

Die Straßenbaulast an Straßenteilen der abgestuften Strecken, für die die Städte gemäß § 5 FStrG nicht bereits Träger der Straßenbaulast waren, geht zum selben Zeitpunkt für die in der Gemarkung Hofheim gelegene Teilstrecke

von km 0,003 alt (bei km 1,256 der zur B 519 aufgestuften L 3014 alt)
 bis km 2,959 alt (= Gemarkungsgrenze Hofheim/Kelkheim) = 2,956 km

auf die Stadt Hofheim am Taunus und für alle weiteren in der Gemarkung Kelkheim gelegenen Teilstrecken auf die Stadt Kelkheim (Taunus) über (§ 43 HStrG).

7. Die bisherige Teilstrecke der Landesstraße 3014 in der Gemarkung Liederbach und Niederhofheim
 von km 4,919 alt (an der L 3016)
 bis km 5,850 alt = 0,931 km

hat die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße verloren und wird mit Wirkung vom 1. Januar 1983 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§ 3 Abs. 1 und § 5 Abs. 1 HStrG).

Die Straßenbaulast an Straßenteilen der abgestuften Strecke, für die die Gemeinde gemäß § 41 Abs. 4 HStrG nicht bereits Träger der Straßenbaulast war, geht zum selben Zeitpunkt auf die Gemeinde Liederbach über (§ 43 HStrG).

8. Die bisherigen Teilstrecken der Landesstraße 3016 in der Gemarkung Kelkheim

von km 5,407 alt (bei km 5,410 der L 3016 neu)
 bis km 5,992 alt (bei km 3,829/
 5,995 der B 519 alt) = 0,585 km

und
 von km 6,147 alt (bei km 6,144/
 5,630 der B 519 alt)
 bis km 6,357 alt (bei km 6,501 der L 3016 neu) = 0,210 km

haben die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße verloren und werden mit Wirkung vom 1. Januar 1983 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§ 3 Abs. 1 und § 5 Abs. 1 HStrG).

Die Straßenbaulast an Straßenteilen der abgestuften Strecken, für die die Stadt gemäß § 41 Abs. 4 HStrG nicht bereits Träger der Straßenbaulast war, geht zum selben Zeitpunkt auf die Stadt Kelkheim (Taunus) über (§ 43 HStrG).

9. Die bisherigen Teilstrecken der Landesstraße 3014 in der Gemarkung Niederhofheim

von km 4,495 alt (bei km 4,498 der B 519 neu)
 bis km 4,833 alt (am Bahnübergang) = 0,338 km,

von km 4,841 alt (am Bahnübergang)
 bis km 4,913 alt (an der L 3016) = 0,072 km

und
 von km 5,850 alt
 bis km 6,105 alt (bei km 5,558 der L 3014 neu) = 0,255 km

sind für den öffentlichen Verkehr entbehrlich geworden und werden mit Wirkung vom 1. Januar 1983 eingezogen (§ 6 Abs. 1 HStrG).

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Frankfurt am Main, Adalbertstraße 44—48, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden.

Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Technik) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 9. November 1982

**Der Hessische Minister
 für Wirtschaft und Technik**
 III c 24 — 63 a 30

StAnz. 48/1982 S. 2108

1246

DER HESSISCHE SOZIALMINISTER

Gewerbeaufsicht — Immissionsschutz; Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft);

hier: Richtlinie für die Begrenzung der Staubemissionen bei Anlagen zum Brechen und Klassieren von in Steinbrüchen gewonnenem Gestein

Bezug: Erlaß vom 14. Dezember 1972 (StAnz. 1973 S. 358)

Anlagen zum Brechen und Klassieren von in Steinbrüchen gewonnenem Gestein bedürfen einer Genehmigung nach § 4 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in Verbindung mit § 2 Nr. 3 (1) der 4. BImSchV. Anlagen zum Brechen und Klassieren von Kies bedürfen einer Genehmigung im vereinfachten Verfahren nach §§ 4 und 19 BImSchG in Verbindung mit § 4 Nr. 7 der 4. BImSchV.

In Teil 3 der Ersten Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft — TA Luft) vom 28. August 1974 (GMBl. Nr. 24 S. 426) sind unter Nr. 3.3 die Anforderungen genannt, die bei der Errichtung und beim Betrieb von Anlagen zum Brechen und Klassieren von in Steinbrüchen gewonnenem Gestein (also nicht von Kies) zu beachten sind.

In Nr. 3.3.1.3 der TA Luft wird ausdrücklich auf die o. a. Richtlinie hingewiesen, die der Bundesminister des Innern mit seinem Schreiben vom 11. August 1971 veröffentlicht hat (GMBl. 1971 S. 368), weil darin die Technologie dieser Anlagen und Mittel zur Bekämpfung der Staubemissionen dargestellt sind. Ich hatte deshalb diese Richtlinien seinerzeit mit dem Bezugserlaß bekanntgegeben. Da nicht abzusehen ist, wie lange die Richtlinien noch erforderlich sind, gebe ich sie hiermit erneut bekannt (siehe Anlage).

Ich bitte, die Richtlinie im Genehmigungs- und im Überwachungsverfahren nach dem BImSchG zu beachten.

Wiesbaden, 27. Oktober 1982

Der Hessische Sozialminister

StS/I C 3 a — 53 e 471.1

— Gült.-Verz. 892 —

StAnz. 48/1982 S. 2109

Richtlinien für die Begrenzung der Staubemissionen bei Anlagen zum Brechen und Klassieren von in Steinbrüchen gewonnenem Gestein

1. Technologie

Die Aufbereitung von in der Natur vorkommenden technisch nutzbaren Gesteinen läßt sich in eine mehrstufige Zerkleinerung (Brechen) und Korngrößentrennung (Klassieren) unterteilen. Bild 1*) zeigt eine Aufbereitungsanlage für Naturstein.

1.1 Vorzerkleinerung

Das im Steinbruch gewonnene Haufwerk wird zum Aufgabebunker der Vorbrecherstation transportiert und über einen nachgeschalteten Rost (2) **) vorklassiert, der Rostdurchgang wird entweder auf Halde gekippt oder unter Umgehung des Vorbrechers (4) der Nachzerkleinerung zugeführt. Der Vorbrecher (Backen-, Kreisel- oder Prallbrecher) zerkleinert das Aufgabegut auf die gewünschte Größe. Ein Silo oder Verteilersieb gewährleistet die kontinuierliche Beschickung der Nachbrecher.

1.2 Nachzerkleinerung

Die Nachzerkleinerung dient der Erzeugung eines Kornmischtes mit überwiegendem kubischen Kornanteil. Eigenschaften des Gesteins und Leistung der Vorbrecheranlage bestimmen die Auswahl der eingesetzten Brecherart (Backen-, Kreisel- oder Prallbrecher). Das nachzerkleinerte Gut wird über Transportbänder (9) zwecks Trennung in einzelne Kornklassen den Schwingsieben (10, 12) des Klassierbetriebes aufgegeben.

1.3 Feinzerkleinerung und Klassierung

Für die Herstellung von Edelsplitt und Edelbrechsand werden bestimmte Kornklassen aus den Schottersilos abgezogen und in Feinbrechern (18—20) (Feinkreiselbrecher, Prall- und Walzermühlen) nachgebrochen. Brecherwerke und Transportbänder führen das Gut den Sieben (23—29) (Wurf-, Plan- oder Wälzsiebe) zu, von denen es in die verschiedenen Silos abgeleitet wird.

2. Staubemissionen

Zerkleinern, Förderung und Klassieren sind infolge Verunreinigung und ständiger Reibung des Gesteins mit einer erheblichen Staubentwicklung verbunden, die bei Quarzgehalten oberhalb 5 Prozent nicht nur eine erhebliche Belästigung, sondern unter Umständen eine Gefährdung der in der Nachbarschaft lebenden Menschen darstellen kann. Zu den wichtigsten Staubquellen zählen:

- Aufgabebunker und Auslauf des Vorbrechers (Voranlage),
- Nach- und Feinbrecher,
- Siebmaschinen,
- Fördereinrichtungen (Übergabe- und Abwurfstellen),
- Halden und Siloentleerungsvorrichtungen.

Mit fortschreitender Zerkleinerung des Gesteins nimmt die Staubentwicklung je nach dem Material mehr oder weniger stark zu (Tabelle 1).

Tabelle 1:
Körnungsband des emittierten Staubes in Gewichts-Prozent

Korngröße µm	Basalt %	Kalk %
0— 2	3	6
2— 5	12	10
5— 10	19	14
10— 20	28,5	20
20— 30	15	13
30— 50	9,5	16
50—100 und größer	Rest	14

3. Verminderung der Staubemissionen

Das Ausmaß der Staubemission wird durch den Verwendungszweck des Gesteins, die maschinelle Ausstattung und die Leistung des Betriebes bestimmt. Zur Verminderung ist der Staub an den wichtigsten Quellen zu erfassen und durch eine geeignete Vorrichtung abzuschneiden oder niederzuschlagen (Bild 2*).

3.1 Stauberfassung in der Vorzerkleinerung

Vor Eintritt in den Brecher werden die feinkörnigen Anteile auf einem Rost zum Aufgabegut abgetrennt. Eine Wassernebelbedüsung bindet den am Aufgabebunker und Brechereinflauf entstehenden Staub. In bestimmten Fällen kann zusätzlich die Verkleidung und Absaugung des Vorieses notwendig sein. Der Brecherauslauf wird an eine Absaugung angeschlossen. Durch Verwendung von Zerkleinerungsmaschinen, in denen das Aufgabegut reibend zerkleinert wird (z. B. Kurbelschwingen- oder Schlagbrecher), wird der Feinkornanteil und die Staubentwicklung verringert.

3.2 Stauberfassung in der Nach- und Feinzerkleinerung

Die Nach- und Feinbrecherausläufe werden verkleidet und an eine Absaugung angeschlossen. Die Brecher stehen in einem nach außen abgeschlossenen Raum und sind von der Vorzerkleinerung räumlich getrennt. Für unvollständig gekapselte Brecher mit hohen Rotordrehzahlen kann eine Einzelaufstellung und Raumentstaubung vorteilhaft sein.

3.3 Stauberfassung an Klassiereinrichtungen

Der Staubaustritt an den Sieben wird durch eine Kapselfelgung und Absaugung verhindert. Zur Kontrolle der Siebböden hat sich eine abnehmbare seitliche Abdeckung unter Verwendung von Türen in Rahmen bewährt.

3.4 Stauberfassung an Fördereinrichtungen und Silos

Durch Verkleidung und Absaugung aller Abwurf- und Übergabestellen von Transporteinrichtungen wird der Staubauswurf verringert. Bei der Aufbereitung des Kalksteins für den Einsatz in Brennöfen ist auch eine Wasserbedüsung gebräuchlich.

Siloaustragsöffnungen für feinkörnige Güter können über Faltenbälge mit kombinierter Absaugung und Kegelverschluß entleert bzw. staubdicht verschlossen werden.

3.5 Staubabscheidung

Zur Abscheidung des Staubes aus den Anlagen zum Brechen und Klassieren von in Steinbrüchen gewonnenem Gestein werden Fliehkraft-, Naßabscheider und Gewebefilter benutzt. Fliehkraftabscheider werden als Vorabscheider bei hohen Rohgasstaubgehalten in Form der Multizyklone eingesetzt.

Gewebefilter mit Natur- oder Chemiefasergeweben werden in kleineren Betrieben als Rund- und in größeren als Reihenfilter installiert. Sie zeichnen sich durch einen hohen Gesamtentstaubungsgrad aus, bedürfen aber einer sorgfältigen Wartung. Bei feuchter Abluft empfiehlt sich der Einsatz von Naßabscheidern. Die Betriebsdaten der oben erwähnten Entstauber sind in Tabelle 2 angegeben. Aus Gründen der Energieersparnis wird eine möglichst zentrale Aufstellung des Entstaubers im Absaugungsrohrnetz geplant. Wegen der unterschiedlichen Laufzeit von Vor- und Nachbrechanlage sollte die Vorzerkleinerung nicht an die Entstaubung der Nachzerkleinerung und Feinzerkleinerung angeschlossen werden.

4. Begrenzung und Staubemission

Der Staubgehalt der Abluft aller Betriebsteile darf 150 mg/Nm³ nicht überschreiten.

*) hier nicht abgedruckt

*) hier nicht abgedruckt

**) Die in Klammern angegebenen Zahlen beziehen sich auf die Darstellung in Bild 1

Tabelle 2:
Betriebsdaten von Entstaubern
(Anlage mit einer Leistung von 800—1 000 t/Tag)

Entstauber	Dauerwirkungsgrad %	Rohgasstaubgehalt g/m ³	Reingasstaubgehalt g/m ³	Druckverlust mmWS
Multizyklon	92,5	7—10	500—750	40—95
Naßentstauber	97	5—7	150—200	80—130
Gewebefilter	99	10	<100	100—150

1247

Anerkennung von Kur- und Erholungsorten sowie Widerruf der Anerkennung als Erholungsorte

Bezug: Meine Erlasse vom 23. Juni 1971 (StAnz. S. 1129) und 2. November 1973 (StAnz. S. 146)

Der Hessische Fachausschuß für Kurorte, Erholungsorte und Heilbrunnen hat auf seiner 32. Sitzung am 20. Oktober 1982 den nachstehend aufgeführten Stadt- bzw. Ortsteilen das Prädikat „Erholungsort“ verliehen:

- Stadtteil Schweinsberg der Stadt Stadtallendorf, Landkreis Marburg-Biedenkopf;
- Stadtteil Züschen der Stadt Fritzlar, Schwalm-Eder-Kreis;
- Ortsteil Olberode der Gemeinde Oberaula, Schwalm-Eder-Kreis.

Weiterhin hat der Hessische Fachausschuß für Kurorte, Erholungsorte und Heilbrunnen die Verleihung des Prädikats „Erholungsort“ in folgenden Fällen widerrufen:

- Ortsteile Rodheim-Bieber und Fellinghausen der Gemeinde Biebertal, Landkreis Gießen;
- Ortsteil Engenhahn der Gemeinde Niedernhausen, Rheingau-Taunus-Kreis;
- Ortsteil Bermbach der Gemeinde Waldems, Rheingau-Taunus-Kreis;
- Ortsteile Gösroth und Wallbach der Gemeinde Hünstetten, Rheingau-Taunus-Kreis;
- Stätte Neuenhain der Stadt Bad Soden am Taunus, Main-Taunus-Kreis;
- Ortsteile Dautphe und Silberg der Gemeinde Dautphetal, Landkreis Marburg-Biedenkopf;

- Stadtteil Eichelsdorf der Stadt Nidda, Wetteraukreis;
 - Stadtteil Marienthal der Stadt Geisenheim, Rheingau-Taunus-Kreis;
 - Ortsteil Mappershain der Gemeinde Heidenrod, Rheingau-Taunus-Kreis;
 - Stadtteil Wald-Erlenbach der Stadt Heppenheim, Landkreis Bergstraße;
 - Stadtteil Eifa der Stadt Alsfeld, Vogelsbergkreis;
 - Ortsteil Lichtenberg der Gemeinde Fischbachtal, Landkreis Darmstadt-Dieburg;
 - Stadtteil Wehen der Stadt Taunusstein, Rheingau-Taunus-Kreis;
 - Ortsteil Caldern der Gemeinde Lahntal, Landkreis Marburg-Biedenkopf;
 - Stadtteil Hainstadt der Stadt Breuberg, Odenwaldkreis.
- Wiesbaden, 5. November 1982

Der Hessische Sozialminister
III A 4 b — 18 c 16.07

StAnz. 48/1982 S. 2111

1248

Bekämpfung der Tuberkulose des Rindes;

hier: Einheitliche Durchführung

Bezug: Erlaß vom 27. Juli 1981 (StAnz. S. 1619, ber. S. 1753)

Der Bezugserslaß erhält folgende Fassung:

1. Nr. 17.1. Satz 1

Die praktizierenden Tierärzte erhalten pro Tuberkulinisierung 2,40 DM zuzüglich des vollen Satzes der gesetzlichen Mehrwertsteuer.

2. Nr. 17.2 Satz 1

Die Amtstierärzte erhalten pro Tuberkulinisierung 25 Prozent der für die praktizierenden Tierärzte festgesetzten Vergütung (ohne Mehrwertsteuer).

Dieser Erlaß tritt am 1. Januar 1983 in Kraft.

Wiesbaden, 5. November 1982

Der Hessische Sozialminister
VII B 3 — 19b 26/51

— Gült.-Verz. 3562 —

StAnz. 48/1982 S. 2111

1249

DER HESSISCHE MINISTER FÜR LANDESENTWICKLUNG, UMWELT, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

Änderung der Richtlinien für die Förderung der Gewinnung und Verwertung alternativer Energie und der Sicherstellung der Energieversorgung in der Landwirtschaft (RL-Pilotprojekte)

Bezug: Erlaß vom 24. Februar 1981 (StAnz. S. 664)

Die Nr. 4.2 der o. a. Richtlinien erhält folgende Fassung:

„4.2 je Antragsteller soll der Zuschuß zur Erstinvestition 60 000,— DM nicht überschreiten. Werden durch technische Entwicklung oder behördlich angeordnete Veränderungen erhebliche Mehraufwendungen notwendig, so können in der Beobachtungszeit, d. h. im zweiten oder dritten Jahr nach der Inbetriebnahme Zuschüsse von jeweils bis zu 30 000,— DM, also insgesamt bis zu 120 000,— DM je Anlage gewährt werden. Investitionen oder Ergänzungen unter 4 000,— DM Gesamtsumme sind nicht förderungsfähig.“

Wiesbaden, 25. Oktober 1982

Der Hessische Minister
für Landesentwicklung, Umwelt,
Landwirtschaft und Forsten

II A 5 — 90b—08-05 — 11051/82

— Gült.-Verz. 830 —

StAnz. 48/1982 S. 2111

1250

Richtlinien über die Durchführung der Prämienregelung zugunsten der Schaffleischerzeuger

Bezug: Erlasse vom 26. November 1980 (StAnz. S. 2403) und 17. Februar 1981 (StAnz. S. 609)

Die Durchführung der Prämienregelung zugunsten der Schaffleischerzeuger beruht auf

- der Verordnung (EWG) Nr. 1837/80 des Rates vom 27. Juni 1980 über die gemeinsame Marktorganisation für Schaf- und Ziegenfleisch (ABl. der EG Nr. L 183 vom 16. Juli 1980 S. 1), geändert durch
- die Verordnung (EWG) Nr. 3446/80 des Rates vom 22. Dezember 1980 (ABl. der EG Nr. L 359 vom 31. Dezember 1980 S. 16),
- die Verordnung (EWG) Nr. 899/81 des Rates vom 1. April 1981 (ABl. der EG Nr. L 90 vom 4. April 1981 S. 26) und
- die Verordnung (EWG) Nr. 1195/82 des Rates vom 18. Mai 1982 (ABl. der EG Nr. L 140 vom 20. Mai 1982 S. 22),
- der zu ihrer Durchführung erlassenen Verordnung (EWG) Nr. 2643/80 des Rates vom 14. Oktober 1980 zur Festlegung der Grundregeln für die Gewährung einer Prämie zugunsten der Schaffleischerzeuger (ABl. der EG Nr. L 275 vom 18. Oktober 1980 S. 6),
- der Verordnung (EWG) Nr. 2660/80 der Kommission vom 17. Oktober 1980 mit Durchführungsbestimmungen für die Prämie zugunsten der Schaffleischerzeuger (ABl. der EG Nr. L 276 vom 20. Oktober 1980 S. 16), geändert durch
- die Verordnung (EWG) Nr. 1237/82 der Kommission vom 19. Mai 1982 (ABl. der EG Nr. L 143 vom 20. Mai 1982 S. 9).

Die vorstehend bezeichneten Verordnungen können bei allen Tierzuchtämtern und Ämtern für Landwirtschaft und Landentwicklung eingesehen werden.

1. Allgemeine Bestimmungen

Im Sinne dieser Richtlinien ist

1.1 Schaffleischerzeuger:

eine natürliche oder juristische Person als Betriebsinhaber, die sich auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland mit der Aufzucht von Schafen befaßt;

1.2 Mutterschaf:

ein weibliches Schaf, das über ein Jahr alt ist oder mindestens einmal gelammt hat.

2. Prämie und Antragstellung

2.1 Prämienberechtigt ist nur ein Schaffleischerzeuger, der mindestens sieben Mutterschafe hält.

2.2 Die Prämie wird nur auf Antrag gewährt. Der Antrag muß in der Zeit vom 1. Dezember eines Jahres bis zum 31. Januar des folgenden Jahres gestellt werden. Er ist nach Maßgabe des Formblatts der Anlage 1 in dreifacher Ausfertigung beim zuständigen Tierzuchtamt (Antragsbehörde) einzureichen.

2.3 Die Gewährung der Prämie ist davon abhängig, daß der Prämienberechtigte sich schriftlich verpflichtet,

— die Zahl der Mutterschafe, für die eine Prämie gewährt werden soll, in der Zeit vom Ende der Antragsfrist bis zum darauffolgenden 30. April nicht zu verringern,

— jede zwischen Antragstellung und Ablauf der Antragsfrist vorgenommene Verminderung der Zahl der Mutterschafe, für die eine Prämie gezahlt werden soll, unverzüglich, jedoch spätestens am letzten Tag der Antragsfrist, der Antragsbehörde anzuzeigen.

2.4 Die Höhe der Anzahlung und des Restbetrages (Prämie) wird durch Bescheid des Hessischen Landesamtes für Ernährung, Landwirtschaft und Landentwicklung (Bewilligungsbehörde) festgesetzt.

3. Prämienzahlungen

Auf die zu erwartende Prämie kann eine Anzahlung geleistet werden. Der Restbetrag wird nach Ablauf des Wirtschaftsjahres zugleich mit der Anzahlung für das folgende Wirtschaftsjahr ausbezahlt.

4. Sonstige Bestimmungen

4.1 Liegt ein Fall höherer Gewalt der in Art. 5 Abs. 4 der Verordnung (EWG) Nr. 2660/80 vom 17. Oktober 1980 mit Durchführungsbestimmungen für die Prämie zugunsten der Schaffleischerzeuger bezeichneten Art vor, so bleibt unter den dort genannten Voraussetzungen bei Nichteinhaltung der vom Antragsteller eingegangenen Verpflichtungen der Anspruch auf die Prämie bestehen.

4.2 Der Prämienberechtigte hat ein Bestandsverzeichnis über die gehaltenen Mutterschafe zu führen und Veränderungen im Bestand der Mutterschafe in dem Zeitraum von der Antragstellung bis zum 30. April eines jeden Jahres der Antragsbehörde anzuzeigen.

4.3 Auf Anforderung der Antragsbehörde hat der Prämienberechtigte für die Mutterschafe, für die eine Prämie beantragt wird, die Wollrechnung der letzten der Antragsbescheidung vorausgegangenen Schafschur vorzulegen. Aus der Wollrechnung müssen Wolltyp und Abgabemenge zu erkennen sein.

4.4 Der Prämienempfänger hat die bei ihm verbleibenden Antrags- und Bewilligungsunterlagen sowie alle Belege über die in seinem Betrieb gehaltenen Mutterschafe sieben Jahre lang aufzubewahren, soweit nicht nach anderen Vorschriften eine längere Aufbewahrungsfrist besteht.

4.5 Der Prämienempfänger hat den Dienstangehörigen der Antragsbehörde und des Landesrechnungshofes das Betreten der Betriebsräume während der Betriebszeit zu gestatten und die in Betracht kommenden besonderen Aufzeichnungen, Belege und sonstigen Schriftstücke auf Verlangen zur Einsicht vorzulegen, Auskunft zu erteilen und die erforderliche Unterstützung zu gewähren.

4.6 Der Prämienempfänger trägt auch nach dem Empfang der Prämie in dem Verantwortungsbereich, der nicht zum Bereich der Antrags- und der Bewilligungsbehörde gehört, die Beweislast für das Vorliegen der Voraussetzungen für die Gewährung der Prämie bis zum Ablauf des sechsten Jahres, das dem Kalenderjahr der Auszahlung der jeweiligen Prämie folgt.

4.7 Zu Unrecht empfangene Beträge sind zurückzuzahlen. Zurückzuzahlende Beträge sind vom Zeitpunkt des Empfangs an mit 2 v. H., bei Verzug vom Tage des Verzuges an mit 3 v. H. über dem Diskontsatz der Deutschen Bundesbank zu verzinsen. Der am 1. eines Monats geltende Diskontsatz ist für jeden Zinstag dieses Monats zugrunde zu legen.

5. Inkrafttreten

Diese Richtlinien treten rückwirkend ab 20. Mai 1982 in Kraft.

Zum gleichen Zeitpunkt werden die Richtlinien vom 26. November 1980, geändert durch Erlaß vom 17. Februar

1981, aufgehoben. Sie bleiben jedoch für die Anträge gültig, die für die Wirtschaftsjahre 1980/81 und 1981/82 eingereicht wurden.

Wiesbaden, 4. November 1982

Der Hessische Minister
für Landesentwicklung, Umwelt,
Landwirtschaft und Forsten
IV B 4 — 96 g 08.01 — 14141/82
— Gült.-Verz. 82 —

StAnz. 48/1982 S. 2111

Anlage 1**Antrag auf Gewährung einer Prämie zugunsten der Schaffleischerzeuger*)**

für das Wirtschaftsjahr 19..... und 19.....

(in drei Ausfertigungen ab 1. Dezember eines Jahres bis zum 31. Januar des folgenden Jahres beim zuständigen Tierzuchtamt einzureichen)

.....	Eingang Tierzuchtamt
(Name, Vorname des Betriebsinhabers)	(Betriebsnummer)	
.....	Eingang HLELL
(Straße, Hausnummer)	(Kontonummer)	
.....	
	(Bankleitzahl)	
.....	
(PLZ, Wohnort)	(Bankinstitut, Ort)	
.....		
(Standort der Herde, soweit nicht Betriebsort)		

(1) Mutterschafbestand am Tag der Antragstellung**)

..... Stück

(2) Die anliegende „Verpflichtungserklärung“ und die „Erklärung über subventionserhebliche Tatsachen“ sind Bestandteile des Antrages.

(3) Ein Rechtsanspruch auf Gewährung der Prämie wird durch diesen Antrag nicht begründet.

(4) Die Allgemeinen Bewirtschaftungsgrundsätze des Landes Hessen erkenne ich an.

.....

(Unterschrift des Antragstellers)

(Nicht vom Antragsteller auszufüllen)

Prüfungsvermerk

gemäß Artikel 4 Abs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2660 80 Die Voraussetzungen für die Gewährung der Prämie sind für Mutterschafe erfüllt/nicht erfüllt (Begründung).

.....

(Unterschrift der zuständigen Stelle)

Anlage 2**Verpflichtungserklärung**

- Ich verpflichte mich, die Bedingungen der Verordnung (EWG) Nr. 1837/80 des Rates der Europäischen Gemeinschaft vom 27. Juni 1980 und der Verordnung (EWG) Nr. 2660/80 der Kommission vom 17. Oktober 1980 mit Durchführungsbestimmungen für die Prämie zugunsten der Schaffleischerzeuger sowie die dazu ergangenen Richtlinien einzuhalten. Vom Inhalt der Richtlinien habe ich Kenntnis genommen. Mir ist Gelegenheit gegeben worden, die Verordnung (EWG) Nr. 2660/80 der Kommission einzusehen.
- Ich verpflichte mich, die Bedingungen der unter 1. genannten Bestimmungen einzuhalten, insbesondere
 - in der Zeit vom Ende der Antragsfrist bis zum darauffolgenden 30. April die Zahl der Mutterschafe, für die eine Prämie gewährt werden soll, nicht zu verringern,
 - jede zwischen Antragstellung und Ablauf der Antragsfrist vorgenommene Verminderung der Zahl der Mutterschafe, für die eine Prämie gezahlt werden soll, unverzüglich, jedoch spätestens am letzten Tag der Antragsfrist, der Antragsbehörde anzuzeigen.

*) Antragsberechtigt ist nur der Eigentümer der Mutterschafe.

** Mutterschaf ist ein weibliches Schaf, das über ein Jahr alt ist oder mindestens einmal gelammt hat.

3. Ich nehme davon Kenntnis, daß ich verpflichtet bin, den gesamten Prämienbetrag zuzüglich Zinsen zurückzuzahlen, wenn die Voraussetzungen für die Auszahlung von mir nicht oder nicht vollständig erfüllt werden.
4. Ich versichere, daß die von mir gemachten Angaben richtig und vollständig sind.

5. Ich bestätige, daß ich über die strafrechtlichen Folgen einer Nichteinhaltung der eingegangenen Verpflichtungen belehrt worden bin und mir insbesondere die subventionserheblichen Tatsachen bekanntgegeben worden sind.

(Ort, Datum)

(Unterschrift des Antragstellers)

1251

PERSONALNACHRICHTEN

Es sind

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern**beim Regierungspräsidenten in Gießen**

ernannt:

zu **Ltd. Regierungsdirektoren** die Regierungsdirektoren (BaL) Erwin Spöhrer, Dr. Karl Ihmels (beide 1. 10. 82);

zur **Pharmazieoberrätin** (Pharmazierätin (BaL) Roswitha Spier (1. 10. 82);

zum **Regierungsoberrat** Regierungsrat (BaL) Norbert Füller (20. 10. 82);

zu **Regierungsräten (BaL)** die Regierungsräte z. A. (BaP) Karl-Heinz Wagner (22. 10. 82), Christoph Panke (16. 9. 82), Ulrich Gerhard Monz, LA Gießen (30. 7. 82);

zum **Regierungsrat z. A. (BaP)** Assessor i. A. Michael Köppl (1. 10. 82);

zu **Amtsräten** die Amtmänner (BaL) Werner Thielemann, Werner Menges, Uwe Kielstein, Jürgen Butte, Gerhard Weber (sämtlich 18. 10. 82);

zu **Amtmännern** die Oberinspektoren/innen (BaL) Joachim Peter, Birgit Hoffmann (beide 22. 10. 82), Elke Theuß, Wolfgang Erb (beide 11. 10. 82), Gerhard Nöll (14. 10. 82), Claus Nilges, LR Limburg-Weilburg (1. 10. 82);

zum **Amtmann** Oberinspektor (BaP) Volkmar Trömner (11. 10. 82);

zu **Oberinspektoren/innen** die Inspektoren/in (BaL) Hans-Ehrhardt Höhl (29. 10. 82), Matthias Sturm, Günter Schmidt, Jörg Kassen, Wolfgang Bega, Karl-Heinz Georg, LR Lahn-Dill-Kreis (sämtlich 1. 10. 82), Hannelore Klein, LR Limburg-Weilburg (24. 10. 82), Dieter Schulz, LR Lahn-Dill-Kreis, Frieder Mutz, LR Gießen, Inspektor/in (BaP) Gerhard Müller, Gisela Leonard (sämtlich 1. 10. 82);

zu **Inspektoren (BaL)** die Inspektoren z. A. (BaP) Thomas Baader (1. 10. 82), Klaus-Dieter Jung (5. 8. 82), Hans-Jürgen Jost (30. 8. 82);

zu **Inspektoren/innen** Obersekretär (BaL) Gerhard Latzko, LR Marburg-Biedenkopf, Hauptsekretär (BaL) Werner Meinek, LR Marburg-Biedenkopf (beide 5. 10. 82), Inspektorin z. A. (BaP) Gabriele Kratz (3. 11. 82), Hauptsekretärin (BaP) Ellen Fuhrländer (1. 10. 82), der/die Inspektor/innen z. A. (BaP) Margret Müller, Brigitte Krieger, Isolde Leib (sämtlich 1. 9. 82), Gerhard Heftrig (8. 9. 82), Hauptsekretär (BaP) Hans-Jakob Beresko, LR Limburg-Weilburg (1. 10. 82);

zu **Inspektor/innen z. A. (BaP)** die Inspektorin/innen (BaW) Susanne Kersten, Marita Schneider, Helga Abt, Jutta Langenhagen, Elmar Kexel, Peter Höfner, Gunther Ratz, Andreas Demel, Ralf Ortner, Horst Wenisch (sämtlich 1. 9. 82);

zu **Hauptsekretärinnen** die Obersekretärinnen (BaP) Heike Öhler (20. 10. 82), Cornelia Leber, LR Limburg-Weilburg, Irmtraud Würz, LR Limburg-Weilburg (beide 1. 10. 82);

zu **Sekretären** Assistent (BaL) Peter Möbs, LR Gießen, Assistent (BaP) Manfred Jost, LR Limburg-Weilburg (beide 1. 10. 82);

zu **Inspektorin/innen (BaW)** die Bewerber/innen Elke Kühnholz, Martina Frese, Kornelia Spieß, Ursula Görner, Anja Brocker, Sonja Hufnagl, Andreas Hoos, Klaus Becker, Hartmut Freund, Cornelia Thiel, Hugo Bäcker, Sabine Gruß, Erhard Wagner, Wolfgang Dörr (sämtlich 1. 10. 82);

zu **Assistenten/innen (BaW)** die Bewerber Burkhard Riehl, Markus Zeller, Werner Schmidt (sämtlich 1. 9. 82);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Inspektoren/in (BaP) Monika Abels (8. 11. 82), Helmut Beckel (7. 9. 82), Siegfried Stolz, LR Lahn-Dill-Kreis (15. 10. 82), Sekretär (BaP) Robert Bittner, LR Vogelsbergkreis (23. 11. 82);

versetzt:

vom Kreisausschuß des Vogelsbergkreises Inspektor z. A. (BaP) Uwe Kraft, z. LR Vogelsbergkreis (1. 10. 82);

in den Ruhestand versetzt:

Oberamtsrat (BaL) Walter Manneschmidt, LR Marburg-Biedenkopf (30. 9. 82), gem. § 51 Abs. 3 Nr. 2 HBG, Hauptsekretär (BaL) Gerd Blaes, LR Limburg-Weilburg (30. 9. 82) gem. § 51 Abs. 1 HBG;

entlassen:

Inspektorin/innen (BaW) Karin Leider (31. 8. 82) gem. § 43 Abs. 1 HBG.

Gießen, 10. November 1982

Der Regierungspräsident

P 2 — Pers. 3 — 7016 — 03

StAnz. 48/1982 S. 2113

bei der staatlichen Polizei des Regierungsbezirks Gießen

ernannt:

zum **Polizeihauptmeister** Polizeiobermeister (BaL) Paul Heimerl, PK Limburg (1. 10. 82);

zum **Polizeiobermeister** Polizeimeister (BaL) Johannes Nahgang, PSt. Marburg (1. 10. 82);

zum **Kriminalobermeister** Polizeimeister (BaP) Peter Andreas Trier, PD Marburg -KA- (27. 10. 82);

eingewiesen:

in die Besoldungsgruppe A 9 mit Amtszulage Polizeihauptmeister (BaL) Gregor Weitzel, PSt. Stadtallendorf (1. 10. 82);

in den Ruhestand getreten:

Polizeihauptmeister Hans Modebach, PSt. Alsfeld (31. 5. 82).

Gießen, 9. November 1982

Der Regierungspräsident

I 3 S / I 3 K — 8b 24 — 01

StAnz. 48/1982 S. 2113

bei der Hessischen Bereitschaftspolizei

ernannt:

zu **Polizeihauptkommissaren** die Polizeioberkommissare (BaL) Joachim Kerstan, Hugo-Joachim Heinrich Schillig (beide 1. 10. 82);

zu **Polizeioberkommissaren** die Polizeikommissare (BaL) Norbert Lesch, Karl Heinz Schamell (beide 1. 10. 82);

zu **Polizeihauptmeistern** die Polizeiobermeister (BaL) Erwin Schulte (21. 10. 82), Franz Josef Kuhlenkamp, Reinhardt Landgrebe, Werner Turtenwald (sämtlich 22. 10. 82);

zu **Polizeiobermeistern** Polizeimeister (BaL) Jürgen Werner Knapp (1. 10. 82), die Polizeimeister (BaP) Uwe Johann Wamser (27. 4. 82), York Ohlendorf, Wolfgang Schroeder (beide 1. 10. 82);

zu **Polizeimeistern** die Polizeihauptwachmeister (BaP) Armin Bergener (27. 9. 82), Reiner Alter, Uwe Andes, Thomas Anger, Walter Otto Arnold, Frank Aßmann, Klaus Attelmann, Matthias Helmut Baier, Alfonso Baldan, Stefan Bartel, Jürgen Wolf Horst Bartholomäus, Gert Alfred Bayreuther, Michael Bastian, Norbert Berge, Thomas Wilfried Bergmann, Frank Bialluch, Lothar Bloeser, Marten Bock, Klaus Edmund Böger, Andreas Born, Armin Brandes, Karl Heinz Peter Brassat, Ronald Braun, Bernd Brekerbohm, Markus Jürgen Brettschneider, Kurt Günter Britze, Jörg Bruchmüller, Ralph Bürger, Ralf Busch, Jürgen Eduard Heinrich Bußer, Siegfried Chudaska, Thomas Ernst Cuny, Frank Herwig Dies, Bernd Dietze, Reto Dillenberger, Paul Wilhelm Dimmerling, Jürgen Dönges, Michael Dräger, Eduard Michael Duschek, Lothar Duthe, Jürgen Engelhard, Jürgen Friedhelm Fischer, Thomas Christian Fischer, Martin Bernhard Flore, Peter Förster, Hans-Joachim Uwe Fritz, Hans Gehlen, Michael Greis, Hans Joachim Hadrys, Karl-Josef Haninger, Heinz-Michael Hartmann, Stefan Martin Haub, Dieter Helfenstein, Uwe Georg

Wilhelm Hoffart, Norbert Hübscher, Ulrich Rainer Huppert, Jochen Jäckel, Matthias Joswig, Martin Jungermann, Harald Kaiser, Rudolf Josef Kaiser, Thomas August Keller, Volker Keßler, Heinz Willy Keusgen, Dieter Klippel, Udo Köhler, Norbert Heinz König, Thomas Köthe, Frank Kraft, Matthias Krönung, Wolfgang Kuhnemann, Thomas Kwirandt, Ralf Landsherr, Fred Langefeld, Michael Josef Alois Laux, Matthias Lederer, Reiner Ralf Ligeika, Georg Ludwig, Jürgen Maier, Frank Mähler, Günter Mehler, Jürgen Meiß, Oliver Mink, Reinhard Möller, Bernd Müller, Ulrich Müller, Jürgen Müntel, Uwe Nachtwey, Ralf Nees, Wolfgang Nickel, Peter Odenbreit, Heiner Paul, Gerd Otto Petersen, Jürgen Planz, Wolfgang Pöschening, Frank Präger, Klaus Thomas Reuter, Berthold Ripperger, Frank Röhling, Andreas Roth, Hans Jürgen Rüffer, Gerd Scheibert, Ralf Scheuermann, Peter Schinzel, Heinz Schliiffer, Edgar Norbert Schneider, Michael Schneider, Herbert Paul Scholz, Hans-Joachim Schröter, Sven-Carsten Schuch, Burkhard Peter Schütz, Gerhard Schultheis, Jürgen Schulz, Michael Alois Schulze, Jörg Schwab, Franklin Wilhelm Armin Sefers, Eduard Jürgen Simansky, Bernd Simshäuser, Andreas Sinkel, Jörg Walter Spamer, Norbert Edmund Spether, Burkhard Arnold Staab, Uwe Stetzer, Frank Stich, Markus Stöckel, Uwe Theodor Strauß, Thomas Stroh, Gerhard Herbert Sussek, Stefan Thiel, Thomas Thiel, Peter Tigges, Jürgen Tiszeker, Andreas Artur Trageser, Ralf Veyhle, Markus Vogel, Hans-Jürgen War-muth, Berthold Robert Weinel, Karl Wesch, Uwe Eckart Wiegand, Kai Uwe Willems, Helmut Thomas Wolff, Dirk Zehe, Uwe Eduard Zennerer, Frank Lothar Zimmermann, Uwe Zingel, Frank Zinke, Thomas Michael Zittinger, Ralf Züge (sämtlich 1. 10. 82), Axel Dauer, Heiko Gottschalk, Matthias Hartherz, Bertram Haus, Peter Korstian, Oliver Lutz Mohr, Rainer Otto Müller, Mathias Reitz, Volker Schäffler, Hartmut Schüler, Jörg Schultheis (sämtlich 2. 10. 82), Wolfgang Johannes Atzler, Gerhard Bieneck, Uwe Dietz, Ralf Göbel, Wolfgang Michael Gores, Reiner Wilhelm Knacker, Michael Klaus Bruno Konrad, Werner Krieger, Norbert Laucht, Hartmut Mannel, Stefan Adolf Scheuring, Joachim Schlittchen, Georg Hans-Peter Schmuck, Hans-Jürgen Schneider, Volker Sirvend, Manfred Wiesner (sämtlich 3. 10. 82), Gernot Antony, Thomas Bach, Klaus Rudolf Balzer, Reinhard Caspar, Reiner Enders, Jürgen Escher, Andreas Geis, Klaus Geule, Reiner Henze, Volker Willi Jäger, Stefan Jonas, Jörg Bernhard Kasper, Michael Köcher, Jörg Louis, Thomas Marquardt, Stefan Michael Marsiske, Hans Jörg Martin, Frank Karl Müller, Ralf Müller, Gerd Nilges, Uwe Horst Manfred Preis, Horst Reyer, Stefan Gerd Röhlen, Matthias Roos, Ronald Rudolph, Jörg Ruhnau, Frank Albert Schaffner, Rainer Hans Schmitt, Bernd Schreiber, Ulrich Schulze, Ronald Steinke, Michael Tuisel, Rolf Johann Wagner, Joachim Peter Wendt, Peter Wittig (sämtlich 4. 10. 82), Peter Helmut Bagus, Geo Ber-ringer, Ralf Günther, Manfred Arnold Herzog, Martin Leibold, Thomas Niebisch, Michael Prüssing, Jörg Schmidt, Andreas Schneider, Manfred Werner Scholz, Andreas Tropp, Dieter Adolf Vähröder, Gunter Volz (sämtlich 5. 10. 82), Michael Ernst Ludwig Bauer, Thomas Günter Bernecker, Dietmar Dascher, Gerd Färber, Reiner Haffer, Markus Hannappel, Uwe Ernst Landgraf, Uwe Meier, Michael Meyer, Hubertus Hans Rziha, Arnold Steger (sämtlich 6. 10. 82), Michael Grohmann, Thomas Lothar Nowak, Axel Wirth (sämtlich 7. 10. 82), Horst Richard Andorfer, Matthias Frisch, Udo Hofmann, Joachim Ulrich Klitsch (sämtlich 8. 10. 82), Frank Häfner (11. 10. 82), Michael Galde, Uwe Küster, Frank Schneider (sämtlich 12. 10. 82), Bernd Gerland (14. 10. 82), Volker Wilhelm Josef Reuter (20. 10. 82), Udo Ebert, Ulrich Walter Jacobi, Bernhard Kaiser, Ralf Kurt Morber, Volker Stächer (sämtlich 25. 10. 82), Stefan Berthold Zimmer (26. 10. 82), Peter Conrad (27. 10. 82), Günther Gerhard (29. 10. 82);

zu **Polizeihauptwachmeistern** die Polizeioberwachmeister (BaP) Ralf Meusel (8. 9. 82), Jörg Gümpel (27. 9. 82), Manfred Harald Arit, Ralf Herbert Bayer, Helko Bergheimer, Frank Werner Bopp, Stephan Büdenbender, Stefan Cebulla, Heinz Crecelius, Norbert Dietrich, Matthias Klaus Helmut Durotin, Trudbert Leo Ehrenfried, Ulrich Eichler, Manfred Elstner, Jürgen Eugen Englert, Roland Ferdinand Erbe, Harry Getsin, Arno Erwin Goos, Roger Grell, Bernhard Groß, Winfried Guberlet, Bernd Hansmann, Matthias Hardege, Bernd Ulf Hein, Matthias Holthausen, Jürgen Hummel, Peter Jablanofsky, Stefan Jackl, Oliver Jacob, Jürgen Jaeger, Günter Jörg, Horst Herbert Kaiser, Reinhold Kammerlander, Peter Keller, Peter Keßler, Günther Kiepfer, Frank Klüppel, Peter Koch, Thilo Knop, Richard Krist, Michael Lönning, Stefan Mieth, Dieter Müller, Bernd Naumann, Michael Josef Nimmerfroth, Udo Otto, Wilhelm Rainer Paul, Jürgen Peter, Volker Pfeiffer, Ernst Pöhlmann, Thomas Maria Manfred Priemer, Dieter Pysz-

ko, Michael Heinz-Gerhard Reuschlein, Carsten Schenk, Johann Schlosser, Michael Schmidt, Frank Schmitt, Gunar Manfred Schnierle, Otto-Peter Schulze, Dieter Schunke, Stefan Heinrich Schwab, Ingo Sedlak, Axel Spuhler, Udo Stampnik, Alois Staudt, Dirk Steinmüller, Roland Theiß, Armin Velten, Uwe Helmut Vey, Dietmar Herbert Wagerster, Michael Weimar, Peter Wild, Friedel Wolf, Lothar Friedrich Zeller, Rolf-Dieter Albert Zentsch, Herbert Zimmer (sämtlich 1. 10. 82), die Polizeiwachmeister (BaP) Erik-Uwe Arndt, Michael Asel, Michael Böhm, Rainer Deutsch, Heinz Dickert, Axel Dumeler, Michael Cordey, Hans-Jürgen Flohr, Uwe Hartmann, Detlev Höpfner, Wolfgang Kirchner, Ralf Koch, Dirk Willi König, Ralf Axel Marburger, Jürgen Mogk, Frank Michael Müller, Herbert Reinbott, Thomas Schaub, Stefan Thomas Schell, Mario Wolfgang Schierer, Karl Georg Josef Schmitt, Wolfgang Schneider, Uwe Traser, Kai Uwe Utzinger, Michael Wacht-berger (sämtlich 1. 10. 82), Wolfgang Wigbert Wald (15. 10. 82);

zu **Polizeioberwachmeistern** die Polizeiwachmeister (BaP) Manfred Josef Wolpert (20. 4. 82), Roland Zinn (26. 4. 82), Michael Mock, Manfred Friedhelm Rohrschneider (beide 30. 4. 82), Frank Büchling, Joachim Engel, Karl Udo Fratzmann, Michael Jung, Thomas Lenhard, Rainer Lück, Udo Karl Manz, Uwe Merz, Michael Müller, Frank Navrade, Markus Erich Normann, Jürgen Reiff, Bernhard Rogoll, Michael Rolshausen, Uwe Roschinsky, Volker Salz, Thomas Sauer, Klaus Helmut Schäfer, Peter Stein, Bernd Walder, Peter Alfred Dieter Westphal (sämtlich 1. 10. 82), Andreas Alt, Jörn Philipp Berg, Michael Hubertus Betz, Frank Heinz Dannbacher, Detlev Dels, Arthur Ferdinand Diegmüller, Jürgen Heinz Dräger, Dirk Flege, Günter Frey, Karsten Fechner, Reinhard Peter Gotha, Reinhard Groß, Georg Gunkelsberger, Reiner Hering, Andreas Leo Hummel, Jürgen Josef Jaciuk, Karlheinz Jung, Robert Kamrau, Miroslav Karasek, Frank Kemmerer, Thomas Alfred Körzel, Steffen Kraus, Thomas Klaus Krieg, Ronald Georg Krönert, Frank Krüger, Mario Kuch, Thomas Marsch, Ulrich Maul, Dirk Müller, Michael Nees, Peter Karl Oswald, Ralf Pfaff, Matthias Rabenau, Oliver Reitenbach, Wilfried Rudolf, Jörg Wilhelm Schlüter, Klaus Dieter Schmidt, Ralf Schmidt, Stefan Schmidt, Frank Schneider, Peter Jakob Schwinn, Maic Seelhof, Jürgen Willi Seipel, Richard Otto Stein, Alexander Stroh, Ingo Süß, Martin Wilhelm Waldmann, Thomas Wauch, Günter Willershausen, Andreas Zapp (sämtlich 4. 10. 82), Markus Grim (5. 10. 82), Michael Conradi (15. 10. 82);

zu **Polizeihauptwachmeister-Anwärtern** (BaW) Markus Georg Adam, Torsten Alber, Jürgen Alexander, Frank Asthalter, Christoph Wilhelm Auth, Andreas Baier, Robert Basting, Ulrich Bauer, Ulrich Wilhelm Bauer, Uwe Bayan, Matthias Eduard Beck, Michael Becker, Udo Becker, Klaus Behnke, Ingo Bender, Thomas Udo Berger, Hans-Ulrich Bergmann, Stefan Beschel, Matthias Bieber, Cihan Bilgic, Uwe Martin Bingel, Matthias Blüder, Uwe Böttcher, Markus Bonert, Rachid Michael Bouarroudj, Andreas Josef Peter Britz, Michael Bruder, Jürgen Wigbert Brunner, Dirk Georg Helmuth Büchner, Ralf Christ, Aurelio Otto Dauer, Steffen Daum, Volker Josef Daum, Michael Dechéne, Roland Debus, Andreas Deuschel, Oliver Deutsch, Uwe Diegmüller, Markus Dinkel, Patrick Dörrenbacher, Martin Dornseif, Peter Drescher, Helmut Eberhardt, Bernd Christian Eckhard, Michael Karl Günther Eibel, Hans Peter Andreas Bernhard Eichler, Roman Eisenbach, Heiko Emmrich, Andreas Walter Erben, Tommaso Fabbrizio, Georg Faulhaber, Volker Faust, Matthias Werner Fecher, Volker Wilhelm Fehl, Lutz Fehrer, Ingo Felsmann, Edgar Günther Frommann, Uwe Karl Gänsel, Helmut Gantner, Thomas Gass, Thomas Gebert, Wolfgang Glimnich, Matthias Götz, Jürgen Godulla, Matthias Markus Gran, Dirk Graß, Walter Graß, Michael Werner Grieß, Gerald Grimme, Jürgen Haas, Frank Habich, Andreas Hahn, Gerd Hahn, Reinhard Hahn, Wolfgang Hahn, Roland Haubert, Harald Hege, Holger Andreas Heiken, Stefan Karl Robert Heil, Andreas Henkel, Klaus Karl Henkel, Gerd Helmut August Heymann, Michael Hill, Christian Hilpisch, Jörg Höntsch, Thomas Hofmann, Mike Hohmann, Alexander Horst, Armin Hans-Peter Iwachiw, Rüdiger Jesse, Georg Christian Jordan, Harro Käse, Andreas Kaiser, Michael Kaiser, Ralf Kaltenhäuser, Bodo-Armin Kaps, Jürgen Ernst Kaspar, Norbert Kaune, Heinrich Ekkehard Michael Kehm, Joseph James Eduard Keller, Peter Keyser, Thorsten Alexander Kießling, Dirk Kleine, Uwe Klett, Bernd Klinsing, Detlef Wolfgang Knapp, Stefan Kneissler, Albrecht Gerhard Koch, Andreas Köhler, Claus Elmar Kotzam, Axel Kraft, Rüdiger Kraus, Peter Kretschmer, Arna Hans Walter Kroll, Bernd Kruppa, Jörg Kruse, Michael Erich Kuhn, Ralf Oswald Lang, Jörg Lauterbach, Thomas Leinberger, Frank Helmut Lindenborn, Andreas Karl-Heinz Lü-

ken, Folkert Naumann, Ralph Neubauer, Manfred Willi Neuwirth, Frank Gene van Normann, Torsten Mähl, Michael Mahla, Thomas Horst Maikranz, Markus Josef Mathis, Michael Peter May, Marcel Meier, Axel Meinhardt, Thomas Matthias Melius, Thomas Merkel, Bernhard Maria Mohr, Michael Mohr, Andreas Müller, Roland Müller, Andreas Michael Mudrack, Marcus Hartmut Munzing, Lutz Murmann, Udo Ochsenreither, Bernd Josef Osterloh, Axel Rudolf Pauli, Ernst Jörg Petter, Frank Pfeffer, Achim Manfred Pfeiffer, Thomas Pletl, Andreas Hans Polz, Jörg Achim Pommerenke, Heiko Dirk Posiege, Gunter Volker Pscheidt, Roland Karl Raab, Bernd Josef Ranft, Dietmar Heinz Rasch, Matthias Bernd Rau, Steffen Reichert, Thomas Matthias Reinhardt, Matthias Reitz, Stefan Reusch, Karsten Richter, Peter Richter, Volker Norbert Rohrer, Frank Michael Roth, Andreas Rühl, Michael Rühl, Michael Medard Sachs, Wolfram Heinrich Sattler, Gerd Michael Saul, Axel Herbert Schäfer, Norbert Alfons Schätzle, Matthias Arthur Scheerer, Jürgen Bernhard Schick, Uwe Michael Schild, Uwe Karl Hermann Schilp, Peter Frank Schindler, Andreas Schliesmeier, Hauke Hans Gerd Schlott, Carlo Schmidt, Thomas Schmidt, Tobias Schmidt, Horst Horst Schmittdehl, Bernhard Schneider, Martin Schnell, Frank Ralf Scholz, Stefan Walter Schott, Achim Schreiner, Axel Schröder, Axel Gerd Schröder, Frank Schütz, Thomas Schuster, Manfred Seelbach, Matthias Seim, Guido Seith, Franz Josef Skubski, Thomas Speicher, Uto-Matthias Speier, Ronald Dieter Spies, Thomas Spieß, Kai-Uwe Stein, Ulrich Hans Steinmann, Bernhard Stellrecht, Dirk Edgar Sterzel, Sven Sulzmann, Uwe Teichmann, Armin Thal, Ralf Thim, Kai-Uwe Thon, Matthias Albert Träger, Stephan Horst Trees, Joachim Holger Uhl, Ivo Maria Veldenz, Holger Wilhelm Vetter, Michael Wagner, Roger Artur Wagner, Wolfgang Walter, Peter Weck, Jochen Georg Helmut Wegmann, Dirk Richard Weil, Michael Weisel, Rainer Ferdinand Weitzel, Gerd Oliver Wenzel, Matthias Dieter Wenzel, Michael Josef Wenzel, Franz-Josef Werner, Dieter Weth, Frank Wetzel, Stefan Wied, Jochen Wiegand, Klaus Gerhard Wiesner, Volkhard Lothar Wilke, Rainer Worschech, Stefan Zell, Hans-Peter Joachim Zimmermann, Ernst Michael Zuber (sämtlich 1. 10. 82), Dirk Ernst (18. 10. 82), Jörg Kleinmann (22. 10. 82), Thomas Schreiber (25. 10. 82);

eingewiesen:

in die Besoldungsgruppe A 9 mit Amtszulage Polizeihauptmeister (BaL) Karl Büdenbender (1. 10. 82);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Polizeikommissar (BaP) Gerhard Emil Wittig (26. 9. 82), die Polizeiobermeister (BaP) Volker Hellmuth (16. 8. 82), Ralf Mangels (1. 9. 82), Egbert Host (25. 9. 82), Reinhold Georg Sauer, Peter Weigand (beide 10. 10. 82), Ulrich Dünnes (25. 10. 82), die Polizeimeister (BaP) Peter Boguth (24. 6. 82), Rene Bock (8. 7. 82), Volker Raffael Puff (14. 7. 82), Dietmar Dillmann (30. 8. 82), Herbert Theis (1. 10. 82), die Polizeihauptwachmeister (BaP) Walter Arnold (25. 8. 82), Herbert Paul Scholz (17. 9. 82), Udo Stampnik (6. 10. 82);

entlassen:

Polizeioberwachmeister (BaP) Peter Helbig (31. 10. 82), Polizeihauptwachmeister-Anwärterin (BaW) Sabine Werning (30. 9. 82), beide gem. § 40 (2) HBG, die Polizeihauptwachmeister-Anwärter (BaW) Jörg Hiemisch (2. 9. 82), Frank Bukschat (8. 9. 82), Alexander Pfeifer (16. 9. 82), Hans-Michael Werner Albig (20. 9. 82), Volker Gerhard Michel (21. 9. 82), Ralf Lauber, Michael Schrenk, Wolfgang Gerhard Sigl, Horst Wilhelm Herbert Silberschlag (sämtlich 24. 9. 82), Erwin Gabriel (28. 9. 82), sämtlich gem. § 43 (2) HBG, Polizeiobermeister (BaP) Roland Siegfried Christoph (30. 9. 82), die Polizeimeister (BaP) Klaus-Martin Kerste (31. 8. 82), Stefan Burghardt (30. 9. 82), die Polizeihauptwachmeister (BaP) Fred Guido Groß, Matthias Herbert (beide 30. 9. 82), Joachim Seifert (4. 11. 82), die Polizeiwachmeister (BaP) Volker Heinz Döring (14. 9. 82), Thomas Oschmann, Jörg Reiß (beide 30. 9. 82), Dirk Förster, Thomas Gnade, Gerd Krück, Thomas Theis (sämtlich 31. 10. 82), die Polizeihauptwachmeister-Anwärter (BaW) Reinhard Stork (15. 8. 82), Bernd Rhein, Adam Schmitt, Manfred Scholz, Rolf Wiese, Matthias Jörg Witzel (sämtlich 31. 8. 82), Michael Neuwirth, Wolfgang Werner (beide 7. 9. 82), Stefan Joachim Haeseler, Frank-Rainer Völpel (beide 15. 9. 82), Bernd Manfred Hultz (19. 9. 82), Gerhard Walter Kutschoid, Jürgen Sandrock (beide 31. 10. 82), sämtlich gem. § 41 HBG.

Wiesbaden, 8. November 1982

**Direktion
der Hessischen Bereitschaftspolizei**
AL 1 — 7 1

StAnz. 48/1982 S. 2113

Berichtigung

In StAnz. 1982 S. 2007 muß es unter

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern
im Ministerium

richtig heißen:

ernannt:

zum Direktor der Hessischen Schutzpolizei **Polizeidirektor**
(BaL) Anton Arbes . . .

Die Redaktion

E. im Bereich des Hessischen Ministers der Justiz

im Ministerium

ernannt:

zum **Ministerialrat (BaL)** Richter am Oberlandesgericht
(RaL) Dr. Werner Schultze, Staatsanwalt (BaL) Dr. Peter
Kircher (beide 1. 10. 82);

zum/zur **Regierungsobererrat/in** Regierungsrat/in (BaL) In-
geborg Growe-Zenz (11. 10. 82), Hermann Kipper (14. 10. 82);
zum **Amtmann** Oberinspektor (BaL) Knut Rehn (1. 10. 82).

Wiesbaden, 28. Oktober 1982

Der Hessische Minister der Justiz

2010 E 1 — I. ZB 43/82

StAnz. 48/1982 S. 2115

F. im Bereich des Hessischen Kultusministers

beim Regierungspräsidenten in Gießen

ernannt:

zum **Ltd. Schulamtsdirektor** Schulamtsdirektor (BaL)
Hans-Jochem Schmit, Staatl. Schulamt Lahn-Dill
(28. 10. 82);

zum **Regierungsobererrat** Regierungsrat (BaL) Gerhard Geis,
Staatl. Schulamt Lahn-Dill (28. 10. 82);

zum **Amtmann** Oberinspektor (BaL) Georg Hofmann,
Staatl. Schulamt Vogelsbergkreis (1. 10. 82);

zum/zur **Inspektor/in** Inspektor/in z. A. (BaP) Doris Herr-
mann, Staatl. Schulamt Gießen (1. 10. 82); Eckhard Zissel,
Staatl. Schulamt Marburg-Biedenkopf (1. 9. 82);

in den **R u h e s t a n d** versetzt:

Ltd. Schulamtsdirektor (BaL) Bodo Metz, Staatl. Schulamt
Limburg-Weilburg (31. 7. 82) gem. § 51 Abs. 1 HBG.

Gießen, 10. November 1982

Der Regierungspräsident

P 2 — Pers. 3 — 7016 — 03

StAnz. 48/1982 S. 2115

G. im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik

bei der Eichverwaltung

ernannt:

zum **Techn. Oberinspektor (BaL)** Techn. Oberinspektor
z. A. (BaP) Helmut Gerhold (21. 10. 82),

zum **Wart (BaL)** Wart z. A. (BaP) Alfred Pfeiffer (21. 10. 82)

in den **R u h e s t a n d** versetzt:

Techn. Hauptsekretär Jean Ziegler (31. 10. 82) gem. § 51
Abs. 1 HBG.

Darmstadt, 12. November 1982

Hessische Eichdirektion

74c — 041 — 03 — 1/1

StAnz. 48/1982 S. 2115

H. im Bereich des Hessischen Sozialministers

im Ministerium

ernannt:

zum **Ministerialdirigenten** Ltd. Ministerialrat (BaL) Dr.
Wilhelm Kersten (1. 10. 82);

zu **Ltd. Ministerialräten** die Ministerialräte (BaL) Klaus
Rückel, Dr. Thomas Zickgraf (beide 1. 10. 82);

zu **Ministerialräten** Regierungsdirektor (BaL) Wolfgang
Heß (1. 10. 82), Gewerbedirektor (BaL) Klaus Peschick
(1. 10. 82), Pharmaziedirektor (BaL) Dr. Albrecht Fuchs
(29. 10. 82);

zu **Regierungsdirektoren** die Regierungsobererräte (BaL)
Manfred Rudel (10. 7. 82), Karl Steindl (1. 10. 82), Gerhard
Tölle (29. 10. 82);

zu **Regierungsdirektoren z. A. (BaP)** die Verwaltungsangestellten Dr. Wolfgang Stumme (22. 7. 82), Dr. Jürgen Altröck (29. 10. 82);

zu **Regierungsoberräten** die Regierungsräte (BaL) Helmut Domann, Dieter Schlembach (beide 1. 10. 82);

zu **Regierungsoberräten (BaL)** die Regierungsobererräte z. A. (BaP) Dr. Franz-Josef Kemper (1. 6. 82), Dr. Holger Koppe (1. 7. 82);

zum **Regierungsoberrat z. A. (BaP)** Verwaltungsangestellter Lothar Dicks (22. 7. 82);

zur **Regierungsrätin (BaL)** Regierungsrätin z. A. (BaP) Anna Hafemann (17. 9. 82);

zum **Oberamtsrat (BaL)** Amtsrat (BaL) Siegfried Niendorf (1. 10. 82);

zum/zur **Amtsrat/in** die Amtmänner (BaL) Wilfried Gabler, Brunhild Weigel-Tichy (beide 1. 10. 82);

zu **Amtmännern** die Oberinspektoren (BaL) Kurt Blattner, Karlheinz Grewe, Wilhelm Schier (sämtlich 1. 10. 82);

zum **Techn. Amtmann (BaL)** Techn. Amtmann z. A. (BaP) Bernd Scheidt (12. 7. 82);

versetzt:

vom Magistrat der Stadt Frankfurt Amtmann (BaL) Brunhild Weigel-Tichy (1. 4. 82), Regierungsobererrat (BaL) Ingo Staymann (1. 10. 82), vom Landesversorgungsamt Hessen Amtmann (BaL) Christel Häuser (17. 6. 82);

in den Ruhestand versetzt:

Ministerialdirigent Dr. Otto Kubitz (30. 9. 82), Amtsinспектор Günter Berger (30. 9. 82), beide gem. § 51 Abs. 3 HBG, Werner Ried (31. 10. 82) gem. § 51 Abs. 1 HBG;

entlassen:

Oberamtsrat Jens Plusczyk (30. 6. 82) gem. § 39 Abs. 1 Nr. 4 HBG, Edel-Rainer Lingenthal (31. 7. 82), Eberhard Rösener (31. 7. 82), beide gem. § 41 HBG, Regierungsrat z. A. Hans-Joachim Ruff (31. 8. 82) gem. § 39 Abs. 1 Nr. 4 HBG;

beim Landesjugendamt Hessen

ernannt:

zum **Amtsrat** Amtmann (BaL) Gerhard Schemenau (15. 10. 82).

Wiesbaden, 8. November 1982

Der Hessische Sozialminister

V B 1 b — 7 o — 16

StAnz. 48/1982 S. 2115

beim Regierungspräsidenten in Gießen

ernannt:

zum **Veterinär**rat (BaL) Veterinär z. A. (BaP) Dr. Gerhard Figge, Staatl. Vet.-Amt Marb.-Biedenkopf (26. 5. 82); zum **Oberinspektor** Inspektor (BaL) Dieter Neumann, Staatl. Vet.-Amt Lahn-Dill-Kreis (8. 10. 82);

zur **Techn. Oberinspektorin (BaL)** Techn. Oberinspektorin z. A. (BaP) Gisela Dickopp, Gewerbeaufsichtsamt Gießen (1. 11. 82);

zum **Inspektor z. A. (BaP)** Inspektoranwärter (BaW) Volkmar Haller, Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Limburg (1. 9. 82); zum **Obersekretär** Sekretär (BaL) Joachim Lehr, Staatl. Veterinäramt Gießen (1. 10. 82);

zum **Techn. Assistenten z. A.** Techn. Assistentenwärter (BaW) Manfred Heuser, Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Marburg (1. 9. 82);

entlassen:

Inspektor z. A. (BaP) Volkmar Haller, Gewerbeaufsichtsamt Limburg (30. 9. 82) gem. § 41 HBG.

Gießen, 10. November 1982

Der Regierungspräsident

P 2 — Pers. 3 — 7016 — 03

StAnz. 48/1982 S. 2116

I. im Bereich des Hessischen Ministers für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten

beim Regierungspräsidenten in Gießen

ernannt:

zum **Techn. Amtmann** Techn. Oberinspektor (BaL) Klaus Löschau, Wasserwirtschaftsamt Dillenburg (1. 10. 82);

zum **Techn. Oberinspektor (BaL)** Techn. Oberinspektor z. A. (BaP) Klaus-Peter Burger, Wasserwirtschaftsamt Marburg (1. 10. 82);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit: Baurat (BaP) Gert Wentzel, Wasserwirtschaftsamt Dillenburg (29. 10. 82).

Gießen, 10. November 1982

Der Regierungspräsident

P 2 — Pers. 3 — 7016 — 03

StAnz. 48/1982 S. 2116

bei der Bezirksdirektion für Forsten und Naturschutz in Darmstadt

ernannt:

zum **Forstdirektor** Forstoberrat (BaL) Hans-Dieter Schmitt, FA Darmstadt (29. 10. 82);

zu **Forstoberräten** die Forsträte (BaL) Wilhelm Bode, Ewald Krämer, FWB Odenwald-Nord, Dr. Klaus Kunze, FA Seeheim-Jugenheim (sämtlich 1. 10. 82);

zu **Forsträten (BaL)** die Forsträte z. A. (BaP) Michael Runkwitz, FWB Odenwald-Süd (3. 8. 82), Christian Foet, FA Weilburg (6. 8. 82), Michael Schlote, FA Bad Homburg (10. 8. 82), Jörg Otto, FA Nidda (13. 8. 82), Jens Müller, FA Wolfgang (7. 9. 82);

zu **Forsträten z. A. (BaP)** Forstassessor (BaW) Thomas Drees, FA Idstein (1. 8. 82), Forstreferendar (BaW) Ralf Heitmann, FA Langen (1. 10. 82);

zu **Oberamtsräten** die Amtsräte (BaL) Werner Lorschach, FA Schlüchtern, Erich Weber, FA Idstein (beide 1. 10. 82); zum **Amtsrat** Forstamtmann (BaL) Rudolf Graulich, FA Weilrod (8. 10. 82);

zu **Forstamtmännern** die Forstoberinspektoren (BaL) Alfred Badstieber, FA Homberg (6. 10. 82), Manfred Ritter, FA Homberg (7. 10. 82), Norbert Diener (6. 10. 82);

zu **Amtmännern** die Oberinspektoren (BaL) Cornelia Kehmptzow, Guntram Schlick (beide 1. 10. 82), Judith Harti (20. 10. 82);

zu **Forstinspektoren** die Forstinspektoren z. A. (BaP) Friedrich Siepmann, FA Lich (6. 8. 82), Jens Thomsen, FA Beerfelden (29. 9. 82), Karl-Heinz Demandt, FA Rüdeshelm (30. 9. 82), Wolf-Rüdiger Berends, FA Michelstadt (17. 10. 82), Bodo Gonder, FA Nidderau (17. 10. 82), Jürgen Müller, FA Bad Schwalbach (17. 10. 82), Arno Dietz, FA Weilburg, Martin Schäfer, FA Mörfelden-Walldorf, Bernhard Schmitt, MB Rhein-Main (sämtlich 18. 10. 82), Helmut Nickel, FA Braunfels, Hartmut Schneider, FA Taunusstein (19. 10. 82), Wolfgang Röhser, FA Babenhausen (24. 10. 82);

zu **Forstinspektoren (BaL)** Forstinspektor z. A. (BaP) Hermann Greb, FA Schotten (18. 10. 82);

zur **Inspektorin** Inspektorin z. A. (BaP) Gabriele Knapp, (1. 9. 82);

zu **Inspektoren z. A. (BaP)** die Inspektoranwärter (BaW) Wilfried Menzel, FA Hofheim (3. 9. 82), Ingeborg Pöpplein, FA Lampertheim (3. 9. 82), Beate Scholz, FA Neu-Isenburg (3. 9. 82);

zu **Forstinspektoranwärttern (BaW)** die Forstpraktikanten Jürgen Bayerle, Markus Böller, Volkmar Fritzsche, Ulrich Mager, Klaus-Peter Steiner, sämtlich Forstschule Schotten (sämtlich 1. 10. 82);

eingewiesen:

in die Besoldungsgruppe A 9 mit Amtszulage Forstamtsinspektor Willi Haas, FA Joßgrund (27. 10. 82);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Forstinspektoren (BaP) Klaus-Peter Winterfeldt, FA Heppenheim (3. 8. 82), Bernhard Gerstner, FA Beerfelden, Jürgen Maul, FA Höchst, Norbert Schuster, FA Neu-Isenburg, Reinhold Worch, FA Hofheim (sämtlich 17. 10. 82), Michael Schales, FA Weilburg, Thomas Steinke, FA Darmstadt, Hans Otto Thorn, FA Darmstadt (sämtlich 18. 10. 82), die Forstoberinspektoren (BaP) Siegfried Donner, FA Driedorf (13. 8. 82), Paul Rudolf Härle (18. 9. 82), Manfred Wech, FA Mörfelden-Walldorf (31. 10. 82), Inspektor (BaP) Albrecht Schwarzhaupt, FA Grebenhain (8. 8. 82), Oberinspektorin (BaP) Gabriela Brunner (11. 8. 82);

in den Ruhestand versetzt:

Forstamtmann Albert Siegel, FA Babenhausen (31. 10. 82) gem. § 51 (1) HGB, die Forstamtmänner Hans Post, FA Biebental (31. 8. 82), Karl Diehl, FA Bad Nauheim (30. 9. 82), Werner Hintz, FA Weilmünster (30. 9. 82), Johann Reif, FA Weilmünster (31. 10. 82), sämtlich gem. § 51 (3) HBG;

in den Ruhestand getreten:

Oberamtsrat Julius Kaps, FA Waldsolms (31. 10. 82);

entlassen:

Inspektoranwärterin (BaW) Beate Kaiser, FA Heppenheim (30. 9. 82) gem. § 41 (1) HBG, die Forstreferendare (BaW) Friedbert Bombosch, Hans-Peter Busch, Johannes Eichhorn, Wolfgang Grau, Bernd Müller, Karl Maria Weckler, Hans-Jürgen Wölfinger (sämtlich 15. 6. 82), sämtlich gem. § 43 Abs. 2 Satz 2 HBG;

verstorben:

Forstamtmann Otto Kuhl, FA Nidda (30. 10. 82).

Darmstadt, 12. November 1982

**Bezirksdirektion
für Forsten und Naturschutz**
1 a — B 47

StAnz. 48/1982 S. 2116

bei der Bezirksdirektion für Forsten und Naturschutz in Kassel

ernannt:

zu **Forstdirektoren** die Forstoberräte (BaL) Rudolf Michalik, FA Frankenberg (1. 10. 82), Gerhard Homburg, (22. 10. 82);

zu **Forstreferendaren (BaW)** Eberhard Leicht, Werner Scholtes (beide 1. 7. 82);

zu **Amtsräten** die Forstamtmänner (BaL) Horst Zeller, FA Bad Wildungen (14. 10. 82), Bernhard Kuptz, FA Wanfried (25. 10. 82), Kurt Heinz Kaut, FA Korbach, Dieter Hermann, FA Reichensachsen (beide 12. 10. 82);

zu **Forstamtmännern** die Forstoberinspektoren (BaL) Eduard Gerhold, FA Hofgeismar, Horst Denner, FA Rauschenberg, Günter Roselieb, FA Witzenhausen, Horst Fissele, FA Hofgeismar (sämtlich 1. 10. 82);

zum **Forstoberinspektor** Forstinspektor (BaP) Holm Tomas Pfeiffer, FA Dautphetal (1. 10. 82);

zu **Forstoberinspektoren** die Forstinspektoren (BaL) Klaus Polter, Ralf Weber, beide FA Fritzlar, zum Oberinspektor Inspektor (BaL) Lothar Schmidt (sämtlich 1. 10. 82);

zu **Forstinspektoren (BaL)** die Forstinspektoren z. A. (BaP) Franz-Josef Göllner, FA Waldeck (2. 5. 82), Hans-Peter Csollák, FA Wanfried (10. 5. 82), Ulrich Gillner, FA Wetter (16. 10. 82);

zu **Forstinspektoren** die Forstinspektoren z. A. (BaP) Jochen Hörder, FA Hatzfeld, Albert Hernold, FA Edertal, Jürgen Krause, FA Gahrenberg, Thomas Leibold, FA Hilders, Ralf Rainer Stolz, FA Rauschenberg (sämtlich 16. 7. 82), Michael Hofmann, FA Morschen, Wolfgang Kommallein, FA Waldeck, Michael Seehafer, FA Frankenberg (sämtlich 17. 10. 82), Konrad Dreßler, FA Melsungen, Peter Bornmann, FA Witzenhausen (beide 16. 10. 82);

zum **Inspektor** Inspektor z. A. (BaP) Hans Uwe Dudlik, FA Hatzfeld (1. 8. 82);

zu **Forstinspektoren z. A. (BaP)** die Forstinspektoranwärter (BaW) Erwin Ackerbauer, FA Frankenberg, Thomas Appelt, FA Bad Sooden-Allendorf, Ralf Brückner, FA Neuenstein, Norbert Hänel, FA Burgwald, Rainer Hellwig, FA Wolfhagen, Peter Katzmann, FA Neuhaus, Johannes-Peter Köther, FA Niederaula, Peter Muster, FA Gahrenberg, Ekkehard Rogée, FA Rotenburg, Peter Stein, FA Jesberg (sämtlich 28. 10. 82);

zu **Inspektoren z. A. (BaP)** die Inspektoranwärter (BaW) Manfred Schäfer, FA Gahrenberg (16. 6. 82), Holger Henning, FA Reichensachsen (3. 9. 82);

zur **Inspektorin z. A. (BaP)** Inspektoranwärterin (BaW) Daniela Mitschke, FA Wanfried (3. 9. 82);

zu **Forstinspektoranwärtern (BaW)** die Dipl.-Ing. Hans-Joachim Buße, FA Rauschenberg, Matthias Grebe, FA Gahrenberg, Thomas Gurtmann, FA Bad Hersfeld, Detlef Hoffmeister, FA Hofgeismar, Helmut Kaese, FA Bad Wildungen, Uwe Klinke, FA Reinhardshagen, Karl-Heinz Kölling, FA Bad Sooden-Allendorf, Dieter Kruse, FA Knüllwald, Friedhelm Mast, FA Reinhardshagen, Ulrich Meyer, FA Willingen (sämtlich 1. 10. 82);

zum/zur **Inspektoranwärter/in (BaW)** Bewerber/in Günther Wolff, FA Gahrenberg, zur Inspektoranwärterin (BaW) Ursula Pape, FA Schwalmstadt (beide 1. 10. 82);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Forstoberinspektoren (BaP) Heinz-Jürgen Schmoll, FA Kassel (25. 5. 82), Thomas Viel, FA Niederaula (1. 6. 82),

die Forstinspektoren (BaP) Erich Wetzlar, FA Burgwald (8. 10. 82), Walter-Thomas Fiebig, FA Rotenburg, Heinz-Georg Müller, FA Jesberg (beide 16. 10. 82);

in den Ruhestand versetzt:

Oberamtsrat Hans Kilian, FA Willingen (31. 7. 82) gem. § 51 (1) HBG, die Forstamtmänner Ernst Rappe, FA Rotenburg, Karl Koch, FA Wolfhagen (beide 30. 4. 82), Heinrich Hahn, FA Bad Sooden-Allendorf (31. 7. 82), sämtlich gem. § 51 (3) HBG, Forstoberinspektor Fritz Wolf, FA Melsungen (31. 10. 82) gem. § 51 (3) HBG;

entlassen:

Forstreferendar Wilhelm Denninger (31. 8. 82) gem. § 41 (1) HBG, die Forstinspektoranwärter Hans-Ludwig Boßhammer, FA Rauschenberg, Werner Boderke, FA Diemeltstadt (beide 28. 10. 82), beide gem. § 43 (2) HBG, die Inspektoranwärterinnen Ursula Ender, FA Hofbieber, Petra Bringmann (beide 30. 9. 82), beide gem. § 43 (1) HBG.

Kassel, 5. November 1982

**Bezirksdirektion
für Forsten und Naturschutz**
1 — B 47 — c3 — 11

StAnz. 48/1982 S. 2117

beim Hessischen Landesamt für Ernährung, Landwirtschaft und Landentwicklung

ernannt:

zu **Landwirtschaftsdirektoren** die Landwirtschaftsoberräte (BaL) Wilfried Müller (18. 10. 82), Walter Schmidt, Hessisches Landwirtschaftliches Beraterseminar Rauscholzhausen (29. 10. 82);

zum **Studiendirektor** Landwirtschaftsoberrat (BaL) Heinrich Bohl, Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Marburg (25. 10. 82);

zum **Regierungsdirektor** Regierungsoberrat (BaL) Hans Peltzer (1. 10. 82);

zum **Landwirtschaftsoberrat** Landwirtschaftsrat (BaL) Dr. Meinolf Heil (1. 10. 82);

zu **Vermessungsoberräten** die Vermessungsräte (BaL) Stephan Büttner, Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Fulda, Eckhard Simon, Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Alsfeld (beide 29. 10. 82);

zu **Landwirtschaftsräten (BaL)** die Landwirtschaftsräte z. A. (BaP) Dr. Rainald Brechtel, Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Limburg (25. 9. 82), Rolf Balgheim (1. 10. 82), Karl-Peter Mütze, Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Fritzlar (1. 11. 82);

zum **Landwirtschaftsrat z. A. (BaP)** Diplom-Agraringenieur Dr. Hans-Wilhelm Ide, Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Fritzlar (1. 9. 82);

zum **Studienrat z. A. (BaP)** Diplom-Agraringenieur Reinhard Gerlach, Lehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau Kassel (1. 10. 82);

zu **Techn. Amtmännern** die Techn. Oberinspektoren (BaL) Karl-Hans Döring, Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Fulda, Heinz-Dieter Völker, Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Bad Hersfeld (beide 1. 10. 82), Johannes Pastor, Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Gießen (13. 10. 82);

zu **Amtmännern** die Oberinspektoren (BaL) Friedhelm Tolle, Edgar Kreuzer, Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Hanau (beide 1. 10. 82);

zum **Oberinspektor** Inspektor (BaL) Hans Meyer, Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Limburg (1. 10. 82);

zu **Techn. Oberinspektoren (BaL)** die Techn. Oberinspektoren z. A. (BaP) Günter Bär, Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Darmstadt, Werner Wiertellock, Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Wiesbaden, Günter Ziegeldorf, Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Hanau (sämtlich 1. 10. 82);

zum **Techn. Oberinspektor** Techn. Oberinspektor z. A. (BaP) Horst-Jürgen Bellof, Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Fulda (1. 10. 82);

zu **Techn. Oberinspektoren z. A. (BaP)** die Diplom-Ingenieure Thomas Schließmann, Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Hanau, Walter Willems, Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Wiesbaden (beide 15. 10. 82), Techn. Inspektoranwärter (BaW) Wolfgang Donner, Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Darmstadt (1. 10. 82);

zum/zur **Inspektor/in z. A. (BaP)** Norbert Lohfink, Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Wiesbaden, So-

raya Hartmann, Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Alsfeld (beide 1. 10. 82);

zu **Inspektoren** die Hauptsekretäre (BaL) Wilfried Otto, Alfred Rüppel, beide Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Bad Hersfeld (beide 1. 10. 82);

zu **Inspektoren z. A. (BaP)** die Inspektoranwärter (BaW) Peter Siebald, Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Wiesbaden, Jürgen Spengler, Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Gießen (beide 1. 9. 82), Christian Müller, Weinbauamt Eltville (1. 10. 82);

zum **Hauptsekretär** Obersekretär (BaL) Werner Heep, Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Limburg (1. 10. 82);

zum **Techn. Obersekretär** Techn. Sekretär (BaL) Horst Hellmich, Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Fulda (1. 10. 82);

zum **Techn. Obersekretär** Technischer Sekretär (BaP) Michael Sauer, Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Wiesbaden (1. 10. 82);

zur **Obersekretärin** Sekretärin (BaP) Regina Marschik, Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Marburg (1. 10. 82);

zum **Techn. Sekretär** Techn. Assistent (BaP) Wolfgang Regler, Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Fulda (1. 10. 82);

zum **Gestütoberwärter** Gestütwärter (BaP) Arno Lenz, Hessisches Landgestüt Dillenburg (1. 10. 82);

zum **Assistenten** Assistent z. A. (BaP) Jürgen Schad, Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Bad Hersfeld (15. 10. 82);

zum/zur **Assistenten/in z. A. (BaP)** Assistentanwärter/in (BaW) Wolfgang Borowski, Hessische Landesanstalt für Leistungsprüfungen in der Tierzucht Neu-Ulrichstein, Andrea Schmitt, Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Bad Hersfeld (beide 1. 10. 82);

zu **Landwirtschaftsreferendaren (BaW)** die Diplom-Agraringenieure Dr. Michael Gaudchau, Dr. Hartmut Horst, Ludwig Schäfer, Arno Zips (sämtlich 1. 10. 82);

zur **Landwirtschaftsreferendarin (BaW)** Diplom-Oecotrophologin Ulrike Bindi (1. 10. 82);

zu **Gartenbaureferendaren (BaW)** die Diplom-Ingenieure Lothar Hilke, Reiner Kopp (beide 1. 10. 82);

zum **Referendar der Landeskulturverwaltung (BaW)** Diplom-Agraringenieur Michael Wamser (1. 10. 82);

zu **Techn. Inspektoranwärtern (BaW)** die Bewerber Jochen Blöcher, Norbert Fritz, Achim Hardt, Michael Lotz, Jürgen Müller, Walther Müller (sämtlich 1. 10. 82);

zum/zur **Inspektoranwärter/innen (BaW)** der/die Bewerber/innen Klaus Hauck, Monika Batke, Beate Heckmann, Martina Wetlaufer (sämtlich 1. 10. 82);

zum **Techn. Assistentanwärter (BaW)** Bewerber Frank Braun (1. 11. 82);

zum/zur **Assistentanwärter/innen (BaW)** der/die Bewerber/innen Hein Fred Hahn, Sabine Balmer, Andrea Mies (sämtlich 1. 9. 82);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Techn. Obersekretär (BaP) Karl-Heinz Möller, Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Bad Hersfeld (18. 10. 82);

in den R u h e s t a n d versetzt:

Landwirtschaftsoberrat Dr. Jürgen Coßmann, Tierzuchtamt Kassel (30. 9. 82) gem. § 51 Abs. 1 HBG;

entlassen:

Techn. Assistent Burkhard Schmitt, Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Marburg (30. 9. 82) gem. § 41 HBG, die Landwirtschaftsreferendare/innen Peter Bauer, Hilmar Gerhardt, Oltmar Graf, Ute Kirchner, Barbara Münch-Hußmanns, Margit Wagner (sämtlich 30. 9. 82), die Techn. Inspektoranwärter Jürgen Kraft, Thomas Schießmann, Walter Willems (sämtlich 30. 9. 82), die Inspektoranwärter Jürgen Aurand, Norbert Siering (beide 31. 8. 82), Klaus Schade (30. 9. 82), sämtlich gem. § 43 HBG, Inspektoranwärterin Anita Figge (31. 8. 82) gem. § 41 HBG, Techn. Assistentanwärter Walter Busch (30. 9. 82) gem. § 43 HBG.

Kassel, 10. November 1982

Hessisches Landesamt
für Ernährung, Landwirtschaft
und Landentwicklung
012 — 7 g 10.01

StAnz. 48/1982 S. 2117

1252 DARMSTADT

DIE REGIERUNGSPRÄSIDENTEN

Verordnung zum Schutz der Trinkwassergewinnungsanlagen der Stadt Butzbach, Wetteraukreis, vom 1. November 1982

Auf Antrag und zugunsten der Stadt Butzbach, Wetteraukreis, wird hiermit nach Maßgabe der vorgelegten Unterlagen gemäß § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz — WHG) in der Fassung vom 16. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3017), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. März 1980 (BGBl. I S. 373), in Verbindung mit §§ 25 und 105 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) in der Neufassung vom 12. Mai 1981 (GVBl. I S. 153) für deren Trinkwassergewinnungsanlagen ein Wasserschutzgebiet festgesetzt und dazu folgendes verordnet:

§ 1

Einteilung des Wasserschutzgebietes

Das Wasserschutzgebiet für die Trinkwassergewinnungsanlagen der Stadt Butzbach, Wetteraukreis, das sich auf Teile der Gemarkungen Butzbach, Ebersgöns und Hausen-Oes, Wetteraukreis, Regierungsbezirk Darmstadt, und Cleeburg und Espa, Landkreis Gießen, Regierungsbezirk Gießen, erstreckt, wird in folgende Zonen eingeteilt:

- Zonen I (Fassungsbereiche),**
Zone II (Engere Schutzzone),
Zone III (Weitere Schutzzone).

Die Grenzen der einzelnen Zonen ergeben sich aus § 2 und den dazugehörigen Plänen (Übersichtskarte i. M. 1:10 000 und Katasterpläne i. M. 1:2000), in denen diese Zonen wie folgt dargestellt sind:

- Zone I (Fassungsbereiche) = rote Umrandungen,
Zone II (Engere Schutzzone) = grüne Umrandung,
Zone III (Weitere Schutzzone) = gelbe Umrandung.

§ 1

Einteilung des Wasserschutzgebietes

I. Fassungsbereiche (Zonen I)

1. Fassungsbereich für den Brunnen 16

Der Fassungsbereich erstreckt sich auf die Flurstücke Flur 16 Nrn. 2 und 3 (jeweils teilweise) der Gemarkung Butzbach.

Er ist ein Rechteck mit den Seitenlängen von 40 m (nordwestliche und südöstliche Seite) und 50 m (südliche und nördliche Seite).

Die südliche Seite verläuft von der nordwestlichen Seite des Flurstückes Nr. 3 (Knickpunkt) 20 m nach Westen und 30 m nach Osten.

Die nordwestliche und südöstliche Seite verlaufen parallel zu der nordwestlichen Seite des Flurstückes Nr. 3.

2. Fassungsbereich für den Brunnen 17

Der Fassungsbereich erstreckt sich auf das Flurstück Flur 16 Nr. 2 (teilweise) der Gemarkung Butzbach. Die Grenze verläuft entlang der oberen Böschungskante eines ehemaligen Steinbruches.

3. Fassungsbereich für den Brunnen 18

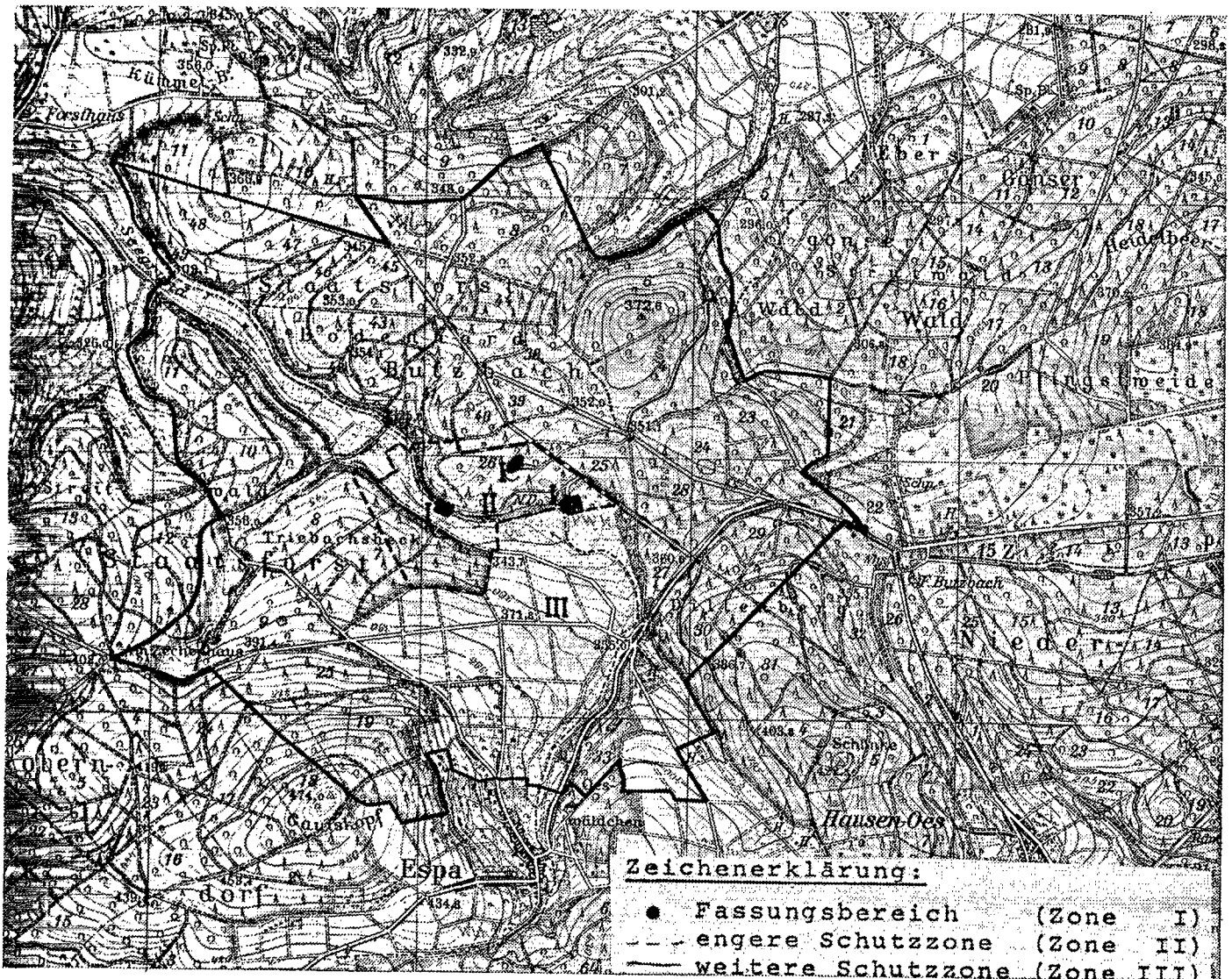
Der Fassungsbereich erstreckt sich auf das Flurstück Flur 16 Nr. 2 (teilweise) der Gemarkung Butzbach und die Flurstücke Flur 1 Nrn. 13 (teilweise), 14, 16 (teilweise) und 35 (teilweise) der Gemarkung Espa.

Er ist ein Quadrat mit den Seitenlängen von 50 m.

Die nordwestliche Seite verläuft von der nordöstlichen Seite des Flurstückes Nr. 15 parallel zu der nordwestlichen Seite des Flurstückes Nr. 14 — Abstand 20 m.

Die südöstliche Seite verläuft parallel zu der nordöstlichen Seite des Flurstückes Nr. 15 — Abstand 14 m.

Karte zur Verordnung zum Schutz der Trinkwassergewinnungsanlagen der Stadt Butzbach, Wetteraukreis

**II. Engere Schutzzone (Zone II)**

Die Engere Schutzzone erstreckt sich auf folgende Fluren bzw. Flurstücke der Gemarkungen Butzbach und Espa:

Gemarkung Butzbach

Flur 16 Flurstück Nr. 2 (südwestlicher Teil —

im Nordosten durch die westliche Seite der „Weber-Schneise“, die südliche Seite des auf dem Flurstück in Ost-West-Richtung verlaufenden Weges und die westliche Seite des auf dem Flurstück in Süd-West-Richtung verlaufenden Weges begrenzt — mit Ausnahme der Fassungsgebiete),

Flurstück Nr. 3 (nördlicher Teil —

im Süden durch eine Gerade, die von dem nordöstlichen Eckpunkt des Flurstückes Flur 1 Nr. 32 zu dem nordöstlichen Eckpunkt des Flurstückes verläuft, begrenzt — mit Ausnahme des Fassungsgebietes für Brunnen 16),

Gemarkung Espa

Flur 1 Flurstücke Nrn. 11 und 12,

Flurstück Nr. 13 (mit Ausnahme des Fassungsgebietes für Brunnen 18),

Flurstück Nr. 15,

Flurstück Nr. 16 (mit Ausnahme des Fassungsgebietes für Brunnen 18),

Flurstücke Nrn. 17—21,

Flurstück Nr. 27 (teilweise —

im Osten durch eine Gerade, die von dem südwestlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 20 zu dem nord-

östlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 128 verläuft, und im Nordwesten durch eine Gerade, die von dem südlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 9 zu der südöstlichen Seite des Flurstückes Nr. 129 [Knickpunkt] verläuft, begrenzt),

Flurstück Nr. 35 (westlicher Teil — im Osten durch die in südlicher Richtung verlängerte östliche Seite des Flurstückes Nr. 21 begrenzt — mit Ausnahme des Fassungsgebietes für Brunnen 18),

Flurstück Nr. 128 (östlicher Teil —

im Westen durch eine Gerade, die von dem westlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 129 in südöstlicher Richtung zu der nördlichen Seite des Flurstückes Nr. 119 [Knickpunkt nördlich des Polygonpunktes 63] verläuft, begrenzt),

Flurstück Nr. 129.

III. Weitere Schutzzone (Zone III)

Die Weitere Schutzzone erstreckt sich auf folgende Fluren bzw. Flurstücke der Gemarkungen Butzbach, Cleeburg, Ebersgöns, Espa und Hausen-Oes:

Gemarkung Butzbach

Flur 14 Flurstück Nr. 8 (westlicher Teil —

im Osten durch eine Gerade, die von der nördlichen Seite [Polygonpunkt 84] zu dem nordwestlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 7 verläuft, und

eine Gerade, die von dem südwestlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 7 zu der südlichen Seite [Polygonpunkt 678] verläuft, begrenzt),

Flurstücke Nrn. 9 und 11,

Flur 15 Flurstücke Nrn. 1 und 2 (jeweils nordwestlicher Teil — im Südosten durch eine Gerade, die von der südlichen Seite des Flurstückes Flur 14 Nr. 8 [Polygonpunkt 678] in südwestlicher Richtung zu der westlichen Seite des Flurstückes Nr. 1 [Polygonpunkt 222] verläuft, begrenzt),

Flur 16 die gesamte Flur — mit Ausnahme der Fassungsbe-
reiche und der Engeren Schutzzone,

Flur 17 die gesamte Flur,

Flur 18 die gesamte Flur;

Gemarkung Cleeburg

Flur 5 östlicher Teil — im Westen durch die westliche Seite
des Flurstückes Nr. 52,
die nordwestliche Seite des Flurstückes Nr. 51/3, die
westlichen Seiten der Flurstücke Nrn. 105 und 119
und eine Gerade, die von dem westlichen Eckpunkt
des Flurstückes Nr. 119 zu der nordöstlichen Seite des
Flurstückes Nr. 7 (nordöstlich des Polygonpunk-
tes 350) verläuft, begrenzt,

Flur 6 Flurstücke Nrn. 7, 8 und 10 (jeweils nordöstlicher
Teil —
im Südwesten durch eine Gerade, die von der nörd-
lichen Seite des Flurstückes Nr. 7 [Polygonpunkt 42]
zu der südöstlichen Seite des Flurstückes Nr. 10 [Po-
lygonpunkt 81] verläuft, begrenzt;

Gemarkung Ebersgöns

Flur 9 teilweise — im Osten durch die westliche Seite des
Flurstückes Nr. 136/070 und eine Gerade, die von der
westlichen Seite des Flurstückes Nr. 135/069 (in Höhe
des nördlichen Eckpunktes des Flurstückes Nr. 136/070)
zu der südöstlichen Seite des Flurstückes Nr. 151
(südöstlich des südlichen Eckpunktes des Flurstük-
kes Nr. 116) verläuft,
im Norden durch die südöstlichen Seiten der Flur-
stücke Nrn. 120/4 und 125/05 und
im Westen durch die nordöstliche Seite des Flurstük-
kes 129/07 begrenzt;

Gemarkung Espa

Flur 1 die gesamte Flur — mit Ausnahme des Fassungsbe-
reiches für den Brunnen 18 und der Engeren Schutz-
zone,

Flur 2 Flurstücke Nrn. 1—5, 6/2, 6/3 und 8—16,
Flurstück Nr. 20 (nördlicher Teil —
im Süden durch eine Gerade, die von dem südwest-
lichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 16 zu dem nord-
östlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 17 verläuft,
begrenzt),

Flurstück Nr. 22 (nördlicher Teil —
im Süden durch eine Gerade, die von dem nordwest-
lichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 17 zu dem nord-
östlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 28 verläuft,
begrenzt),

Flurstück Nr. 113/1 (nördlicher Teil —
im Süden durch eine Gerade, die von dem südlichen
Eckpunkt des Flurstückes Nr. 19 zu der westlichen
Seite des Flurstückes Nr. 150 [Polygonpunkt 74] ver-
läuft, begrenzt),

Flurstücke Nrn. 150—152,,

Flurstück Nr. 153 (nördlicher Teil —
im Süden durch eine Gerade, die von dem nordöstli-
chen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 140 zu dem süd-
westlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 4 verläuft,
begrenzt),

Flur 3 Flurstück Nr. 11,
Flurstücke Nr. 12 (nördlicher Teil —
im Süden durch eine Gerade, die von dem nordwest-
lichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 20 in südwest-
licher Richtung zu der östlichen Seite des Flurstückes
Nr. 13 [Knickpunkt] verläuft, begrenzt).

Gemarkung Hausen-Oes

Flur 3 Flurstücke Nrn. 1—4,
Flurstück Nr. 12 (nordwestlicher Teil —
im Südosten durch die in nordöstlicher Richtung ver-
längerte nordwestliche Seite des Flurstückes Nr. 5 be-
grenzt),

Flurstück Nr. 13 (nordwestlicher Teil —
im Südosten durch eine Gerade, die von dem nörd-
lichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 20 zu der süd-
westlichen Seite des Flurstückes Nr. 4 [Polygonpunkt
Nr. 171] verläuft, begrenzt),

Flurstücke Nrn. 21—30 und 32—38,

Flurstück Nr. 43 (nordwestlicher Teil —
im Süden durch eine Gerade, die von dem östlichen
Eckpunkt des Flurstückes Nr. 38 zu dem südwestli-
chen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 44 verläuft, be-
grenzt),

Flurstück Nr. 44,

Flurstück Nr. 45/1 (nordwestlicher Teil —
im Südosten durch eine Gerade, die von dem süd-
östlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 32 zu dem
südwestlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 21 ver-
läuft, begrenzt),

Flurstück Nr. 114 (nördlicher Teil —
im Süden durch eine Gerade, die von dem nördlichen
Eckpunkt des Flurstückes Nr. 115 zu dem südwestli-
chen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 34 verläuft, be-
grenzt),

Flurstücke Nrn. 118—122,

Flurstück Nr. 124 (nördlicher Teil —
im Süden durch eine Gerade, die von dem nördlichen
Eckpunkt des Flurstückes Nr. 125 zu dem südöstlichen
Eckpunkt des Flurstückes Flur 2 Nr. 16 der Gemar-
kung Espa verläuft, begrenzt),

Flurstücke Nrn. 126 und 127,

Flurstück Nr. 128 (nördlicher Teil —
im Süden durch eine Gerade, die von der südöstlichen
Seite des Flurstückes Nr. 126 [Polygonpunkt 255] zu
dem südlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 122 ver-
läuft, begrenzt),

Flurstück Nr. 129.

§ 3

Verbote

Alle Verbote, die für die Weitere Schutzzone (Zone III) be-
stehen, gelten auch für die Engere Schutzzone (Zone II) und
für die Fassungsgebiete (Zonen I). Die Verbote der Engeren
Schutzzone gelten auch für die Fassungsgebiete.

1. Weitere Schutzzone (Zone III)

Die Weitere Schutzzone soll den Schutz vor weitreichenden
Beeinträchtigungen, insbesondere vor nicht oder schwer ab-
baubaren chemischen und radioaktiven Verunreinigungen, ge-
währleisten.

Verboten sind:

- a) die Abwasserverregnung und Abwasserlandbehandlung,
- b) das Versenken und Versickern von radioaktiven Stoffen,
Kühlwasser und Abwasser einschließlich des von Straßen
und sonstigen Verkehrsflächen abfließenden Wassers, die
Untergrundverrieselung, Sandfiltergräben und Abwasser-
gruben,
- c) Abwasserreinigungsanlagen (Kläranlagen),
- d) das Entleeren von Wagen der Fäkalienabfuhr,
- e) das Ablagern, Aufhalten oder Beseitigen durch Einbringen
in den Untergrund von radioaktiven oder wassergefährden-
den Stoffen, z. B. Gifte, auswaschbare beständige Chemika-
lien, Öl, Teer, Phenole, chemische Pflanzenschutz-, Auf-
wuchsbekämpfungsmittel, Schädlingsbekämpfungsmittel und Wach-
stumsregulierungsmittel, Rückstände von Erdölbohrungen,
- f) das offene Lagern und Anwenden boden- oder wasser-
schädigender chemischer Pflanzenschutz-, Aufwuchsbe-
kämpfungsmittel, Schädlingsbekämpfungsmittel und Wachstumsre-
gulierungsmittel,
- g) das Lagern radioaktiver oder wassergefährdender Stoffe,
ausgenommen das Lagern von Heizöl für den Hausge-
brauch und Dieselöl für den landwirtschaftlichen Betrieb,
wenn die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen für Bau,
Antransport, Füllung, Lagerung und Betrieb getroffen und
eingehalten werden,
- h) Umschlags- und Vertriebsstellen für wassergefährdende
und radioaktive Stoffe,
- i) Fernleitungen für wassergefährdende Stoffe,
- j) Betriebe, die radioaktive oder wassergefährdende Stoffe
verwenden oder abstoßen,

- k) das Verwenden von wassergefährdenden auswasch- oder auslaugbaren Materialien zum Straßen-, Wege- und Wasserbau (z. B. Teer, manche Bitumina und Schlacken),
- l) Kernreaktoren,
- m) Wohnsiedlungen, Krankenhäuser, Heilstätten und Gewerbebetriebe, wenn das Abwasser nicht vollständig und sicher aus der Weiteren Schutzzone hinausgeleitet wird,
- n) Abfall-, Müll-, Schuttkippen und -deponien, Lagerplätze für Autowracks und Kraftfahrzeugschrott,
- o) das Neuanlegen von Friedhöfen,
- p) Rangierbahnhöfe,
- q) Start-, Lande- und Sicherheitsflächen sowie Anflugsektoren und Notabwurfplätze des Luftverkehrs,
- r) Manöver und Übungen von Streitkräften und anderen Organisationen, wenn keine ausreichenden Maßnahmen zum Schutz des Grundwassers getroffen und eingehalten werden,
- s) militärische Anlagen,
- t) die Massentierhaltung,
- u) Erdaufschlüsse, durch die die Deckschichten wesentlich vermindert werden, vor allem wenn das Grundwasser ständig oder zu Zeiten hoher Grundwasserstände aufgedeckt oder eine schlecht reinigende Schicht freigelegt wird und keine ausreichende und dauerhafte Sicherung zum Schutz des Grundwassers vorgenommen werden kann,
- v) Bohrungen zum Aufsuchen oder Gewinnen von Erdöl, Erdgas, Kohlensäure, Mineralwasser, Salz, radioaktiven Stoffen und zum Herstellen von Kavernen.

2. Engere Schutzzone (Zone II)

Die Engere Schutzzone soll den Schutz vor Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten, die von verschiedenen menschlichen Tätigkeiten und Einrichtungen ausgehen und wegen ihrer Nähe zu den Fassungsanlagen besonders gefährdend sind.

Verboten sind:

- a) die Bebauung, insbesondere gewerbliche und landwirtschaftliche Betriebe, Stallungen und Gärfuttermieten,
- b) Baustellen und Baustofflager,
- c) Straßen, Bahnlinien und sonstige Verkehrsanlagen, Güterumschlagsanlagen und Parkplätze,
- d) Friedhöfe,
- e) Campingplätze und Sportanlagen,
- f) das Zelten und Lagern,
- g) der Badebetrieb an oberirdischen Gewässern,
- h) Wagenwaschen und Ölwechsel,
- i) Kies-, Sand-, Torf- und Tongruben, Einschnitte, Hohlwege, Steinbrüche und jegliche über die land- und forstwirtschaftliche Bearbeitung hinausgehenden Bodeneingriffe, durch die die belebte Bodenzone verletzt oder die Deckschichten vermindert werden,
- j) der Bergbau, wenn er zur Zerreißung schützender Deckschichten oder zu Einmündungen und offenen Wasseransammlungen führt,
- k) Sprengungen,
- l) Intensivbeweidung, Viehansammlungen und Pferche,
- m) die organische Düngung, sofern die Dungstoffe nach der Anfuhr nicht sofort verteilt werden oder die Gefahr ihrer oberirdischen Abschwemmung in die Fassungsgebiete besteht,
- n) die Überdüngung,
- o) das offene Lagern und unsachgemäße Anwenden von Mineräldünger,
- p) Gärfuttermieten,
- q) Kleingärten und Gartenbaubetriebe,
- r) das Lagern von Heizöl und Dieselöl,
- s) der Transport radioaktiver oder wassergefährdender Stoffe,
- t) das Durchleiten von Abwasser,
- u) Gräben und oberirdische Gewässer, die mit Abwasser oder wassergefährdenden Stoffen belastet sind,
- v) Dräne und Vorflutgräben,
- w) Fischteiche,
- x) Manöver und Übungen von Streitkräften und anderen Organisationen.

3. Fassungsgebiete (Zonen I)

Die Fassungsgebiete sollen den Schutz der unmittelbaren Umgebung der Fassungsanlagen vor Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten.

Diese Flächen sollen in das Eigentum der Begünstigten übergeführt werden und im Eigentum der Begünstigten verbleiben, solange die Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung dienen. Zulässig sind die zum Betrieb der Wasserversorgung notwendigen Anlagen. Sie sind mit wirksamen Vorrichtungen zum Schutz des Grundwassers auszustatten. Alle zum Betrieb erforderlichen Vorrichtungen sind so durchzuführen, daß das Grundwasser nicht beeinträchtigt wird.

Verboten sind:

- a) das Verletzen der belebten Bodenschicht und der Deckschichten,
- b) das Errichten von Anlagen, die nicht unmittelbar der Wassergewinnung und der Wasserversorgung dienen,
- c) die landwirtschaftliche Nutzung,
- d) das Ablagern und Abfüllen von Stoffen, die geeignet sind, die Wasserversorgung zu gefährden,
- e) Fahr- und Fußgängerverkehr,
- f) das Anwenden chemischer Pflanzenschutz-, Aufwuchsbekämpfungsmittel-, Schädlingsbekämpfungsmittel- und Wachstumsregulierungsmittel,
- g) die organische Düngung.

§ 4

Duldungspflichten der Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Wasserschutzgebietes sind verpflichtet zu dulden, daß Beauftragte der Stadt Butzbach und der zuständigen staatlichen Behörden

- a) die Flurstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten,
- b) Beobachtungsstellen einrichten,
- c) Hinweisschilder zur Kennzeichnung des Wasserschutzgebietes aufstellen,
- d) Mulden und Erdaufschlüsse mit einwandfreiem Material auffüllen,
- e) schädliche Ablagerungen beseitigen,
- f) Anlagen, Straßen und Wege mit den notwendigen Einrichtungen zur sicheren und unschädlichen Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers aus den Fassungsgebieten und der Engeren Schutzzone versehen,
- g) an den in den Fassungsgebieten und der Engeren Schutzzone vorhandenen Straßen und Wegen Vorkehrungen zur Verhinderung von Unfällen oder zur Minderung der Folgen solcher Unfälle treffen,
- h) Bauten mit besonders gesicherten, dichten Leitungen an eine Kanalisation anschließen,
- i) das Gelände vor Überschwemmung schützen.

Soweit diese Maßnahmen die normale Nutzung der betroffenen Grundstücke dauernd oder vorübergehend beeinträchtigen, sind sie den Betroffenen mindestens drei Wochen vorher anzuzeigen.

§ 5

Weitergehende gesetzliche Bestimmungen und deren Ausführungsbestimmungen bleiben unberührt.

§ 6

Bei behördlichen Genehmigungen für den Bereich des vorgenannten Wasserschutzgebietes sind die Schutzbestimmungen dieser Verordnung zu beachten.

Die Regierungspräsidenten in Darmstadt und Gießen als obere Wasserbehörden haben die Durchführung dieser Verordnung, unbeschadet anderer gesetzlicher Zuständigkeiten, zu überwachen. Sie können jeweils für ihren Zuständigkeitsbereich auf Antrag Ausnahmen von den Vorschriften der §§ 3 und 4 dieser Verordnung zulassen, soweit nicht kraft gesetzlicher Bestimmungen eine andere Behörde hierfür zuständig ist.

§ 7

Zu widerhandlungen gegen die Verbote des § 3 dieser Verordnung können gemäß § 41 Abs. 1 Nr. 2 WHG mit einer Geldbuße bis zu 100 000,— DM geahndet werden.

§ 8

Diese Verordnung mit Anlagen kann eingesehen werden bei:

- dem Regierungspräsidenten in Darmstadt, Wasserrechtsdezernat, Rheinstraße 62, 6100 Darmstadt,

2. dem Regierungspräsidenten in Gießen,
Wasserrechtsdezernat,
6300 Gießen,
3. dem Landrat des Wetteraukreises,
untere Wasserbehörde,
6360 Friedberg (Hessen),
4. dem Landrat des Landkreises Gießen,
untere Wasserbehörde,
6300 Gießen,
5. dem Kreis Ausschuss des Wetteraukreises,
Bauaufsichtsbehörde,
6360 Friedberg (Hessen),
6. dem Kreis Ausschuss des Landkreises Gießen,
Bauaufsichtsbehörde,
6300 Gießen,
7. dem Magistrat der Stadt Butzbach,
6308 Butzbach,
8. dem Wasserwirtschaftsamt Friedberg,
Burg 13, 6360 Friedberg (Hessen),
9. dem Hessischen Landesamt für Bodenforschung,
Leberberg 9, 6200 Wiesbaden.

§ 9

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 1. November 1982

Der Regierungspräsident
gez. Dr. Wierscher
St.Anz. 48/1982 S. 2118

1253

Zweckänderung der Stiftung „Dr. Hoch's Konservatorium“, Sitz Frankfurt am Main

Gemäß § 9 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. April 1966 (GVBl. I S. 77) i. d. F. vom 1. 4. 1978 (GVBl. I S. 109) habe ich dem Antrag auf Zweckänderung der Stiftung „Dr. Hoch's Konservatorium“, Sitz Frankfurt am Main, stattgegeben.

Zweck der Stiftung ist Förderung der Musik in jeder Weise. Der Stiftungszweck wird verwirklicht insbesondere durch:
Vermittlung einer umfassenden künstlerischen Unterweisung auf verschiedenen Gebieten der Tonkunst für Laien und Studierende.

Fort- und Weiterbildung von Laien und Berufsmusikern.
Durchführung besonderer Veranstaltungen wie Konzerte, Austauschkonzerte, Vorträge, Kurse, kulturelle Veranstaltungen und Wettbewerbe, soweit diese geeignet sind, im engeren und weiteren Umkreis der Stadt Frankfurt am Main dem Ansinnen des Stifters und der Förderung des Musikverständnisses zu entsprechen.

Musikalische und tänzerische Unterweisung und Ausbildung im weitesten Sinne für Kinder, Jugendliche und Erwachsene ohne Altersbegrenzung.

Darmstadt, 12. November 1982

Der Regierungspräsident
III 6 — 25 d 04/11 (15) — 59
St.Anz. 48/1982 S. 2122

1254

Wohnplatzverzeichnis;

hier: Benennung von Wohnplätzen in der Gemeinde Erlensee, Main-Kinzig-Kreis

Auf Antrag der Gemeinde Erlensee, Main-Kinzig-Kreis, werden die in ihrem Gebiet gelegenen Wohnplätze

„Bei den Tongruben“
„Hof Eckeberg“
„Untermühle“
„Bergwiesenhof“
„Am Kaiserfeld“ und
„Oberhörr“

gemäß § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung besonders benannt.

Darmstadt, 9. November 1982

Der Regierungspräsident
II 1 a — 3 k 02/05 (5)
St.Anz. 48/1982 S. 2122

1255

Benennung und Aufhebung von Wohnplätzen in der Stadt Beerfelden, Odenwaldkreis

Auf Antrag der Stadt Beerfelden, Odenwaldkreis, werden gemäß § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung die in ihrem Gebiet gelegenen Wohnplätze

I. besonders benannt:
„Liederbach“
„Leonhardshof“
„Gebhardshütte“ und
„Marbach“

II. aufgehoben:
„Maurersdelle“

Darmstadt, 10. November 1982

Der Regierungspräsident
II 1 a — 3 k 02/05 (7)
St.Anz. 48/1982 S. 2122

1256

Benennung von Gemeindeteilen in der Stadt Gelsenheim, Rheingau-Taunus-Kreis

Auf Antrag der Stadt Gelsenheim, Rheingau-Taunus-Kreis, werden gemäß § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung die in ihrem Gebiet gelegenen Gemeindeteile

I. als Wohnplätze besonders benannt:

„Am Rüdeshheimer Hafen“
„Auf der Heide“
„Elstermühle“
„Haus Neugebauer“
„Hofgut Nothgottes“
„Kloster Marienthal“
„Nonnenmühle“
„Ostermühle“
„Reußische Mühle“
„Schleifmühle“
„Schloß Johannisberg“
„Weihermühle“ und
„Weißenthurm“

II. als Stadtteil besonders benannt:
„Marienthal“

Darmstadt, 9. November 1982

Der Regierungspräsident
II 1 a — 3 k 02/05 (9)
St.Anz. 48/1982 S. 2122

1257

Neubenennung von Gemeindeteilen in der Stadt Kelkheim (Taunus), Main-Taunus-Kreis

Auf Antrag der Stadt Kelkheim (Taunus), Main-Taunus-Kreis, werden gemäß § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung die in ihrem Gebiet gelegenen Gemeindeteile

I. als Stadtteile besonders benannt:

„Hornau“
„Kelkheim-Mitte“ und
„Münster“

II. als Wohnplätze besonders benannt:
„Haus Staufen“ und
„Rettershof“

Darmstadt, 9. November 1982

Der Regierungspräsident
II 1 a — 3 k 02/05 (6)
St.Anz. 48/1982 S. 2122

1258

Wohnplatzverzeichnis;

hier: Benennung des Wohnplatzes „Hengmantel“ in der Gemeinde Lützelbach, Odenwaldkreis

Auf Antrag der Gemeinde Lützelbach, Odenwaldkreis, wird der in ihrem Gebiet gelegene Wohnplatz „Hengmantel“ gemäß § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung besonders benannt.

Darmstadt, 9. November 1982

Der Regierungspräsident
II 1 a — 3 k 02/05 (7)
St.Anz. 48/1982 S. 2122

1259**Benennung von Gemeindeteilen in der Stadt Breuberg, Odenwaldkreis**

Auf Antrag der Stadt Breuberg, Odenwaldkreis, werden gemäß § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung die in ihrem Gebiet gelegenen Gemeindeteile

I. als Wohnplätze besonders benannt:

- „Rosenbach“
- „Breuberg“
- „Wolferhof“
- „Arnheiter Hof“
- „Mühlhäuser Hammer“
- „Mühlhausen“ und
- „E.-Ludwig-Klinik“

II. als Stadtteil besonders benannt:

- „Rai-Breitenbach“

Darmstadt, 10. November 1982

Der Regierungspräsident

II 1 a — 3 k 02/05 (7)

St.Anz. 48/1982 S. 2123

1260**Wohnplatzverzeichnis;**

hier: Benennung des Wohnplatzes „Balsbach“ in der Gemeinde Brombachtal, Odenwaldkreis

Auf Antrag der Gemeinde Brombachtal, Odenwaldkreis, wird der in ihrem Gebiet gelegene Wohnplatz „Balsbach“ gemäß § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung besonders benannt.

Darmstadt, 10. November 1982

Der Regierungspräsident

II 1 a — 3 k 02/05 (7)

St.Anz. 48/1982 S. 2123

1261**Wohnplatzverzeichnis;**

hier: Benennung von Wohnplätzen in der Gemeinde Hirzenhain, Wetteraukreis

Auf Antrag der Gemeinde Hirzenhain, Wetteraukreis, werden die in ihrem Gebiet gelegenen Wohnplätze

- „Igelhausen“
- „Igelhäusermühle“
- „Streithain“
- „Forsthaus Streithain“ und
- „Forsthaus Luisenlust“

gemäß § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung besonders benannt.

Darmstadt, 11. November 1982

Der Regierungspräsident

II 1 a — 3 k 02/05 (10)

St.Anz. 48/1982 S. 2123

1262**Wohnplatzverzeichnis;**

hier: Benennung, Umbenennung und Aufhebung von Wohnplätzen in der Gemeinde Schlangenbad, Rheingau-Taunus-Kreis

Auf Antrag der Gemeinde Schlangenbad, Rheingau-Taunus-Kreis, werden gemäß § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung die in ihrem Gebiet gelegenen Wohnplätze

I. besonders benannt:

- „Jagdhaus“
- „Matzenmühle“
- „Hof Mappen“
- „Schanze“ und
- „Erbacher Forsthaus“

II. umbenannt:

- „Schlangenbad (Forsth.)“
in „Forsth. Schlangenbad“

III. aufgehoben:

„Georgenborn“

Darmstadt, 12. November 1982

Der Regierungspräsident

II 1 a — 3 k 02/05 (9)

St.Anz. 48/1982 S. 2123

1263**Vorhaben der Firma Rolf Dilges, 6308 Butzbach-Hochweisel**

Die Firma Rolf Dilges, Zwerchgasse 7, 6308 Butzbach-Hochweisel, hat Antrag auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zum Neubau eines Schlachthauses (Anlage zum Schlachten von Tieren) in Butzbach, Gemarkung Butzbach, Industriegebiet Ost, Flur 21, Flurstück 45, gestellt.

Die Anlage soll nach Bescheiderteilung in Betrieb genommen werden.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß § 4 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) vom 15. März 1974 (BGBl. I S. 721) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt. Es wird hiermit öffentlich bekanntgemacht. Der Antrag und die Unterlagen liegen in der Zeit vom 6. Dezember 1982 bis 7. Februar 1983 bei dem Regierungspräsidenten in Darmstadt, Luisenplatz 2, 6100 Darmstadt, Zimmer 310, und beim Magistrat der Stadt Butzbach — Ordnungsamt —, Griedeler Straße 1, 6308 Butzbach, 1. Stock, aus und können dort während der Dienststunden eingesehen werden. Innerhalb dieser Frist können Einwendungen gegen das Vorhaben schriftlich oder zur Niederschrift bei den vorgenannten Auslegungsstellen erhoben werden; dabei wird gebeten, Namen und Anschrift lesbar anzugeben.

Mit Ablauf der Offenlegungsfrist werden Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Als Erörterungstermin wird der 1. März 1983, 10.00 Uhr, bestimmt. Er findet im Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Butzbach, Marktplatz 1, 6308 Butzbach, statt.

Gesonderte Einladungen hierzu ergehen nicht mehr. Die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen werden auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert.

Die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 300 Zustellungen vorzunehmen sind.

Darmstadt, 20. Oktober 1982

Der Regierungspräsident

IV 5 — 53 e 621 — Dilges

St.Anz. 48/1982 S. 2123

1264**Vorhaben der Firma Hofmann GmbH & Co. KG, 6101 Fränkisch-Crumbach**

Die Firma Hofmann GmbH & Co. KG, Siedlerweg 20, 6101 Fränkisch-Crumbach, hat Antrag auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung für die Änderung der Anlage zum Räuchern, Braten und Backen von Fleisch- und Wurstwaren sowie Errichtung und Betrieb einer Dampfkeselanlage in Fränkisch-Crumbach, Gemarkung Fränkisch-Crumbach, Siedlerweg, Flur 9, Flurstück 28/6, gestellt.

Die Anlage soll nach Bescheiderteilung in Betrieb genommen werden.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß § 15 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) vom 15. März 1974 (BGBl. I S. 721) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt. Es wird hiermit öffentlich bekanntgemacht. Der Antrag und die Unterlagen liegen in der Zeit vom 6. Dezember 1982 bis 7. Februar 1983 bei dem Regierungspräsidenten in Darmstadt, Luisenplatz 2, 6100 Darmstadt, Zimmer 310, und im Rathaus der Gemeinde Fränkisch-Crumbach, Rodensteinstraße 8, Zimmer 3, 6101 Fränkisch-Crumbach, aus und können dort während der Dienststunden eingesehen werden. Innerhalb dieser Frist können Einwendungen gegen das Vorhaben schriftlich oder zur Niederschrift bei den vorgenannten Auslegungsstellen erhoben werden; dabei wird gebeten, Namen und Anschrift lesbar anzugeben.

Mit Ablauf der Offenlegungsfrist werden Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Als Erörterungstermin wird der 28. Februar 1983, 9.00 Uhr, bestimmt. Er findet im Rathaus der Gemeinde Fränkisch-Crumbach, im Sitzungssaal der Gemeindevertretung, Rodensteinerstraße 8, 6101 Fränkisch-Crumbach, statt. Gesonderte Einladungen hierzu ergehen nicht mehr. Die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen werden auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert.

Die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 300 Zustellungen vorzunehmen sind.

Darmstadt, 3. November 1982

Der Regierungspräsident
IV 5 — 53 e 201 — Hofmann
St.Anz. 48/1982 S. 2123

1265 KASSEL**Genehmigung der Johann und Maria Herr-Stiftung in Kassel**

Gemäß § 80 des Bürgerlichen Gesetzbuches in Verbindung mit § 3 Abs. 1 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. April 1966 (GVBl. I S. 77), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Januar 1978 (GVBl. I S. 109), habe ich heute die mit Stiftungsgeschäft vom 21. Dezember 1975 errichtete Johann und Maria Herr-Stiftung mit Sitz in Kassel genehmigt.

Kassel, 8. November 1982

Der Regierungspräsident
I/T — 25 d 04/11 — 1.19
St.Anz. 48/1982 S. 2124

1266 DARMSTADT**BEZIRKSDIREKTIONEN FÜR FORSTEN UND NATURSCHUTZ****Verordnung über das Naturschutzgebiet „Ernstberg bei Sichenhausen“ vom 10. November 1982**

Auf Grund des § 16 Abs. 3 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309) wird nach Anhörung der nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3574, 1977 S. 650), geändert durch Gesetz vom 1. Juni 1980 (BGBl. I S. 649), anerkannten Verbände im Benehmen mit der oberen Behörde der Landesplanung und mit Genehmigung der obersten Naturschutzbehörde verordnet:

§ 1

(1) Der „Ernstberg bei Sichenhausen“ wird in den sich aus Abs. 2 und 3 ergebenden Grenzen zum Naturschutzgebiet erklärt.

(2) Das Naturschutzgebiet „Ernstberg bei Sichenhausen“ besteht aus dem Grundstück Flur 8 Nr. 84/1 in der Gemarkung Sichenhausen der Stadt Schotten im Vogelsbergkreis. Es hat

eine Größe von 17,09 ha. Die örtliche Lage des Naturschutzgebietes ergibt sich aus der als Anlage zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarte im Maßstab 1 : 25 000.

(3) Diese Verordnung gilt für das in einer Karte im Maßstab 1 : 2 000 rot begrenzte Gebiet. Die Karte ist Bestandteil dieser Verordnung. Sie wird von der Bezirksdirektion für Forsten und Naturschutz in Darmstadt, obere Naturschutzbehörde, Darmstadt, Orangerieallee 12, verwahrt.

(4) Das Naturschutzgebiet ist durch amtliche Schilder gekennzeichnet.

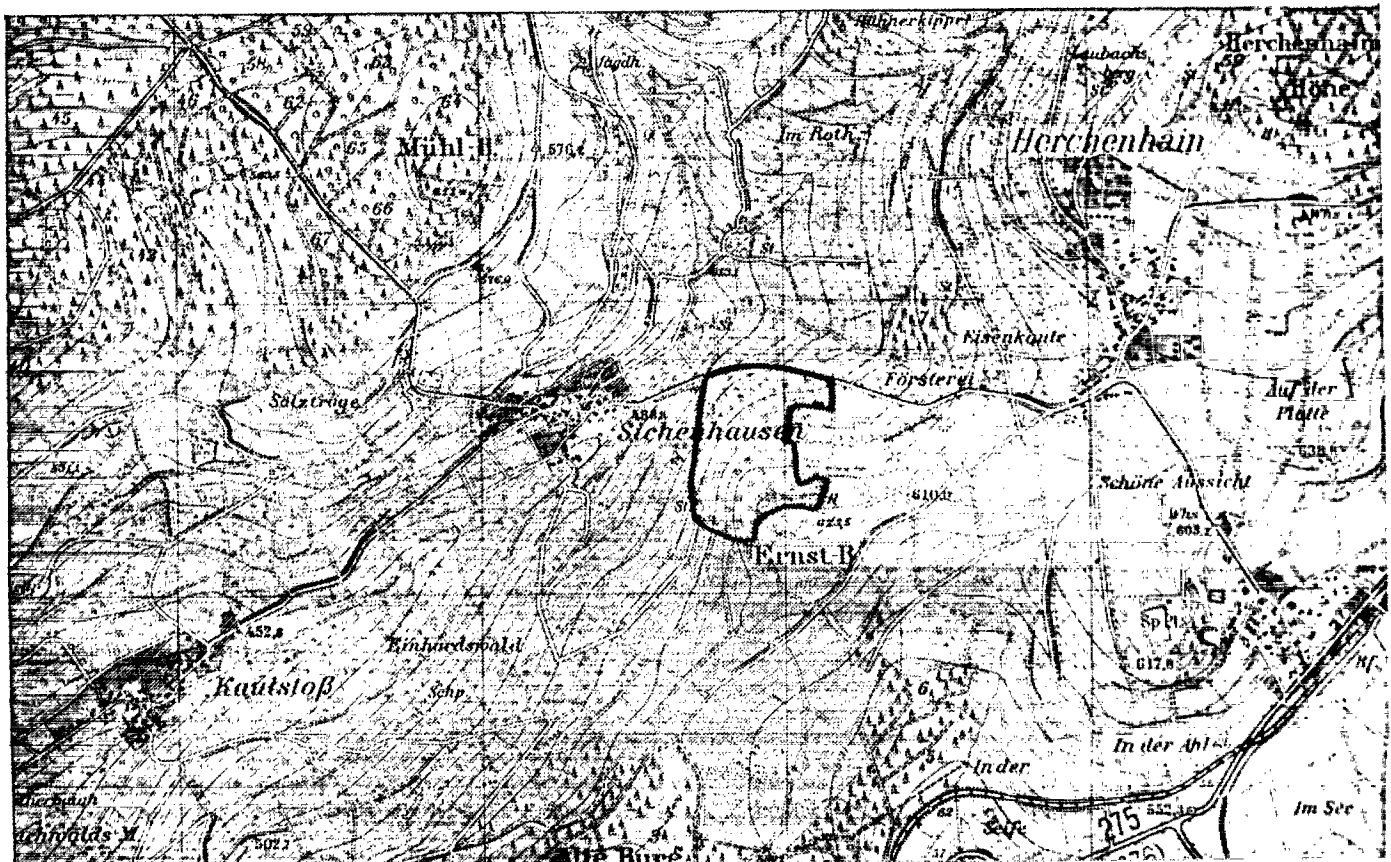
§ 2

Zweck der Unterschutzstellung ist es, diesen Bereich als Standort und Lebensstätte regional seltener und bestandbedrohter Pflanzen- und Tierarten zu erhalten.

§ 3

Als Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturschutzgebietes oder seiner Bestand-

Karte zur Verordnung über das Naturschutzgebiet „Ernstberg bei Sichenhausen“
Ausschnitt aus der Top. Karte 1 : 25 000, 5521 Giedern



teile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können (§ 12 Abs. 2 Hess. Naturschutzgesetz), sind verboten:

1. Bauliche Anlagen im Sinne des § 2 Abs. 1 der Hessischen Bauordnung herzustellen, unabhängig von deren Anwendungsbereich (§ 1 Abs. 2 Hessische Bauordnung) oder von einer Genehmigungs- oder Anzeigepflicht;
2. Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abzubauen oder zu gewinnen, Sprengungen oder Bohrungen vorzunehmen oder sonst die Bodengestalt zu verändern;
3. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anzubringen oder aufzustellen;
4. Gewässer zu schaffen, zu verändern oder zu beseitigen, Wasserläufe, Wasserflächen oder Tümpel einschließlich deren Ufer sowie den Zu- und Ablauf des Wassers oder den Grundwasserstand zu verändern oder über den Gemeingebrauch hinaus Wasser zu entnehmen;
5. Pflanzen, einschließlich der Bäume und Sträucher, zu beschädigen oder zu entfernen;
6. wildlebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, ihre Laute nachzuahmen, sie an ihren Brut- oder Wohnstätten zu fotografieren, zu filmen oder dort ihre Laute auf Tonträger aufzunehmen, Vorrichtungen zu ihrem Fang anzubringen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Puppen, Larven oder Eier, Nester oder sonstige Brut- oder Wohnstätten fortzunehmen oder zu beschädigen;
7. Pflanzen einzubringen oder Tiere auszusetzen;
8. zu reiten, zu lagern, zu zelten, Wohnwagen oder Zelte aufzustellen, zu lärmern, Feuer anzuzünden oder zu unterhalten oder Flugkörper einzusetzen;
9. das Naturschutzgebiet mit Kraftfahrzeugen einschließlich Fahrräder mit Hilfsmotor zu befahren oder dort Kraftfahrzeuge zu parken;
10. Kraftfahrzeuge zu waschen oder zu pflegen;
11. die Nutzung von Wiesen und Weiden zu ändern;
12. zu düngen oder Pflanzenbehandlungsmittel anzuwenden;
13. Hunde frei laufen zu lassen;
14. gewerbliche Tätigkeiten auszuüben;
15. andere Tiere als Schafe weiden zu lassen.

§ 4

Ausgenommen von den Verboten des § 3 bleiben:

1. Die Handlungen des zuständigen Energieversorgungsunternehmens oder dessen Beauftragter im Rahmen der Wartungsarbeiten an der vorhandenen 20-kV-Freileitung im Einvernehmen mit der oberen Naturschutzbehörde;
2. die Ausübung der Jagd;
3. die Errichtung mobiler Kleinlifte für die Dauer der Skisaison.

§ 5

Zuständige Behörde für Befreiungen nach § 31 des Bundesnaturschutzgesetzes ist die obere Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden. Die Hessische Landesanstalt für Umwelt ist zu hören.

§ 6

Ordnungswidrig im Sinne des § 43 Abs. 2 Nr. 16 des Hessischen Naturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. bauliche Anlagen entgegen § 3 Nr. 1 herstellt;
2. Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abbaut oder gewinnt, Sprengungen oder Bohrungen vornimmt oder sonst die Bodengestalt verändert (§ 3 Nr. 2);
3. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anbringt oder aufstellt (§ 3 Nr. 3);
4. Wasser oder Gewässer in der in § 3 Nr. 4 bezeichneten Art beeinflusst;
5. Pflanzen beschädigt oder entfernt (§ 3 Nr. 5);
6. wildlebende Tiere in allen Entwicklungsstufen in der in § 3 Nr. 6 bezeichneten Art beeinträchtigt oder Vorrichtungen zu deren Fang anbringt;
7. Pflanzen einbringt oder Tiere aussetzt (§ 3 Nr. 7);
8. reitet, lagert, zeltet, Wohnwagen oder Zelte aufstellt, lärmert, Feuer anzündet oder unterhält oder Flugkörper einsetzt (§ 3 Nr. 8);

9. das Naturschutzgebiet mit Kraftfahrzeugen einschließlich Fahrräder mit Hilfsmotor befährt oder dort Kraftfahrzeuge parkt (§ 3 Nr. 9);
10. Kraftfahrzeuge wäscht oder pflegt (§ 3 Nr. 10);
11. die Nutzung von Wiesen oder Weiden ändert (§ 3 Nr. 11);
12. düngt oder Pflanzenbehandlungsmittel anwendet (§ 3 Nr. 12);
13. Hunde frei laufen läßt (§ 3 Nr. 13);
14. eine gewerbliche Tätigkeit ausübt (§ 3 Nr. 14);
15. andere Tiere als Schafe weiden läßt (§ 3 Nr. 15).

§ 7

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 10. November 1982

Bezirksdirektion
für Forsten und Naturschutz
gez. Graulich

StAnz. 48/1982 S. 2124

1267

Verordnung über das Naturschutzgebiet „Hörbacher Viehweide“ vom 10. November 1982

Auf Grund des § 16 Abs. 3 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309) wird nach Anhörung der nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3574, 1977 S. 650), geändert durch Gesetz vom 1. Juni 1980 (BGBl. I S. 649), anerkannten Verbände im Benehmen mit der oberen Behörde der Landesplanung und mit Genehmigung der obersten Naturschutzbehörde verordnet:

§ 1

- (1) Die „Hörbacher Viehweide“ wird in den sich aus Abs. 2 und 3 ergebenden Grenzen zum Naturschutzgebiet erklärt.
- (2) Das Naturschutzgebiet „Hörbacher Viehweide“ besteht aus Flächen in den Gemarkungsteilen „Hörbachseite“ und „Im oberen Rehbach“ der Gemarkung Hörbach, Stadt Herbhorn, Lahn-Dill-Kreis. Es hat eine Größe von 30,20 ha. Die örtliche Lage des Naturschutzgebietes ergibt sich aus der als Anlage zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarte im Maßstab 1 : 25 000.
- (3) Diese Verordnung gilt für das in einer Karte im Maßstab 1 : 2 000 rot begrenzte Gebiet. Die Karte ist Bestandteil dieser Verordnung. Sie wird von der Bezirksdirektion für Forsten und Naturschutz in Darmstadt, obere Naturschutzbehörde, Darmstadt, Orangerieallee 12, verwahrt.
- (4) Das Naturschutzgebiet ist durch amtliche Schilder gekennzeichnet.

§ 2

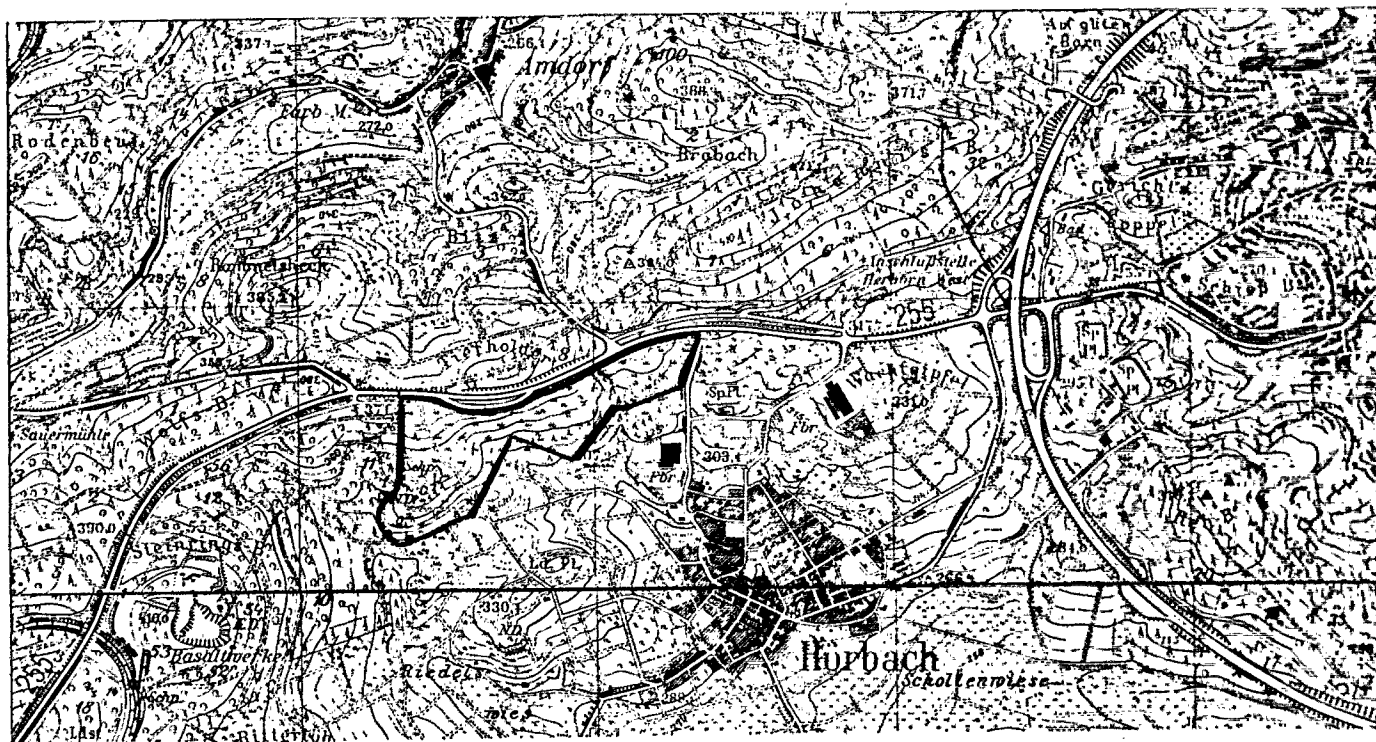
Zweck der Unterschutzstellung ist es, verschiedene Halbtrockenrasengesellschaften mit hohem Anteil bestandsbedrohter Bodenpflanzen, insbesondere gefährdete Orchideen und regional seltene Gräser und Kräuter, zu erhalten.

§ 3

Als Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturschutzgebietes oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können (§ 12 Abs. 2 Hess. Naturschutzgesetz), sind verboten:

1. Bauliche Anlagen im Sinne des § 2 Abs. 1 der Hessischen Bauordnung herzustellen, unabhängig von deren Anwendungsbereich (§ 1 Abs. 2 Hessische Bauordnung) oder von einer Genehmigungs- oder Anzeigepflicht;
2. Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abzubauen oder zu gewinnen, Sprengungen oder Bohrungen vorzunehmen oder sonst die Bodengestalt zu verändern;
3. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anzubringen oder aufzustellen;
4. Gewässer zu schaffen, zu verändern oder zu beseitigen, Wasserläufe, Wasserflächen oder Tümpel einschließlich deren Ufer sowie den Zu- und Ablauf des Wassers zu verändern oder über den Gemeingebrauch hinaus Wasser zu entnehmen;
5. Pflanzen, einschließlich der Bäume und Sträucher, zu beschädigen oder zu entfernen;
6. wildlebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, ihre Laute nachzuahmen, sie an ihren Brut-

Karte zur Verordnung über das Naturschutzgebiet „Hörbacher Viehweide“
Ausschnitt aus der Top. Karte 1 : 25 000, 5315 Herborn



oder Wohnstätten zu fotografieren, zu filmen oder dort ihre Laute auf Tonträger aufzunehmen, Vorrichtungen zu ihrem Fang anzubringen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Puppen, Larven oder Eier, Nester oder sonstige Brut- oder Wohnstätten fortzunehmen oder zu beschädigen;

7. Pflanzen einzubringen oder Tiere auszusetzen;
8. zu lagern, zu zelten, Wohnwagen oder Zelte aufzustellen, zu lärmern, Feuer anzuzünden oder zu unterhalten oder Modellflugzeuge einzusetzen;
9. mit Kraftfahrzeugen einschließlich Fahrräder mit Hilfsmotor außerhalb der dafür zugelassenen Wege zu fahren, dort zu reiten oder Kraftfahrzeuge zu parken;
10. Kraftfahrzeuge zu waschen oder zu pflegen;
11. die Nutzung von Wiesen oder Weiden zu ändern;
12. zu düngen oder Pflanzenbehandlungsmittel anzuwenden;
13. Hunde frei laufen zu lassen;
14. gewerbliche Tätigkeiten auszuüben;
15. die Fischerei auszuüben.

§ 4

Ausgenommen von den Verboten des § 3 bleiben:

1. Die Handlungen der zuständigen Wasserbehörde oder deren Beauftragter im Rahmen der Wasseraufsicht und Unterhaltungsarbeiten an Gewässern und den Wasserversorgungsanlagen im jeweiligen Einvernehmen mit der oberen Naturschutzbehörde;
2. die im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes und des Hessischen Naturschutzgesetzes ordnungsgemäße forstwirtschaftliche Bodennutzung, ohne Waldneuanlage im Sinne des § 12 des Hessischen Forstgesetzes;
3. die ordnungsgemäße Unterhaltung und Nutzung des vorhandenen Schulwaldes;
4. die Ausübung der Jagd;
5. die Durchführung der von der oberen Naturschutzbehörde angeordneten Pflege- und Überwachungsmaßnahmen.

§ 5

Zuständige Behörde für Befreiungen nach § 31 des Bundesnaturschutzgesetzes ist die obere Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hes-

sischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden. Die Hessische Landesanstalt für Umwelt ist zu hören.

§ 6

Ordnungswidrig im Sinne des § 43 Abs. 2 Nr. 16 des Hessischen Naturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. bauliche Anlagen entgegen § 3 Nr. 1 herstellt;
2. Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abbaut oder gewinnt, Sprengungen oder Bohrungen vornimmt oder sonst die Bodengestalt verändert (§ 3 Nr. 2);
3. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anbringt oder aufstellt (§ 3 Nr. 3);
4. Wasser oder Gewässer in der in § 3 Nr. 4 bezeichneten Art beeinflusst;
5. Pflanzen beschädigt oder entfernt (§ 3 Nr. 5);
6. wildlebende Tiere in allen Entwicklungsstufen in der in § 3 Nr. 6 bezeichneten Art beeinträchtigt oder Vorrichtungen zu deren Fang anbringt;
7. Pflanzen einbringt oder Tiere aussetzt (§ 3 Nr. 7);
8. lagert, zeltet, Wohnwagen oder Zelte aufstellt, lärmert, Feuer anzündet oder unterhält oder Modellflugzeuge einsetzt (§ 3 Nr. 8);
9. mit Kraftfahrzeugen einschließlich Fahrräder mit Hilfsmotor außerhalb der dafür zugelassenen Wege fährt, dort reitet oder Kraftfahrzeuge parkt (§ 3 Nr. 9);
10. Kraftfahrzeuge wäscht oder pflegt (§ 3 Nr. 10);
11. die Nutzung von Wiesen oder Weiden ändert (§ 3 Nr. 11);
12. düngt oder Pflanzenbehandlungsmittel anwendet (§ 3 Nr. 12);
13. Hunde frei laufen läßt (§ 3 Nr. 13);
14. eine gewerbliche Tätigkeit ausübt (§ 3 Nr. 14);
15. die Fischerei ausübt.

§ 7

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 10. November 1982

Bezirksdirektion
für Forsten und Naturschutz
gez. Graulich

StAnz. 48/1982 S. 2125

1268

HESSISCHER VERWALTUNGSSCHULVERBAND

Sonderlehrgang für Ausbilder zum Erwerb der berufs- und arbeitspädagogischen Kenntnisse (AdA-Lehrgang)

Das Verwaltungsseminar Wiesbaden des Hessischen Verwaltungsschulverbandes richtet in seiner Seminarabteilung Gießen in der Zeit vom 1. Februar bis 25. März 1983 einen AdA-Lehrgang ein. Dieser Lehrgang umfaßt insgesamt 160 Unterrichtsstunden und findet jeweils montags bis freitags in der Zeit von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr statt.

Dem Lehrgang liegen die Bestimmungen der Ausbilder-Eignungsverordnung für den öffentlichen Dienst vom 16. Juli 1976 (BGBl. I S. 1825) sowie die Empfehlung des Bundesausschusses für Berufsbildung für einen Rahmenstoffplan zur Ausbildung der Ausbilder zugrunde.

Die unmittelbar an den Lehrgang anschließende Prüfung zum Nachweis der berufs- und arbeitspädagogischen Kenntnisse wird nach den Bestimmungen der vom Direktor des Landespersonalamtes Hessen erlassenen Prüfungsordnung in der jeweils geltenden Fassung (z. Z. vom 14. Juli 1977 — StAnz. S. 1506 —) durchgeführt. Der genaue Prüfungstermin wird noch veröffentlicht.

Anmeldungen bitten wir bis spätestens 10. Januar 1983 an das Verwaltungsseminar Wiesbaden, Steubenstraße 11, zu richten unter Angabe von Vor- und Zunamen, Geburtsdatum und Dienstbezeichnung der Teilnehmer.

Wiesbaden, 10. November 1982

Hessischer Verwaltungsschulverband
Verwaltungsseminar
StAnz. 48/1982 S. 2127

BUCHBESPRECHUNGEN

Schriftenreihe Maschinenschutz, Band 3: Metall. Herausgegeben von Dipl.-Ing. (FH) Wolfgang Haberland, Gewerbeoberamtsrat im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Umwelt des Landes Rheinland-Pfalz, begründet von Ing. grad. Ludwig Schmidt und Dipl.-Phys. Axel Schmidt, Bonn. Loseblattsammlung, 11. Erg.Liefg., DIN A 5, Gesamtwerk einschl. Kunststoffordner, 119.— DM. Deutscher Fachschriften-Verlag, Braun GmbH & Co. KG, 6200 Wiesbaden.

Herausgeber und Verlag haben nunmehr die 11. Ergänzungslieferung dieser Loseblattsammlung, die Vorschriften des vorbeugenden Arbeitsschutzes enthält, vorgelegt. Die Schriftenreihe Maschinenschutz enthält das Gesetz über technische Arbeitsmittel, nach der Novellierung im Jahre 1979 mit der Kurzbezeichnung Gerätesicherheitsgesetz — GSG — versehen, sowie alle im Zusammenhang mit diesem Gesetz und für den vorbeugenden Arbeitsschutz wichtigen Rechtsvorschriften und technischen Normen, aufgeteilt nach einzelnen Fachgebieten. Der vorliegende Band 3 umfaßt den Metallbereich.

Mit der Neufassung der Verordnung über Prüfstellen nach dem Gerätesicherheitsgesetz (GSPrüfV) vom 30. Oktober 1981 wurde dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung aufgegeben, die Aufgabenbereiche der GS-Prüfstellen jeweils im Bundesarbeitsblatt bekanntzugeben. Eine erste Bekanntgabe dieser Bereiche einschließlich der von den aufgeführten Prüfstellen zu führenden Konformitätszeichen ist im Januar 1982 erfolgt.

Außerdem hat der Bundesminister im Bundesarbeitsblatt 1/1982 den 1. Nachtrag zu den Verzeichnissen A und B der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum GSG — August 1981 — bekanntgegeben. Eine diesen Nachtrag berücksichtigende Neufassung liegt dieser Ergänzungslieferung bei.

Darüber hinaus ist die Verwaltungsvorschrift zur Feuerungsanlagenverordnung (VwV zur 1. BImSchV), die u. a. sicherheitstechnisch bedeutsame Anforderungen an die Herstellung von Feuerungsanlagen für Gas, Öl und feste Brennstoffe zur Folge hat, in die Schriftenreihe aufgenommen worden.

Die in unregelmäßigen Abständen von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung in Dortmund veröffentlichten Untersuchungsverfügungen i. S. des § 5 GSG wurden ebenfalls aktualisiert.

Das Loseblattwerk bietet eine umfassende Information für alle Ingenieure und Konstrukteure, die im Metallbereich tätig sind, über diejenigen Vorschriften und Normen, die bei der Konstruktion und Herstellung von Maschinen, Geräten und Werkzeugen zu beachten sind. Aber auch den Aufsichtsbehörden, den Unfallversicherungsträgern sowie Verbänden und Organisationen ist mit dieser Sammlung eine wertvolle Arbeitshilfe für die Praxis des Maschinenschutzes an die Hand gegeben. — 1

Anlagen- und Fachbetriebsverordnung Hessen. Kommentar. Von Regierungsdirektor Rolf P r a m l, 1982, 92 S., kart., 54.— DM. Deutscher Gemeindeverlag (Kohlhammer), Köln, Berlin, Hannover, Mainz, München.

Der Kommentar gehört in die Gruppe der sog. Referenten-Kommentare; denn sein Verfasser war maßgeblich an der Abfassung der Verordnung und den dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften beteiligt. Diese Feststellung birgt einige Implikationen, die den Erwartungshorizont an einen solchen Kommentar in der Regel — und dieser Kommentar bildet keine Ausnahme — umschreiben. Es ist aus der Stellung des Verfassers zum Text, den er kommentiert, von vornherein nicht zu erwarten, daß er eine kritische Distanz einnimmt, die überhaupt eine Fragestellung nach der Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht in der Weise zuläßt, daß sie auch ein negatives Urteil als möglich erscheinen ließe. Denn dann drängte sich sofort die Frage auf, warum er die VO überhaupt so abgefaßt hat. Während z. B. § 4 VAWS in Rdn. 3 auf die Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht selbstverständlich mit positivem Ergebnis geprüft wird, fehlt eine solche Erwägung bei § 5 VAWS. Dies hätte aber naheliegen müssen, weil § 26 Abs. 2 HWG seine VO-Ermächtigung ausdrücklich auf die technische Ausstattung beschränkt und § 91 HWG eine „Auffangzuständigkeit“ der oberen Wasserbehörde bestimmt, soweit „in sonstigen Rechtsvorschriften nichts anderes bestimmt ist“. Diese sonstigen Rechtsvorschriften können zwar VO sein, aber nur solche, die in diesem Punkte vom Gesetz zur Zuständigkeitsregelung ermächtigt sind. § 91 HWG stellt selbst keine Ermächtigung dar, sondern setzt sie als gegeben voraus. Auch bei § 8 VAWS sucht man die kritische Beleuchtung vergebens, ob eine VO einen vom Bundesrecht vorgeschriebenen Verwaltungsakt für unzulässig erklären darf und ob nicht doch eine dem § 6 Abs. 12 HENatG ähnliche Vorschrift der Zusammenfassung mehrerer Verwaltungsakte die richtige Lösung des gestellten Problems gewesen wäre.

Als letztes Beispiel notwendig fehlender Distanz mag § 20 VAWS dienen; wo die Frage auftritt, ob einer Anlage nur deshalb die Merkmale „einfach“ oder „herkömmlich“ — die ja nur alternativ vorzuzie-

gen brauchen — abgesprochen werden können, weil die Bodenfläche den Anforderungen der Nr. 3 nicht genügt, was beim Umschlag zwischen Schiff und Land „herkömmlich“ nicht der Fall ist, ja nicht sein kann. Auch die Frage, welche Bedeutung die Nr. 4 hat, wenn diese die Bauartzulassung oder ein Prüfzeichen für Anlagenteile voraussetzt, die nach der Vorschrift im ganzen i. V. m. § 19 n WEG gar keiner Bauartzulassung usw. bedürfen sollen.

Eine andere Versuchung für den Kommentator zu einem im wesentlichen selbstverfaßten Text ist es, nachträglich im Wege der Kommentierung den zu erläuternden Text nachzubessern. So heißt es in VV zu § 1 Nr. 1.3, daß in Zweifelsfällen über die Wassergefährdung eines Stoffes die Wasserbehörden ein Gutachten der Landesanstalt für Umwelt einzuholen haben. Nachträglich gereute es wohl den Verfasser, daß er nicht selbst diese Entscheidung treffen darf und verlangt in der Kommentierung zu § 1 Rdn. 10, daß in Zweifelsfällen die Entscheidung der obersten Wasserbehörde einzuholen ist.

Wenn man also seinen Erwartungshorizont den persönlichen Voraussetzungen des Verfassers angepaßt hat, bleibt immer noch eine sehr verdienstvolle Erläuterung des Textes. Wenn man berücksichtigt, daß die Umsetzung der Verordnung im allgemeinen in den Händen des gehobenen Dienstes liegt, muß man dem Werk eine für diesen Leserkreis gute und übersichtliche Lesbarkeit bescheinigen. Allerdings sollten scheinbare Widersprüche vermieden werden, die den gemeinten Leser verwirren müssen. Wenn VV zu § 1 Nr. 1.1 von „ortsfest genutzten Funktionseinheiten“ spricht, muß es im Kommentar Rdn. 2 verwirren, wenn dort von „ortsfesten und beweglichen Einrichtungen“ gesprochen wird und den beweglichen Anlagen in Rdn. 3 ein ganzer Abschnitt gewidmet wird. Auch wenn die VV zu § 1 Nr. 1.1 von Anlagen auf einem Grundstück spricht, ist die Bemerkung in Rdn. 4, daß Grundstücke selbst Anlagen sein könnten, zumindest mißverständlich. Solche mißverständlichen Formulierungen kommen öfter vor, z. B. bei der Frage, wie groß die Auffangwanne bei Lagerungen von mehreren Behältern sein muß. (§ 1 Rdn. 5).

Auch ist es zu bedauern, daß die Literatur, die zu diesem Thema ohnehin nur spärlich ist, nicht vollständig ausgeschöpft wurde. So fehlt die Auswertung des Aufsatzes von Holtmeier, ZfW 1981 S. 1 ff. mit weiteren Literaturhinweisen, die insbesondere für die Behandlung von Kleinbehältern und Prüfristen Anregungen geboten hätten. Die kritischen Anmerkungen können und sollen allenfalls den Organen, die Verwaltungsakte zu überprüfen haben, eine gewisse Vorsicht in der Benutzung ans Herz legen, nicht aber die Bedeutung des Werkes für die tägliche Arbeit in der Behörde in Abrede stellen. Schon allein sich dieses trockenen Stoffes mit der festzustellenden Intensität gewidmet zu haben, ist sehr verdienstvoll. Der Kommentar ist eine sehr erfreuliche Unterstützung der im praktischen Vollzug tätigen Bediensteten und gehört in die Hand eines jeden Sachbearbeiters.

Regierungsoberrat Christian Bickel

Dienst-, Sozial- und Steuerrecht im öffentlichen Dienst — DIESO-Tarifrecht —. Loseblatt-Tarifsammlung, herausgegeben von Dr. Georg Bretschneider, Vizepräs. des Bundesrechnungshofs a. D. unter Mitarbeit von MinRat Dr. Karl-Heinz Kiefer, Geschäftsführer der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, Bonn, 73., 74., 75. und 76. Erg.Liefg., 76, 120, 88 bzw. 78 S., DIN A 5, Gesamtwerk, 3 Kunstledersammelordner, 52.— DM. Hermann Luchterhandverlag, Postfach 1780, 5450 Neuwied 1.

Die umfassende Loseblatt-Tarifsammlung ist mit den Ergänzungslieferungen 73 bis 76 auf den neuesten Rechtsstand gebracht worden. Berücksichtigt wurden hierbei insbesondere: 48. und 49. Änderungstarifvertrag zum BAT vom 7. Oktober 1981 bzw. 17. Mai 1982; Erhöhung der Kosten für Personalunterkünfte durch neue Sachbezugspreise, Tarifvertrag zur Änderung der Anlage 1 a BAT — Angestellte in der Fleischbeschau — vom 7. Oktober 1981, 15. Änderungstarifvertrag zum Tarifvertrag für das Fleischbeschaupersonal in öffentlichen Schlachthöfen vom 7. Oktober 1981, Vergütungstarifvertrag Nr. 20 vom 17. Mai 1982, Ausbildungsvergütungstarifvertrag Nr. 8 vom 17. Mai 1982, Ergänzungstarifvertrag Nr. 33 zum MTB vom 17. Mai 1982, Monatslohnstarifverträge Nr. 13 vom 17. Mai 1982, Änderung der Praktikantenrichtlinien der TdL, Änderungstarifvertrag Nr. 37 zum MTL II vom 17. Mai 1982, Änderung der Eingruppierung der Angestellten im Schwimmbückendienst vom 2. Februar 1982, Neufassung der Zulagenstarifverträge für Angestellte und Arbeiter, Änderung des Schiffsverzeichnisses, Änderung der Richtlinien der TdL über die Eingruppierung von Angestellten in der Versorgungsverwaltung, Neufassung des Teils II Abschn. H der Anlage 1 a zum BAT — Bund und TdL —, sowie die Neufassung der Tätigkeitsmerkmale für Angestellte an Theatern und Bühnen.

Regierungsdirektor Ludwig Ramdohr

ÖFFENTLICHER ANZEIGER

ZUM »STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN«

1982

MONTAG, 29. NOVEMBER 1982

Nr. 48

Gerichtsangelegenheiten

4738

VIII 163 — Erlaubniserteilung: Herrn Bodo Degursky, 6107 Reinheim 2, Am Bettenberg 12, habe ich die Erlaubnis zur außergerichtlichen Einziehung von Forderungen mit dem Geschäftssitz in Reinheim erteilt.

6100 Darmstadt, 27. 8. 1982

Der Präsident des Landgerichts

4739

VIII 164: Nachdem Rechtsbeistand Herbert Zehfuß unter Verzicht auf seine bisherige Zulassung in 6146 Alsbach seinen Geschäftssitz nach 6140 Bensheim, Darmstädter Str. 60, verlegt hat, gilt die durch den Präsidenten des Amtsgerichts Darmstadt am 19. 3. 1982 erteilte Erlaubnis zur Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten nunmehr für den neuen Geschäftssitz.

6100 Darmstadt, 9. 11. 1982

Der Präsident des Landgerichts

4740

E 371/2 — Zulassung als Rechtsbeistand: Die Herr Gerhard Schmidt, geboren am 4. Juni 1923 in Witzenhausen, wohnhaft: Walburger Str. 41, 3430 Witzenhausen 1, gemäß Artikel 1 § 1 des Rechtsberatungsgesetzes vom 13. 12. 1935 (RGBl. I S. 1478) erteilte Erlaubnis zur geschäftsmäßigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten einschließlich der Beratung habe ich auf das Gebiet der gesetzlichen Krankenversicherung erweitert.

Geschäftssitz ist Witzenhausen, Werra-Meißner-Kreis.

3500 Kassel, 10. 11. 1982

Der Präsident des Landgerichts

4741

H 403 — Erlaubniserteilung: Herr Helmut Heimrath, wohnhaft in 6292 Weilmünster, Breslauer Str. 14, wird gemäß Artikel 1 § 1 des Gesetzes zur Verhütung von Mißbräuchen auf dem Gebiet der Rechtsberatung vom 13. 12. 1935 die Erlaubnis erteilt, geschäftsmäßig fremde Rechtsangelegenheiten einschließlich der Rechtsberatung beschränkt auf die Gebiete Bürgerliches Recht, Handels- und Gesellschaftsrecht zu besorgen.

Die Erlaubnis umfaßt nicht die Befugnis, am Gericht mündlich zu verhandeln und auf dem Gebiet des Sozialversicherungsrechts tätig zu werden.

Herr Heimrath führt die Bezeichnung „Rechtsbeistand“. Geschäftssitz ist 6292 Weilmünster.

6250 Limburg a. d. Lahn, 16. 11. 1982

Der Präsident des Landgerichts

Veröffentlichungen

4742

022 — 058 — Ungültigkeitserklärung eines Dienstausschusses: Der für die Sozialpädagogin Wilhelmine Weiß vom Kreis-ausschuß des Wetteraukreises in Friedberg

am 15. 10. 1975 ausgestellte Dienstausschuss Nr. 33 ist in Verlust geraten. Er wird hiermit für ungültig erklärt.

6360 Friedberg (Hessen), 15. 11. 1982

Der Kreis-ausschuß
des Wetteraukreises
Hauptamt

4743

Ungültigkeitserklärung eines Dienstausschusses des Staatsbauamtes Fulda: Der von dem Staatsbauamt in Fulda ausgestellte Dienstausschuss Nr. 35 für den Techn. Angestellten Peter Volmer, Fulda, ist in Verlust geraten und wird hiermit für ungültig erklärt.

6400 Fulda, 16. 11. 1982

Der Dienststellenleiter

Güterrechtsregister

4744

GR 478 — Neueintragung — 12. 11. 1982: Ernst Klaus Fröhlich, geb. 3. 3. 1951 und dessen Ehefrau Karin Fröhlich, geb. Hansel, geb. 27. 2. 1955, beide wohnhaft in New-Mills-Str. 8, 6320 Alsfeld. Durch Vertrag vom 12. Oktober 1982 ist Gütertrennung gemäß § 1414 BGB vereinbart.

6320 Alsfeld, 12. 11. 1982

Amtsgericht

4745

GR 493 — Neueintragung — 28. 10. 1982: Ehegatten Fernmeldemonteur Peter Karlheinz Ebert und Sekretärin Annemarie geb. Brachvogel, beide Taunusstein 4. Durch notariellen Vertrag vom 25. September 1982 ist der gesetzliche Güterstand der Zugewinnngemeinschaft ausgeschlossen.

6208 Bad Schwalbach, 28. 10. 1982

Amtsgericht

4746

GR 494 — Neueintragung — 28. 10. 1982: Ehegatten Kaufmann Ekkehard Hermann Bruno Hoffmann und Anwaltsgehilfin Marianne Christa geb. Burchert, beide in Schlangenbad 5. Durch notariellen Vertrag vom 29. Juni 1982 ist der gesetzliche Güterstand der Zugewinnngemeinschaft ausgeschlossen.

6208 Bad Schwalbach, 28. 10. 1982

Amtsgericht

4747

GR 495 — Neueintragung — 3. 11. 1982: Ehegatten Zimmer- u. Maurermeister Valentin Konrad Häffner und Wilhelmine geb. Hauer, beide Taunusstein 4. Durch notariellen Vertrag vom 13. September 1982 ist der gesetzliche Güterstand der Zugewinnngemeinschaft ausgeschlossen.

6208 Bad Schwalbach, 3. 11. 1982

Amtsgericht

4748

41 GR 2034 — Neueintragung — 11. 11. 1982: Bauingenieur Hubert Gustav August Kindt und Ingrid geb. Bertram in Hanau 7, haben durch Vertrag vom 12. Juli 1982 Gütertrennung vereinbart.

41 GR 2035 — Neueintragung — 11. 11. 1982: Gärtnermeister Walter Heinz Kaufeld

und Annemarie Beate Lieselotte geb. Funk in Maintal haben durch Vertrag vom 22. Juni 1982 Gütertrennung vereinbart.

6450 Hanau, 11. 11. 1982

Amtsgericht, Abt. 41

4749

GR 377 — Neueintragung — 9. 11. 1982: Eheleute Kaufmann Helmuth Philipp Stahlhuth und Verkäuferin Eva-Maria Stahlhuth geb. Gunkel, beide Poststr. 47, Bad Karlshafen-Helmarshausen. Durch Vertrag vom 28. September 1982 ist Gütertrennung vereinbart.

3520 Hofgeismar, 19. 11. 1982

Amtsgericht

4750

GR 1153 — Neueintragung — 10. 11. 1982: Hans Vetter und Irma Lucie Hildegard (Irmgard) Vetter geb. Jaster, beide Höhenweg 53, 3550 Marburg. Durch notariellen Vertrag vom 21. Mai 1982 ist der gesetzliche Güterstand der Zugewinnngemeinschaft ausgeschlossen worden.

3550 Marburg, 10. 11. 1982

Amtsgericht

4751

GR 288 — Neueintragung — 5. 11. 1982: HNA-Arzt Dr. med. Hans Günther Ullmann und Heike Petra Christine Ullmann geborene Stanjeck, beide wohnhaft 3508 Melsungen, Sandstraße 2. Durch notariellen Vertrag vom 11. August 1982 ist Gütertrennung vereinbart.

3508 Melsungen, 18. 11. 1982

Amtsgericht

4752

GR 260 — Veränderung — 16. 11. 82: Gerhard Koch und Rosa Koch geb. Kirner, Mümling-Crumbach. Durch Vertrag vom 7. Juli 1972 ist Gütergemeinschaft vereinbart, der durch Vertrag vom 28. September 1982 dahingehend abgeändert wurde, daß der Gewerbebetrieb Vorbehaltsgut des Ehemannes sein soll.

6120 Michelstadt, 16. 11. 1982

Amtsgericht

4753

GR 671 — Neueintragung — 11. 10. 1982: Eheleute Stiglauer, Leonhard, und Elsa Mina geb. Brutschin, verw. Scholz, Limesstraße 5, 6054 Rodgau 5. Durch Erklärung vom 29. September 1982 besteht Gütertrennung.

GR 672 — Neueintragung — 14. 10. 1982: Eheleute Krönung, Harry, und Renate geb. Wallentels, Heimatstr. 27, 6451 Mainhausen. Durch Erklärung vom 6. September 1982 besteht Gütertrennung.

6453 Seligenstadt, 16. 11. 1982

Amtsgericht

Vereinsregister

4754

Neueintragungen im Vereinsregister beim Amtsgericht Bad Homburg v. d. Höhe

VR 711 — 31. 3. 1982 Schachclub Steinbach, mit Sitz in Steinbach/Ts.

VR 712 — 27. 4. 1982: Verein „Kuratorium zur Erneuerung der Bad Homburger Schloßkirche“, mit Sitz in Bad Homburg

VR 713 — 27. 4. 1982: Friedrichsdorfer Kantorei, mit Sitz in Friedrichsdorf/Ts.

VR 714 — 26. 5. 1982: Förderverein der Freiwilligen Feuerwehr Friedrichsdorf, mit Sitz in Friedrichsdorf/Ts.

VR 715 — 22. 7. 1982: Jagdhornbläsercorps Bad Homburg, mit Sitz in Bad Homburg.

VR 716 — 22. 7. 1982: Windsurfing-Verein Taunus, mit Sitz in Oberursel.

VR 717 — 9. 9. 1982: Musisch-bildnerische Werkstatt Garnier, mit Sitz in Friedrichsdorf/Ts.

VR 718 — 29. 9. 1982: Reit- und Fahrverein Sfierstadt, mit Sitz in Oberursel.

VR 719 — 15. 10. 1982: Hochtaunus Verkehrssicherheitsdienst, mit Sitz in Bad Homburg.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 19. 11. 1982
Amtsgericht

4755

6 VR 670 — Neueintragung — 18. 11. 1982: POLIZEISOZIALHILFE SÜDHESSEN e. V., Groß-Gerau.

6 VR 671 — Neueintragung — 18. 11. 1982: Verein zur Förderung des Informations- und Kulturzentrums Mainspitze e. V., Bischofsheim.

6 VR 672 — Neueintragung — 18. 11. 1982: Verein der Vogelfreunde Stockstadt/Rh. e. V., Stockstadt/Rhein.

6080 Groß-Gerau, 18. 11. 1982 Amtsgericht

4756

1 VR 239 — Neueintragung — 16. 11. 1982: Box- und Sportverein '82 Korbach (Abkürzung: BSV '82 Korbach) in Korbach.
3540 Korbach, 16. 11. 1982 Amtsgericht

4757

VR 437 — Neueintragung — 18. 11. 1982: Angelsportverein Fischfreunde Rosengarten (1974), 6840 Lampertheim-Rosengarten.
6840 Lampertheim, 18. 11. 1982 Amtsgericht

4758

VR 1171 — Neueintragung — 19. 11. 1982: 1. Marburger Dartsport Club, Sitz: Marburg.
3550 Marburg, 19. 11. 1982 Amtsgericht

4759

VR 475 — Neueintragung — 15. 11. 1982: Kulturkreis Brombachtal e. V., Sitz: 6126 Brombachtal.

VR 476 — Neueintragung — 15. 11. 1982: Rock'n-Roll-Club Michelstadt, Sitz: 6120 Michelstadt.

VR 477 — Neueintragung — 15. 11. 1982: Touristenverein „Die Naturfreunde“, Verband für Touristik und Kultur, Ortsgruppe Bad König e. V., Sitz: 6123 Bad König.
6120 Michelstadt, 15. 11. 1982 Amtsgericht

4760

VR 273 — Neueintragung — 18. 11. 1982: Surf-Club Inheiden e. V., Inheiden.
6478 Nidda 1, 18. 11. 1982 Amtsgericht

4761

VR 362 — Neueintragung — 16. 11. 1982: Elternsperde Hallgarten eingetragener Verein, Sitz: Oestrich-Winkel Stadtteil Hallgarten.

6220 Rüdeshelm am Rhein, 19. 11. 1982
Amtsgericht

4762

VR 1033 — Neueintragung — 11. 11. 1982: Der Verein „Natur- und Wanderfreunde 1982 Altenkirchen e. V.“ in 6333 Braunfels S/T Altenkirchen ist heute unter Nr. 1033 in das Vereinsregister beim Amtsgericht

Wetzlar eingetragen worden. Die Satzung ist am 21. August 1982 errichtet.

6330 Wetzlar, 19. 11. 1982 Amtsgericht

4763

VR 1230 — Neueintragung — 26. 8. 1982: Reitsportverein Witzenhausen, Witzenhausen.

3430 Witzenhausen, 5. 11. 1982 Amtsgericht

Vergleiche — Konkurse

4764

N 5/82 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 10. 3. 1923 geborenen und am 14. 1. 1982 in Bad Hersfeld verstorbenen, zuletzt in Bad Hersfeld, Wacholderweg 16, wohnhaft gewesenen Kaufmanns **Dagobert Gutknecht** wird a) zur Anhörung der Gläubiger zur Einstellung des Verfahrens mangels Masse (§ 204 KO), b) zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen, c) zur Abnahme der Schlußrechnung des Konkursverwalters, Termin bestimmt auf Freitag, den 21. Januar 1983, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Bad Hersfeld, Badestube 5—7, Zimmer 120.

6430 Bad Hersfeld, 12. 11. 1982 Amtsgericht

4765

N 8/75: In dem Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen der Firma **Continental Fahrzeugbau GmbH, Dautphetal-Silberg**, wird Schlußtermin auf Donnerstag, den 23. Dezember 1982, 11.00 Uhr, im Amtsgericht Biedenkopf, Hainstr. 72, Saal 110, bestimmt. Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen sowie zur Festsetzung der Auslagen der Gläubigerauschußmitglieder. Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 6360,— D-Mark zuzüglich 6,5% Mehrwertsteuer, seine Auslagen auf 219,88 DM festgesetzt.
3560 Biedenkopf, 15. 11. 1982

Amtsgericht, Konkursgericht

4766

61 N 92/82 — Beschluß: In der Konkursantragssache über das Vermögen der Firma **Joannis Zaromitidis & Co., Uhlandstraße 4, 6106 Erzhäuser**, wird gegen die Schuldnerin ein allgemeines Veräußerungsverbot zur Sicherung der Masse erlassen (§ 106 KO).

6100 Darmstadt, 19. 11. 1982

Amtsgericht, Abt. 61

4767

81 N 334/81 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Franz **Pöschl, Leuchtröhrenfabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Eschenheimer Anlage 19, 6000 Frankfurt am Main 1**, vertreten durch ihre Geschäftsführer Ingenieur Franz Pöschl und Kauffrau Karoline Pöschl geb. Urban wird Termin zur Abnahme der Schlußrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis auf den 21. Dezember 1982, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Gerichtsstr. 2, Gebäude B, I. Stock, Zimmer 137, anberaumt. Für den Verwalter sind festgesetzt: Vergütung 51 300,— DM zuzüglich Ausgleich nach § 4 Abs. 5 Vergütungsordnung; Auslagen 378,32 DM zuzüglich 13 Prozent Mehrwertsteuer.

6000 Frankfurt am Main, 29. 10. 1982

Amtsgericht, Abt. 81

4768

81 N 417/82 — Beschluß: In dem Nachlaßkonkursverfahren der am 1. Januar 1982 verstorbenen und zuletzt Wittelsbacher Allee 17, 6000 Frankfurt am Main 1, wohnhaft gewesenen kaufmännischen Angestellten **Hilde Ratke geb. Kröplin** wird das Verfahren mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse eingestellt, § 204 KO.

6000 Frankfurt am Main, 29. 10. 1982

Amtsgericht, Abt. 81

4769

81 N 568/82 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 28. 3. 1982 in seiner Wohnung Berger Straße Nr. 234—238, 6000 Frankfurt am Main, tot aufgefundenen Buchhalters **Kasimierz von Frydrychowicz** wird die Schlußverteilung genehmigt und Termin zur Prüfung nachgemeldeter Forderungen, zur Abnahme der Schlußrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis anberaumt auf den 17. Dezember 1982, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Gerichtsstr. 2, Saal 137, Geb. B, I. Stock. Für den Verwalter werden festgesetzt: a) Vergütung 600,— DM zuzüglich 6,5 Prozent Ausgleich, b) Auslagen 28,25 Deutsche Mark (einschl. Steuer).

6000 Frankfurt am Main, 29. 10. 1982

Amtsgericht, Abt. 81

4770

81 N 607/82 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 6. 2. 1982 verstorbenen und zuletzt Schmittener Straße 12, 6000 Frankfurt am Main, wohnhaft gewesenen Arbeiters **Robert Gottfried Wulf** wird Termin zur Prüfung nachgemeldeter Forderungen, zur Abnahme der Schlußrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis anberaumt auf den 17. Dezember 1982, 10.15 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Gerichtsstr. 2, Saal 137, Geb. B, I. Stock. Für den Verwalter werden festgesetzt: a) Vergütung 600,— DM zuzüglich 6,5 Prozent Ausgleich, b) Auslagen 28,25 Deutsche Mark (einschl. Steuer).

6000 Frankfurt am Main, 29. 10. 1982

Amtsgericht, Abt. 81

4771

81 N 785/82 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der Firma **Behörden- und Industrie-Verlag Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Darmstädter Landstraße 119—125, 6000 Frankfurt am Main 70**, wird heute, am 1. November 1982, 10.30 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Hans-Joachim Keller, Roßmarkt 23, 6000 Frankfurt am Main 1, Tel.: 28 30 68.

Konkursforderungen sind bis zum 24. November 1982, zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag, bei Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 3. Dezember 1982, 9.30 Uhr, Prüfungstermin am 4. Februar 1983, 9.45 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Gerichtsstr. 2, Geb. B, I. Stock, Zimmer 137.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 24. November 1982 ist angeordnet.

6000 Frankfurt am Main, 1. 11. 1982

Amtsgericht, Abt. 81

4772

81 N 378/82 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Frau **Judith Göbel, Rosserstraße 45a, 6233 Kelkheim**, Inhaberin einer Pelzeinzelhandlung Main-Taunus-Zentrum, 6230 Sulz-

bach, werden für den Verwalter festgesetzt: a) 1 400,— DM Vergütung zzgl. Ausgleich von 6,5%, b) 94,02 DM Auslagen einschl. Steuer.

6000 Frankfurt am Main, 4. 11. 1982

Amtsgericht, Abt. 81

4773

81 N 812/82 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der Firma Teleprint TDC Gesellschaft mit beschränkter Haftung Computer Peripherie Geräte, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführer Engelbert Daniel Volleman und Jacobus Roosen, Frankfurter Allee 1—3, 8236 Eschborn 1, wird heute, am 10. November 1982, 13.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Willi Rudolf, Brommstr. 15, 6000 Frankfurt am Main 1, Tel.: 56 67 39.

Konkursforderungen sind bis zum 14. Dezember 1982, zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag, bei Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 21. Dezember 1982, 9.30 Uhr, Prüfungstermin am 18. Januar 1983, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Gerichtsstraße 2, Geb. B, I. Stock, Zimmer Nr. 137.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 14. Dezember 1982 ist angeordnet.

6000 Frankfurt am Main, 10. 11. 1982

Amtsgericht, Abt. 81

4774

81 N 820/82 — Anschlusskonkursverfahren: Der Antrag der Peter Böhm Fleischwaren GmbH, Deutschherrnufer 36, 6000 Frankfurt am Main 70-Schlachthof, über ihr Vermögen das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses zu eröffnen, wird abgelehnt.

Zugleich wird gemäß §§ 19, 102 der Vergleichsordnung heute, am 10. November 1982, 10.25 Uhr, das Anschlusskonkursverfahren über das Vermögen der Antragstellerin eröffnet.

Der Rechtsanwalt Ulrich Kneller, Goethestr. 144—150, 6457 Maintal 2, Tel.: (45 00) 6 10 51, wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 7. Dezember 1982 bei dem Gericht zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf den 17. Dezember 1982, 9.30 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 11. Februar 1983, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Gerichtsstr. 2, I. Stock, Zimmer 137, Termin anberaumt.

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschaftschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitz der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung oder Aussonderung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 7. Dezember 1982 Anzeige zu machen.

Post- und Telegrafensperre wird angeordnet.

Zur Hinterlegungsbank wird die BHF-Bank AG in Frankfurt am Main bestimmt.

6000 Frankfurt am Main, 10. 11. 1982

Amtsgericht, Abt. 81

4775

81 N 821/82 — Konkursverfahren: Über das Vermögen des Kaufmanns Hermann Montanus, Broßstraße 9, 6000 Frankfurt am Main, Inhaber der handelsgerichtlich eingetragenen Firmen a) Hermann Montanus Friedrich-Ebert-Anlage 2, 6000 Frankfurt am Main, b) Bahnhofsbuchhandlung Hermann Montanus, daselbst, wird heute, am 11. November 1982, 9.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Hans-Joachim Keller, Roßmarkt 23, 6000 Frankfurt am Main, Tel.: 28 30 68.

Konkursforderungen sind bis zum 14. Dezember 1982, zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag, bei Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 21. Dezember 1982, 10.00 Uhr, Prüfungstermin am 25. Januar 1983, 9.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Gerichtsstraße 2, Geb. B, I. Stock, Zimmer Nr. 137.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 14. Dezember 1982 ist angeordnet.

6000 Frankfurt am Main, 11. 11. 1982

Amtsgericht, Abt. 81

4776

81 N 831/82 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der Firma Sigma Computerdienst GmbH, gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer Berthold Sell, Emmerich-Josef-Straße 6, 6230 Frankfurt am Main-Höchst, wird heute, am 15. November 1982, 15.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Willi Rudolf, Brommstraße 15, 6000 Frankfurt am Main 1, Tel.: 56 67 39.

Konkursforderungen sind bis zum 17. Dezember 1982, zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag, bei Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 21. Dezember 1982, 10.45 Uhr, Prüfungstermin am 18. Januar 1983, 9.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt Main, Gerichtsstraße 2, Gebäude B, I. Stockwerk, Zimmer Nr. 137.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 17. Dezember 1982 ist angeordnet.

6000 Frankfurt am Main, 15. 11. 1982

Amtsgericht, Abt. 81

4777

81 N 552/76 — Beschluß: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Fisch-Bader Kommanditgesellschaft, Leipziger Straße 55, 6000 Frankfurt am Main 90, vertreten durch den persönlich haftenden Gesellschafter, Kaufmann Werner Maximilian Bader, wird hiermit nach abgehaltenem Schlußtermin aufgehoben, § 163 KO. 6000 Frankfurt am Main, 16. 11. 1982

Amtsgericht, Abt. 81

4778

N 29/76: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Schuh-Discount GmbH, Siemensstraße 24, 6452 Hainburg, soll der Schlußtermin stattfinden. Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichtes Seligenstadt niedergelegt worden. Die Summe der Forderungen beträgt 295 554,82 DM. Die nicht bevorrechtigten Gläubiger erhalten keine Quote.

6095 Ginsheim-Gustavsburg, 20. 11. 1982

Der Konkursverwalter
Helmut Schmutzler
Diplomkaufmann

4779

65 N 61/82: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Ibandahl und

Zilch, Putz- und Malergeschäft, GmbH in Liquidation, Schillerstraße 29, 3500 Kassel, vertreten durch den Liquidator Frau Inge Ibandahl, ebenda, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf Mittwoch, 2. Februar 1983, 14.00 Uhr, Raum 083, Untergeschoß, im Gerichtsgebäude Frankfurter Straße 9, 3500 Kassel.

3500 Kassel, 5. 11. 1982 Amtsgericht, Abt. 65

4780

65 N 194/82: Über das Vermögen der Firma KKK — Kreditvermittlungs GmbH, Oberste Gasse 23, 3500 Kassel, vertreten durch den Geschäftsführer Klaus Langer, HRB 3275 AG Kassel, ist am 8. November 1982, 16.00 Uhr, Konkurs eröffnet. Konkursverwalter: Rechtsanwalt Wolfgang Koehler, Obere Königsstr. 20, 3500 Kassel.

Konkursforderungen sind bis zum 1. Februar 1983 beim Gericht zweifach anzumelden. Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: 29. Dezember 1982, 10.00 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 1. März 1983, 14.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Kassel, Frankfurter Str. 9, Sockelgeschoß Zimmer 083. Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 24. Dezember 1982 anzeigen.

3500 Kassel, 11. 11. 1982 Amtsgericht, Abt. 65

4781

5 N 17/82: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Acros Beteiligungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Aisfelder Straße 47, 3575 Kirchhain 1, ist gemäß § 204 KO eingestellt worden. Vergütung und Auslagen des Konkursverwalters sind in der aus dem Protokoll zum Schlußtermin ersichtlichen Höhe festgesetzt worden.

3575 Kirchhain, 10. 11. 1982 Amtsgericht

4782

N 34/82: Konkursöffnungsverfahren Gunther Wagner, 6120 Michelstadt, Kellereibergstr. 14. Das am 1. November 1982 angeordnete allgemeine Veräußerungsverbot ist aufgehoben.

6120 Michelstadt, 10. 11. 1982 Amtsgericht

4783

N 18/82: Konkursöffnungsverfahren Ernst Müller, Hirschhorner Straße 31, 6124 Beerfelden. Das am 2. Juli 1982 angeordnete allgemeine Veräußerungsverbot ist aufgehoben, der Konkursantrag mangels Masse zurückgewiesen.

6120 Michelstadt, 12. 11. 1982 Amtsgericht

4784

N 5/81: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Heinrich Weber KG, Hungen-Obbornhofen (AG Nidda 1 N 5/81) steht zur Verteilung eine Masse in Höhe von 82 930,98 DM zur Verfügung. Den Gläubigern der Klasse I/1 stehen Forderungen in Höhe von 82 930,98 DM zu. Es ist daher beabsichtigt, eine Abschlagserteilung vorzunehmen und den Gläubigern der Klasse I/1 100% ihrer Forderung als Abschlag zu gewähren.

Die Liste der zu berücksichtigenden Gläubiger ist bei dem Amtsgericht Nidda niedergelegt.

6478 Nidda 1, 16. 11. 1982

Der Konkursverwalter
Rudolf G. Hartmann
Rechtsanwalt

4785

7 N 2/78: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **CSV computer und software gmbh & co, vertriebs kg, Am Forsthaus Gravenbruch 9—11, 6073 Neu Isenburg 2**, gesetzlich vertreten durch die persönlich haftende Gesellschafterin, die Firma **CSV computer und software gmbh**, ebenda, diese wiederum vertreten durch den alleinvertretungsberechtigten Geschäftsführer, den Kaufmann **Eberhard Sinner, Brentanost. 18, 6052 Mülheim am Main** wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.
6050 Offenbach am Main, 11. 11. 1982
Amtsgericht

4786

61 N 21/82: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des **Karl-Heinz Knauth, Darmstadt**, findet mit Genehmigung des Gerichts die Schlußverteilung statt. Das Schlußverzeichnis ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Darmstadt (Aktenzeichen: 61 N 21/82) niedergelegt worden. Die Summe der zu berücksichtigenden Forderungen beträgt 19 777,— DM. Es ist ein verteilbarer Massebestand von 936,83 Deutsche Mark vorhanden.
6086 Riedstadt, 6. 11. 1982

Der Konkursverwalter
Heinz Artinger
Rechtsanwalt

4787

24 N 27/79: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Baccara Blumenhandels GmbH, Groß-Gerau**, findet mit Genehmigung des Gerichts die Schlußverteilung statt. Das Schlußverzeichnis ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Groß-Gerau (Aktenzeichen: 24 N 27/79) niedergelegt worden. Die Summe der zu berücksichtigenden Forderungen beträgt 28 791,24 DM. Es ist ein verteilbarer Massebestand von 14 395,62 DM vorhanden.
6086 Riedstadt, 13. 11. 1982

Der Konkursverwalter
Heinz Artinger
Rechtsanwalt

4788

N 29/76: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Schuh-Discount GmbH, zu Händen des Liquidators Adolf Emil Gärtner, Siemensstr. 24, 6452 Hainburg**, wird der Schlußtermin auf Montag, den 20. Dezember 1982, 14.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Seligenstadt, Giselastr. 1, Zimmer 1, anberaumt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis und zur Beschlußfassung über nicht verwertbares Vermögen.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 35 390 DM zuzüglich 6,5% MwSt., seine Auslagen werden auf 1 500,— DM, zuzüglich 13% MwSt. festgesetzt.
6453 Seligenstadt, 16. 11. 1982 Amtsgericht

4789

N 55/82: Konkurseröffnungsverfahren über das Vermögen des **Thilo Katz, Stahlbau- u. Schweißarbeiten, in 6054 Rodgau 6**. Dem Schuldner ist am 15. November 1982 allgemein verboten worden, über Gegenstände seines Vermögens zu verfügen. Er darf auch keine Forderungen einziehen.
6453 Seligenstadt, 15. 11. 1982 Amtsgericht

4790

N 21/82: Konkurseröffnungsverfahren über das Vermögen des **Erich Burggraf**,

Transporte und Baustoffe, Weilburger Str. Nr. 22, 6251 Beselich 2-Heckholzhausen. Dem Schuldner ist am 12. November 1982 verboten worden, Gegenstände seines Vermögens einschließlich der in seinem Eigentum oder Miteigentum stehenden Grundstücke zu veräußern oder über sie sonst zu verfügen (allgemeines Veräußerungsverbot). Unter dieses Verbot fällt auch die Einziehung von Außenständen.
6290 Weilburg, 12. 11. 1982 Amtsgericht

4791

62 N 126/81 — **Beschluß**: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Trident, Baugesellschaft für schlüsselfertiges Bauen mbH, Taunusstraße 75, 6200 Wiesbaden**, ist gemäß § 204 KO mangels Masse eingestellt.
6200 Wiesbaden, 10. 11. 1982

Amtsgericht, Abt. 62

4792

62 N 148/82: Konkursantragsverfahren über das Vermögen der **Zahntechnik Holzinger GmbH, Wiesbaden, Bärenstraße 4**, gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer **Klaus Günther Holzinger, Wiesbaden, Alexandrastraße 4**. Der Schuldnerin ist am 18. November 1982 verboten worden, über Gegenstände ihres Vermögens zu verfügen. Sie darf auch keine Forderungen einziehen.
6200 Wiesbaden, 18. 11. 1982

Amtsgericht, Abt. 62

4793

2 N 17/82: Über das Vermögen der **BEV Bauelementevertriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Leckringhausen Nr. 6, 3549 Wolfhagen**, vertreten durch die Geschäftsführerin **Elly Brand, ebendort**, ist am 11. November 1982, 11.00 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt **Werner Kunz, Mittelstr. 16, 3549 Wolfhagen**.
Anmeldefrist bis zum 31. Dezember 1982, offener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 31. Dezember 1982.

Gläubigerversammlung im Amtsgericht, 1. Stock, Zimmer 13, am 26. Januar 1983, 10.00 Uhr, zur Beschlußfassung über die Wahl des Konkursverwalters, die Bestellung eines Gläubigerausschusses sowie gemäß §§ 132, 134 und 137 KO und am 26. Januar 1983, 10.00 Uhr, zur Prüfung der angemeldeten Forderungen.
3549 Wolfhagen, 15. 11. 1982 Amtsgericht

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung: Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, sobald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprache — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt,

Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

4794

K 23/82: Das im Grundbuch von **Bieben, Bezirk Alsfeld, Band 8, Blatt 241**, eingetragene Grundstück

Gemarkung **Bieben, Flur 1, Flurstück 92/1, Hof- und Gebäudefläche, Am Haselstrauch 2, Größe 6,80 Ar**, soll am Montag, dem 31. Januar 1983, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Alsfeld, Amthof 12, Raum 17, I. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. 6. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- Gerhard Sippel, geb. 19. 5. 1957, Grebenau-Bieben,
 - Ehefrau Regina Sippel geb. Gabler, geb. 30. 10. 1959, daselbst,
- je zur Hälfte —

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 190 000,— D-Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6320 Alsfeld, 4. 11. 1982 Amtsgericht

4795

3 K 23/81: Das im Grundbuch von **Gedern, Band 45, Blatt 2398**, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung **Gedern, Flur 11, Flurstück 82/14, Hof- und Gebäudefläche, Umlandstr. 5, Größe 7,04 Ar**,

soll am Montag, dem 31. Januar 1983, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Büdingen, Schloßgasse 22, Zimmer 8 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 25. 6. 1981 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- Eheleute **Armin Kipper und Gertrud Kipper geb. Krieg, 6473 Gedern**, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 211 840,— DM.

Auf das im Versteigerungstermin am 6. 9. 1982 abgegebene Meistgebot ist der Zuschlag gemäß § 85a Abs. 1 ZVG versagt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6470 Büdingen, 12. 10. 1982 Amtsgericht

4796

61 K 22/81: Die in den **WE-/TE-Grundbüchern von Jugenheim, Band 69, Blätter 2430 bis 2434**, eingetragenen Grundstücks-miteigentumsanteile an dem Grundstück lfd. Nr. 1, Gemarkung **Jugenheim, Flur 3, Flurstück 203/1, Hof- und Gebäudefläche, Bickenbacher Str. 44, Größe 8,67 Ar**,

a) Blatt 2430: 204,76/1 000 Miteigentumsanteil, verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 1 bezeichneten Wohnung im Erdgeschoß mit zwei Kellerräumen, einem Lagerraum und einem Abstellraum im Kellergeschoß (im Aufteilungsplan mit Nr. 1 bezeichnet),

b) Blatt 2431: 201,02/1 000 Miteigentumsanteil, verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 2 bezeichneten Wohnung im 1. Obergeschoß mit Kellerraum im Kellergeschoß (im Aufteilungsplan mit Nr. 2 bezeichnet),

c) Blatt 2432: 201,02/1 000 Miteigentumsanteil, verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 3 bezeichneten Wohnung im 2. Obergeschoß mit Kellerraum im Kellergeschoß (im Aufteilungsplan mit Nr. 3 bezeichnet),

d) Blatt 2433: 165,25/1 000 Miteigentumsanteil, verbunden mit dem Sondereigen-

tum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 4 bezeichneten Wohnung im Dachgeschoß mit Kellerraum im Kellergeschoß (im Aufteilungsplan mit Nr. 4 bezeichnet),

e) Blatt 2434: 227,95/1 000 Miteigentumsanteil, verbunden mit dem Teileigentum an den im Aufteilungsplan mit Nr. 5 bezeichneten gewerblichen Räumen im Betriebsgebäude im Erdgeschoß mit einer Tiefgarage und 4 Lagerräumen im Keller- geschoß (im Aufteilungsplan mit Nr. 5 bezeichnet),

sollen am 24. Januar 1983, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Julius-Reiber-Str. 15, Saal 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 12. 3. 1981 (Tag des Versteigerungsvermerks): Spengler- und Installateurmeister Herbert Jacoby, Bickenbach.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 9. 11. 1982

Amtsgericht, Abt. 61

4797

61 K 122/81: Das im Grundbuch von Darmstadt, Bezirk VI, Band 173, Blatt 6450, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Darmstadt, Flur Nr. 99, Flurstück 195/2, Hof- und Gebäudefläche, Pfannmüllerweg 10, Größe 2,34 Ar,

soll am 17. Januar 1983, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Julius-Reiber-Str. 15, Saal 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 21. 10. 1981 (Tag des Versteigerungsvermerks): Maschinenbauingenieur Werner Günther Heinz Dummann, Darmstadt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 9. 11. 1982

Amtsgericht, Abt. 61

4798

31 K 30/82: Die im Grundbuch von Dieburg, Band 130, Blatt 5679, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 5, Gemarkung Dieburg, Flur 1, Flurstück 792/2, Hof- und Gebäudefläche, Klosterstr. 15, Größe 1,87 Ar,

lfd. Nr. 6, Flur 1, Flurstück 793/2, Hof- und Gebäudefläche, Klosterstr., Größe 1,35 Ar,

sollen am Dienstag, dem 25. Januar 1983, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Dieburg, Bei der Erlesmühle 1, Zimmer 110, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 30. 4. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Irma Hildegard Naumann geb. Schwingkowski, geb. 5. 8. 1950, Dieburg, Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt

für lfd. Nr. 5 auf 333 362,33 DM,

für lfd. Nr. 6 auf 240 662,65 DM.

Bieter müssen damit rechnen, im Termin mindestens ein Zehntel ihres Bargebots als Sicherheit zu hinterlegen.

Nähere Auskünfte erhalten Interessenten unter Tel. (0 60 71) 20 30.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6110 Dieburg, 9. 11. 1982

Amtsgericht

4799

31 K 61/82: Das im Grundbuch von Schaafheim, Band 65, Blatt 2929, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Schaafheim, Flur Nr. 2, Flurstück 207, Hof- und Gebäudefläche, Helmatring 6, Größe 5,61 Ar,

soll am Mittwoch, dem 26. Januar 1983, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Dieburg, Bei der Erlesmühle 1, Zimmer 110, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20. 8. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. Petra Stiasny, geb. 16. 4. 1962,

2. Marion Stiasny, geb. 14. 6. 1963,

3. Stefan Rudolf Stiasny, geb. 15. 1. 1968.

Der Wert des Grundstücks ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 400 000,— Deutsche Mark.

Bieter müssen damit rechnen, im Termin mindestens ein Zehntel ihres Bargebots als Sicherheit zu hinterlegen.

Nähere Auskünfte erhalten Interessenten unter Tel. (0 60 71) 20 30.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6110 Dieburg, 9. 11. 1982

Amtsgericht

4800

3 K 3/82: Die im Grundbuch von Kiedrich, Bezirk Kiedrich, Band 97, Blatt 2899, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Kiedrich, Flur 8, Flurstück 40, Ackerland, Bachgarten, Größe 6,15 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Kiedrich, Flur 9, Flurstück 123/1, Hof- und Gebäudefläche, Maria-Hilf-Str. 12, Größe 3,58 Ar,

sollen am Donnerstag, dem 27. Januar 1983, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Eltville am Rhein, Schwalbacher Str. 40, Zimmer 11, 1. Obergeschoß, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 2. 4. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Anna Maria Eisler, geborene Kroneberger, zuletzt wohnhaft in Kiedrich, verstorben am 2. November 1982,

b) Josef Hanika, wohnhaft in Kiedrich, — in Erbengemeinschaft —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6228 Eltville am Rhein, 15. 11. 1982

Amtsgericht

4801

K 26/82: Der im Grundbuch von Bönstadt, Band 22, Blatt 985, eingetragene Grundbesitz

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bönstadt, Flur 6, Flurstück 263, Hof- und Gebäudefläche, Am Sportfeld 8, Größe 8,41 Ar,

soll am Freitag, dem 21. Januar 1983, 8.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg (Hessen), Homburger Str. 18, Raum 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 23. 4. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Lothar Altmann,

b) Martina Altmann (jetzt Engel) geb. Resch, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 455 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6360 Friedberg (Hessen), 15. 11. 1982

Amtsgericht

4802

K 19/82: Das im Grundbuch von Niedermöllrich, Band 20, Blatt 709, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Niedermöllrich, Flur 15, Flurstück 77/1, Hof- und Gebäudefläche, Gartenstr. 3, Größe 5,85 Ar,

soll am 28. Januar 1983, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Frittlar, Schladenweg 1,

Zimmer 15, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 3. 5. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Jandre Grgic und Ivo Mihaljevic in Wahren-Niedermöllrich, — je zur Hälfte —,

Der Wert des Grundstücks wurde nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 183 300,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3580 Frittlar, 15. 11. 1982

Amtsgericht

4803

K 42/82: Das im Grundbuch von Ungedanken, Band 13, Blatt 492, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 23, Gemarkung Ungedanken, Flur 8, Flurstück 28/6, Hof- und Gebäudefläche, Im Dorfe, Größe 32,69 Ar,

soll am 14. Januar 1983, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Frittlar, Schladenweg 1, Raum 15, I. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 18. 5. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Heinrich gen. Heinz Eichenberg, Landwirt u. Bauunternehmer, Frittlar-Ungedanken.

Der Wert des Grundstücks wurde nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 283 250,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3580 Frittlar, 15. 11. 1982

Amtsgericht

4804

K 24/82: Die im Grundbuch von Lörzenbach, Band 6, Blatt 270, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Lörzenbach, Flur Nr. 4, Flurstück 62/6, Hof- und Gebäudefläche, Jahnstr. 8, Größe 9,38 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Lörzenbach, Flur Nr. 4, Flurstück 62/7, Weg, Laudbacher Weg, Größe 0,68 Ar,

sollen am Donnerstag, dem 20. Januar 1983, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Fürth (Odw.), Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 17. 5. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Daniel Pitz, Immobilien.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 865 000,— DM für beide Grundstücke, die eine wirtschaftliche Einheit bilden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6149 Fürth (Odw.), 15. 11. 1982

Amtsgericht

4805

K 20, 21/80 — Beschluß: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Mauswinkel, Band 10, Blatt 335,

lfd. Nr. 1, Flur 11, Flurstück 2/1, Hof- und Gebäudefläche, Höhenstraße 16—18, Größe 11,63 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 11, Flurstück 6/2, Grünland, Schäferstraße 1, Größe 14,11 Ar,

soll am Freitag, dem 21. Januar 1983, 10.15 Uhr, im Gerichtsgebäude 6460 Geinhausen, Philipp-Reis-Str. Nr. 9, Zimmer Nr. 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 3. 4. 1980 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Bundesbahnarbeiter Peter Hans Julius Lhotzky und Anna Gertrud Lhotzky geb. Poisel, beide 6484 Birstein-Mauswinkel, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt

für lfd. Nr. 1 auf 340 000,— DM,
für lfd. Nr. 2 auf 49 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6460 Gelnhausen, 11. 11. 1982 Amtsgericht

4806

K 74/78 u. 63/82 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Wächtersbach, Band 73, Blatt Nr. 2167, Gemarkung Wächtersbach,

lfd. Nr. 1, Flur 15, Flurstück 522, Hof- und Gebäudefläche, Wirtheimer Straße 28, Größe 5,26 Ar,

soll am Freitag, dem 21. Januar 1983, 11.15 Uhr, im Gerichtsgebäude 6460 Gelnhausen, Philipp-Reis-Str. Nr. 9, Zimmer Nr. 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 8. 1. 1979 und 6. 7. 1982 (Tage der Eintragungen der Versteigerungsvermerke):

Handelsvertreter Manfred Leimbach und Ingeborg Leimbach geb. Bien, beide in 6480 Wächtersbach 1, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 425 404,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6460 Gelnhausen, 12. 11. 1982 Amtsgericht

4807

K 28 u. 37/81: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Hellstein, Band 25, Blatt 624, Gemarkung Hellstein, lfd. Nr. 1, Flur 3, Flurstück 131/1, Hof- und Gebäudefläche, Reichenbachstraße 4, Größe 12,90 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 1, Flurstück 233, Grünland, Die Eizwiesen, Größe 68,31 Ar,

soll am Freitag, dem 28. Januar 1983, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 6460 Gelnhausen, Philipp-Reis-Str. 9, Zimmer Nr. 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 23. 3. 1981 und 30. 4. 1981 (Tage der Eintragungen der Versteigerungsvermerke):

Industriekaufmann Edmund Horst, Isidor-Caro-Straße 23—25, 5000 Köln.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt

für lfd. Nr. 1 auf 155 670,— DM,
für lfd. Nr. 2 auf 8 197,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6460 Gelnhausen, 15. 11. 1982 Amtsgericht

4808

1 K 13/82 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Kröftel, Band 13, Blatt 368,

Flur 1, Flurstück 114, Hof- und Gebäudefläche, Feldbergstraße 24, Größe 2,51 Ar, soll am Freitag, dem 28. Januar 1983, 9.00 Uhr, Raum 15, I. Stock, im Gerichtsgebäude Gerichtsstraße 1, 6270 Idstein, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 25. 3. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Lydia Schulz geb. Wilk, Idstein-Kröftel. Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 25 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6270 Idstein, 15. 11. 1982 Amtsgericht

4809

1 K 32/82 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Wallbach, Band 16, Blatt 467,

Flur 13, Flurstück 134/5, Hof- und Gebäudefläche, Hermann-Schuster-Straße, Größe 2,14 Ar,

soll am Freitag, dem 28. Januar 1983, 13.30 Uhr, Raum 15, I. Stock, im Gerichtsgebäude 6270 Idstein, Gerichtsstraße 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 13. 7. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Karl Heinz Himmer, Hessenring 16, 6200 Wiesbaden-Nordenstadt.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 305 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6270 Idstein, 16. 11. 1982 Amtsgericht

4810

1 K 40/82: Die im Grundbuch von Neerdar, Band 6, Blatt 151, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Neerdar, Flur 14, Flurstück 21/1, Hof- und Gebäudefläche, Auf'm Busche, Haus Nr. 51, Größe 10,00 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Neerdar, Flur 11, Flurstück 8/10, Hof- und Gebäudefläche, In der Padbecke, Größe 17,94 Ar,

sollen am Freitag, dem 21. Januar 1983, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Korbach, Nebengebäude Nordwall 3, Raum 12, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 28. 7. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Kaufmann Rolf Unger in 5790 Brilon-Kranwinkel, jetz.: 2859 Nordholz, Kirchstraße 14.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt

für lfd. Nr. 1 auf 306 000,— DM,
für lfd. Nr. 2 auf 31 940,— DM,

zusammen auf 337 940,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3540 Korbach, 15. 11. 1982 Amtsgericht

4811

1 K 56/82: Die im Grundbuch von Adorf, Band 35, Blatt 1031, eingetragene ideelle Grundstückshälfte der Frau Iona Reimann geb. Glimm in Diemelsee-Adorf an dem Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Adorf, Flur 11, Flurstück 18, Ackerland, Hinterm Eschenstein, Größe 41,80 Ar,

soll am Freitag, dem 28. Januar 1983, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Korbach, Nebengebäude Nordwall 3, Raum 12, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 8. 9. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Gartenbaugestalter Hermann Reimann, geb. am 20. 4. 1949,

b) Frau Iona Reimann geb. Glimm, geb. am 15. 1. 1952,

beide wohnhaft in 3543 Diemelsee-Adorf, Tulpenweg 5, — je zur Hälfte —.

Der Wert der ideellen Grundstückshälfte ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 190 191,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3540 Korbach, 15. 11. 1982 Amtsgericht

4812

1 K 63/82: Das im Grundbuch von Schotten, Bezirk Nidda, Band 77, Blatt 3199, eingetragene Grundstück

Gemarkung Schotten, Flur 32, Flurstück Nr. 334/5, Hof- und Gebäudefläche, Lohgasse 20, Größe 5,60 Ar,

soll am Donnerstag, dem 13. Januar 1983, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Schloßgasse 23, 6478 Nidda 1, Raum 1, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 27. 9. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

2a) Bettenbühl, Helene geb. Neeb, Schotten, — zur Hälfte —,

b) dieselbe

c) Bettenbühl, Manfred August, Trendelburg,

d) Tschipper geb. Bettenbühl, Renate, Trendelburg II,

e) Bettenbühl, Wolfgang, Schotten,

f) Betz geborene Bettenbühl, Andrea Elisabeth Marga, Schotten,

g) Bettenbühl, Maja, Schotten,

h) Bettenbühl, Hans Ernst Michael, Schotten,

i) Bettenbühl, Claus-Peter, Schotten,

j) Bettenbühl, Dieter, Schotten,

k) Bettenbühl, Uwe, Schotten,

zu b)–k) in Erbengemeinschaft, — zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 65 540,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6478 Nidda 1, 15. 11. 1982 Amtsgericht

4813

7 K 111/82: Durch Zwangsvollstreckung soll der im Wohnungs-Grundbuch von Dietzenbach, Band 290, Blatt 9955, eingetragene 80/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück

Gemarkung Dietzenbach, Flur 12, Flurstück 377/1, LB 4433, Hof- und Gebäudefläche, Staufestraße 1, Größe 44,70 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 16.2 bezeichneten Wohnung, beschränkt durch die jeweils zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte,

am Freitag, dem 28. Januar 1983, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude D, Offenbach am Main, Luisenstraße 16, Saal 824, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 28. 7. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Erich Krauß, Offenbach am Main.

Der Wert des Grundstücksanteils ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 150 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6050 Offenbach am Main, 15. 11. 1982

Amtsgericht

4814

K 17/82 — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Immichenhain, Band 17, Blatt 474, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Immichenhain, Flur 17, Flurstück 42/2, Hofraum, Das Weyertriesch, Größe 1,27 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Immichenhain, Flur 17, Flurstück 39, Hof- und Gebäudefläche, Garten, Das Weyertriesch, Größe 5,41 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Immichenhain, Flur 15, Flurstück 30, Ackerland, Vorm Hellwigsholz, Größe 20,70 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Immichenhain, Flur 17, Flurstück 33/3, Hof- und Gebäudefläche, Das Weyertriesch, Größe 0,17 Ar,

sollen am Freitag, dem 14. Januar 1983, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Schwalmstadt, Steinkautsweg 2, Raum 13, I. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 6. 5. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Monteur Richard Pohl, geb. am 18. 5. 1931, Immichenhain.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 115 000,— Deutsche Mark für Flurstücke 42/2, 39 und 38/3 als wirtschaftliche Einheit, 5 000,— Deutsche Mark für Flurstück 30.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3578 Schwalmstadt, 3. 11. 1982 Amtsgericht

4815

K 24/81 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Hausen, Band 14, Blatt 366, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Hausen, Flur 5, Flurstück 11/95, Bauplatz, Bodenfeld (jetzt: Hof- und Gebäudefläche), Rimbachstr. 5, Größe 9,93 Ar,

soll am Freitag, dem 14. Januar 1983, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Schwalmstadt, Steinkautsweg 2, Raum 13, I. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 25. 5. 1981 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Arno Kufalk und dessen Ehefrau Brigitte geb. Reyer, Rimbachstr. 5, Oberaula-Hausen, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 215 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3578 Schwalmstadt, 6. 10. 1982 Amtsgericht

4816

K 59/81 — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Loshausen, Band 34, Blatt 1030, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Loshausen, Flur Nr. 1, Flurstück 44, Hof- und Gebäudefläche, Bahnhofstraße 2, Größe 1,75 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Loshausen, Flur Nr. 1, Flurstück 212/45, Hof- und Gebäudefläche, Bahnhofstraße 2, Größe 1,55 Ar, (wirtschaftliche Einheit)

sollen am Freitag, dem 21. Januar 1983, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Schwalmstadt, Steinkautsweg 2, Raum 13, I. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 23. 11. 81/2. 12. 81 (Tage der Eintragungen der Versteigerungsvermerke):

Walter Schmidt, geb. am 5. 1. 1919, Margrit Stiegler-Schmidt, geb. am 31. 10. 1938,

beide Bahnhofstr. 2, Willingshausen-Loshausen, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 152 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3578 Schwalmstadt, 16. 11. 1982 Amtsgericht

4817

K 19/81: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von

A. Nieder-Roden, Band 212, Blatt 7313, Miteigentumsanteil 124/10 000 an dem Grundstück

Gemarkung Nieder-Roden, Flur 9, Flurstück 918/4, Hof- und Gebäudefläche,

Frankfurter Str. 92, Größe 37,72 Ar, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 44;

B. Nieder-Roden, Band 228, Blatt 7784, Miteigentumsanteil von 27,10/10 000 an dem Grundstück

Gemarkung Nieder-Roden, Flur 9, Flurstück 918/15, Bauplatz, Frankfurter Straße, Größe 44,83 Ar, verbunden mit dem Sondereigentum an der Garage im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 311;

C. Nieder-Roden, Band 201, Blatt 6977, Miteigentumsanteil von 171/10 000 an dem Grundstück

Gemarkung Nieder-Roden, Flur 9, Flurstück 918/13, Hof- und Gebäudefläche, Frankfurter Straße 88, Größe 32,19 Ar, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 8,

(es handelt sich um 2/584-Anteile an der Hausmeisterwohnung);

zu A., B. und C.: beschränkt durch die jeweils zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte,

soll am Donnerstag, dem 20. Januar 1983, 9.15 Uhr, Raum 1, im Gerichtsgebäude Seligenstadt durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. 6. 1981 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. Karl-Heinrich Weiß, Frankfurter Str. Nr. 92, 6054 Rodgau 3,

2. Angelika Weiß geb. Kovač, daselbst.

zu A. + B.: Eigentümer je zur Hälfte; zu C.: Eigentümer zu je 1/584.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt:

für A. auf 158 000,— DM,

für B. auf 12 000,— DM,

für C. auf 800,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6453 Seligenstadt, 16. 11. 1982 Amtsgericht

4818

3 K 28/82: Das im Grundbuch von Naunheim, Band 77, Blatt 2814, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Naunheim, Flur Nr. 23, Flurstück 450, Bauplatz, Am Rabenbaum (jetzt: Hof- und Gebäudefläche, Am Rabenbaum 19), Größe 9,14 Ar,

soll am 9. Februar 1983, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, Wertherstr. 2, Zimmer 208, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 5. 4. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Miroslaw Modic, Wetzlar, Silcherstr. 19.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 539 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6330 Wetzlar, 21. 10. 1982 Amtsgericht

4819

3 K 68/82: Das im Grundbuch von Werdorf (Gemeinde Asslar), Band 72, Blatt Nr. 2964, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Werdorf, Flur 10, Flurstück 76/4, Hof- und Gebäudefläche, Hohlgartenstr. (Hohlgarten 12), Größe 6,83 Ar,

soll am Freitag, dem 21. Januar 1983, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, Wertherstr. 2, Zimmer 4, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 29. 6. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Klaus Willi Abel, Asslar-Werdorf.

Beschluß: Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt

auf Grund der ortsgerichtlichen Schätzung vom 29. 9. 1982 auf 239 455,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6330 Wetzlar, 21. 10. 1982 Amtsgericht

4820

2 K 12/81: Das im Grundbuch von Laudendbach, Band 43, Blatt 1503, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Laudendbach, Flur Nr. 13, Flurstück 87/1, Hof- und Gebäudefläche, Vor dem Torweg 153, Größe 15,00 Ar,

soll am 10. Januar 1983, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Witzenhausen, Walburger Str. 38, Zimmer 121 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. 4. 1981 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Kaufmann Ernst Velt,
b) dessen Ehefrau Maria Velt geb. Duba, beide Brückenstr. 33, 3432 Großalmerode-Laudendbach.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 200 000,— DM festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3430 Witzenhausen, 11. 11. 1982 Amtsgericht

4821

2 K 45/81: Die für Frau Erika Hilger geb. Köhler im Grundbuch von Neuseesen, Band 2, Blatt 49, eingetragenen halben Miteigentumsanteile an den Grundstücken

lfd. Nr. 2, Gemarkung Neuseesen, Flur 2, Flurstück 185/29, Ackerland, An der Hergrabenhecke, Größe 154,15 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Neuseesen, Flur 2, Flurstück 10/1, Hof- und Gebäudefläche und Gartenland, Hansteinstr. 11, Größe 22,71 Ar,

sollen am 24. Januar 1983, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Witzenhausen, Walburger Str. 38, Zimmer 121 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 18. 5. 1981 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Frau Erika Hilger geb. Köhler, Hansteinstr. 12, 3430 Witzenhausen-Neuseesen, — zur Hälfte —

Der Wert der halben Grundstücksanteile ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt

für lfd. Nr. 2 auf 7 399,— DM,

für lfd. Nr. 4 auf 131 631,— DM,

insgesamt auf 139 030,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3430 Witzenhausen, 12. 11. 1982 Amtsgericht

4822

61 K 44/82 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Kastel, Blatt 3728, eingetragene Grundstück der Gemarkung Kastel

lfd. Nr. 1, Flur 16, Flurstück 244/1, Hof- und Gebäudefläche, Wiesbadener Straße Nr. 34, Größe 5,42 Ar,

soll am Dienstag, dem 11. Januar 1983, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wiesbaden, Gerichtsstr. 2, Zimmer 243, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer: Werner Riegel.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 355 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6200 Wiesbaden, 9. 11. 1982

Amtsgericht, Abt. 61

Andere Behörden und Körperschaften

Öffentliche Bekanntmachung des UVF

Die 10. öffentliche Sitzung des Verbandstags findet am Dienstag, 7. Dezember 1982, 16.00 Uhr, im Plenarsaal der Stadt Frankfurt am Main, Rathaus-Römer, Eingang Römerberg, statt.

Tagesordnung I:

1. Mitteilungen des Vorsitzenden des Verbandstags
2. Mitteilungen des Verbandsausschusses
3. Fragestunde gem. § 12 der Geschäftsordnung
4. Investitionsprogramm 1982—1986, Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 1983; 2. Lesung
5. Landschaftsplan des UVF
6. Erholungsgebiet „Alter Flugplatz Eschborn“
7. 3. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung
8. Überörtliche Abwasserbeseitigung

6000 Frankfurt am Main, 19. November 1982

Umlandverband Frankfurt
Der Verbandstag
Küchler, Vorsitzender

Änderung in der Zusammensetzung des Aufsichtsrates der Hessischen Landesentwicklungs- und Treuhandgesellschaft mbH, Wiesbaden, und der HLT Gesellschaft für Forschung Planung Entwicklung mbH, Wiesbaden

Gemäß § 52 GmbHG geben wir bekannt, daß

1. Herr Staatsminister Klaus-Jürgen Hoffie,
2. Herr Staatsminister Ekkehard Gries

aus den Aufsichtsräten unserer Gesellschaften ausgeschieden sind.

6200 Wiesbaden, 1. November 1982

Hessische Landesentwicklungs- und Treuhandgesellschaft mbH
HLT Gesellschaft für Forschung Planung Entwicklung mbH
Die Geschäftsführung

- 3550 Marburg, Deutschhausstraße 28
- 3508 Melsungen, Kasseler Straße 39
- 6442 Rotenburg a. d. Fulda, Obertor 8
- 6490 Schlüchtern, Fuldaer Straße 7
- 3540 Korbach, Prof.-Bier-Straße 9
- 3430 Witzenhausen, Südbahnhofstraße 11
- 3549 Wolfhagen, Burgstraße 19
- 3578 Schwalmstadt, Landgraf-Philipp-Straße 23

während der allgemeinen Dienststunden (Montag bis Freitag von 9—12 und 13—15 Uhr) zur Einsichtnahme durch die Versicherungsnehmer oder ihrer Beauftragten aus (§ 26 Abs. 2 der Anstaltssatzung).

3500 Kassel, 1. November 1982

Hessische Brandversicherungsanstalt
Der Direktor

Öffentliche Ausschreibungen

DARMSTADT: Die Bauleistungen zum Neubau des Radweges an der L 3097 zwischen Pfungstadt/Eschollbrücken und Darmstadt (km 0,038 bis km 3,557) sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- 8 400 m² Bodenbewegung,
- 2 160 m² Frostschutz
- 8 300 m² bit. Tragschicht 0/32 mm
- 7 600 m² Asphaltbeton 0/11 mm
- 65 m² Plattenbelag

und Nebenarbeiten.

Bauzeit: 120 Werktage.

Bietern müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 3. Dezember 1982 anzufordern.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 20,— DM, die in keinem Fall zurück-erstattet werden, ist beizufügen. Einzahlungen bei der Staatskasse Darmstadt, Postscheckkonto Nr. 355 99-602 beim Postscheckamt Frankfurt am Main mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen Radweg an der L 3097.“

Eröffnung: Freitag, den 17. Dezember 1982, 10.00 Uhr.

Zuschlags- und Bindefrist: 18 Werktage.

6100 Darmstadt, 18. November 1982 **Hessisches Straßenbauamt**

Einführung der neu entwickelten „Prämienrichtlinien für die Industrie-Feuerversicherung, Ausgabe Juni 1982“

Der Verwaltungsrat der Hessischen Brandversicherungsanstalt in Kassel hat in seiner Sitzung am 1. November 1982 folgenden Beschluß (§ 7 [2] e) der Anstaltssatzung) gefaßt:

„Die ‚Prämienrichtlinien für die Industrie-Feuerversicherung, Ausgabe Juni 1982‘ des Verbandes der Sachversicherer werden als Beitragstarif III — industrielle und gewerbliche Wagnisse — der Gebäudefeuerversicherung der Hessischen Brandversicherungsanstalt zum 1. Januar 1984 eingeführt und in ihrer jeweils gültigen Fassung angewandt.“

Die „Prämienrichtlinien für die Industrie-Feuerversicherung, Ausgabe Juni 1982“ liegen vom 1. Januar 1984 an bei der

Hessischen Brandversicherungsanstalt
— Hauptabteilung Allgemeine Verwaltung —,
Kölnische Straße 44/46, 3500 Kassel,
1. Stock, Zimmer 103,

sowie bei ihren Rentereien — Kreisgeschäftsstellen — in

- 3440 Eschwege, Bismarckstraße 15
- 3558 Frankenberg, Bahnhofstraße 23
- 3580 Fritzlar, Gießener Straße 18
- 6400 Fulda, Heinrichstraße 10
- 6460 Gelnhausen, Röther Gasse 33
- 6450 Hanau, Römerstraße 17
- 6430 Bad Hersfeld, Linggplatz 17
- 3520 Hofgelsmar, Bahnhofstraße 25 1/4
- 6418 Hünfeld, Niedertor 5
- 3575 Kirchhain 1, Brießelstraße 2



Das sanfte Ruhe-Kissen

LOTTO

4-Wochenschein

einmal abgeben und viermal teilnehmen am großen Glück




ESCHWEGE: Die Bauleistungen für den Bau der BAB A 4, Bad Hersfeld—Herleshausen (Eisenach) von der neuen Grenzkontrollstelle bis zur Grenze der DDR, Betr.-km 314,205 bis Betr.-km 315,640, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.

- 3 000 m³ Mutterboden abtragen
 - 200 000 m³ Erdbewegung
 - 9 200 m³ 1. Tragschicht, Kies 0/32 mm (24 cm dick)
 - 3 800 m³ 2. Tragschicht, gebr. Naturgestein 0/32 mm (10 cm dick)
 - 34 500 m³ bit. 3. Tragschicht 0/32 mm (14 cm dick)
 - 33 700 m³ 1. Asphaltbinderschicht 0/22 (8 cm dick)
 - 33 000 m³ Asphaltbetondeckschicht 0/11 mm (4 cm dick)
- und sonstige Nebenarbeiten.

Bauende: 28. Oktober 1984.

Die Vergabeunterlagen können bei der ausschreibenden Stelle, Abteilung Baudurchführung Straßen, Eschwege, Kurt-Holzappel-Straße 37, 1. Obergeschoß, während der Besuchszeiten von 9.00 bis 12.00 und 14.00 bis 15.30 Uhr eingesehen werden.

Angebotsunterlagen sind bis spätestens 3. Dezember 1982 anzufordern.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 150,— DM ist beizufügen.

Der Betrag ist bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Frankfurt am Main 67 53-609, BLZ 500 100 60 oder Konto Nr. 1000 205, BLZ 532 500 00 bei der Kreis- und Stadtparkasse Bad Hersfeld oder Konto Nr. 532 015 01, BLZ 532 000 00 bei der Landeszentralbankstelle in Bad Hersfeld unter Angabe „Ausbau der BAB A 4 Bad Hersfeld—Herleshausen“ einzuzahlen.

Eröffnungstermin: Dienstag, den 25. Januar 1983, um 10.00 Uhr, beim Hess. Straßenbauamt Eschwege, Kurt-Holzappel-Str. 37, 1. Obergeschoß (Sitzungssaal).

Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 36 Werktage.

3440 Eschwege, 18. November 1982 Hessisches Straßenbauamt

Stellenausschreibungen

Bei der STADT LANGEN, Kreis Offenbach

ca. 29 000 Einwohner, ist zum 1. April 1983 die Stelle eines

hauptamtlichen Ersten Stadtrates

neu zu besetzen.

Die Wahlzeit beträgt 6 Jahre.

Die Besoldung richtet sich nach der Hessischen Kommunalbesoldungsverordnung, derzeit Besoldungsgruppe B 2, zusätzlich Aufwandsentschädigung.

Das Dezernat des Ersten Stadtrates umfaßt z. Z. das Amt für öffentliche Ordnung, Wirtschaft und Verkehr, das Sozialamt sowie die Rechtsabteilung. Eine Änderung der Dezer-natsverteilung bleibt vorbehalten.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind bis spätestens 31. Dezember 1982 zu richten an den

Vorsitzenden des Wahlvorbereitungsausschusses

Herrn Heinz-Helmut Schneider

Dresdener Straße 4

6070 Langen

Kennwort „Stadtrat-Wahl“.

Persönliche Vorstellung nur nach Aufforderung.

Postvertriebsstück

Buch- u. Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co. KG
Postfach 22 29, 6200 Wiesbaden 1.

Gebühr bezahlt

1 Y 6432 A

Bei der Gemeinde Schöneck (10 500 Einwohner),
Main-Kinzig-Kreis, Hessen, ist die Stelle des

1. Beigeordneten

zum 1. April 1983 neu zu besetzen. Die Wahlzeit beträgt 6 Jahre. Wiederwahl auf jeweils 6 Jahre ist möglich. Die Besoldung bestimmt sich nach der Besoldungsgruppe A 15 Bundesbesoldungsgesetz.

Die Gemeinde Schöneck wurde 1971 aus den jetzigen Ortsteilen Budesheim, Killanstädten und Oberdorfelden gebildet und liegt im Nidder-Tal in landschaftlich reizvoller Umgebung in der Nähe der Städte Frankfurt am Main und Hanau. Schöneck hat gute Verkehrsverbindungen und eine gesunde Wirtschaftsstruktur. Durch die Nähe zum Rhein-Main-Gebiet sind alle wichtigen kulturellen Möglichkeiten ausreichend gegeben. In der Gemeinde befinden sich zwei Grundschulen und eine neu erbaute Mehrzweckhalle, drei Kindergärten sowie Sport- und Freizeiteinrichtungen. Weiterführende Schulen (Gesamtschulen, Gymnasien) sind gut erreichbar.

Als Bewerber kommen nur Persönlichkeiten in Betracht, die umfassende Kenntnisse auf dem Gebiet der Kommunalverwaltung besitzen — insbesondere im kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen — und entsprechende praktische Erfahrungen nachweisen können. Der Bewerber soll die 2. Verwaltungsprüfung abgelegt haben oder eine vergleichbare Qualifikation und Tätigkeit nachweisen können. Des weiteren soll er fähig sein, mit seinen Mitarbeitern vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Von dem Bewerber werden Einsatzbereitschaft, wirtschaftliches Verständnis und Organisationstalent erwartet.

Bewerbungen sind bis spätestens 15. Dezember 1982, 18.00 Uhr, mit Lebenslauf, Lichtbild, beglaubigten Zeugnisschriften, lückenlosem Tätigkeitsnachweis und etwaigen Referenzen unter dem Kennwort „Wahl des 1. Beigeordneten“ in verschlossenem Umschlag an den

Vorsitzenden des Wahlvorbereitungsausschusses

Herrn Dr. Manfred Klußmann, Hanauer Pfad 39 a

6369 Schöneck-Budesheim

zu richten. Persönliche Vorstellungen nur auf besondere Aufforderung.

6369 Schöneck, 8. November 1982

Der Vorsitzende des Wahlvorbereitungsausschusses
der Gemeinde Schöneck

STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN. Erscheinungsweise: wöchentlich montags. Bestellungen von Abonnements sind beim Verlag aufzugeben. Bezugspreis: halbjährlich 56,20 DM (einschließlich Porto und 6,5 Prozent Umsatzsteuer). Abonnementskündigung mit einer Frist von 6 Monaten zum 30. 6. und 31. 12. Der Preis von Einzelstücken beträgt 7,50 DM; im Preis sind die Versandkosten und 6,5 Prozent Umsatzsteuer enthalten. Einzelhefte gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages Frankfurt am Main Nr. 1173 37-601. Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Leitender Ministerialrat Gantz, für die technische Redaktion und den „Öffentlichen Anzeiger“, Kurt Hummel. Verlag: Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co. KG, Postfach 22 99, 6200 Wiesbaden.

Bankkonto: Bank für Gemeinwirtschaft, Wiesbaden, Nr. 10 143 800. Druck: Druck- und Verlagshaus Chmielorz GmbH, Ostring 13, 6200 Wiesbaden-Nordenstadt. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staatsanzeiger, Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden, Telefon 0 61 21 / 3 96 71. Anfragen und Auskünfte technischer Art über den redaktionellen Teil des Staatsanzeigers (Fortdrucke, Sonderdrucke, Belagen usw.) sowie alle Angelegenheiten für den „Öffentlichen Anzeiger“ zum Staatsanzeiger für das Land Hessen (Anzeigen): Telefon 0 61 22 / 66 71, Apparat 99. Fernschreiber: 4 186 648. Anzeigenschluß: 11 Tage vor Erscheinen (jeweils donnerstags für die am übernächsten Montag erscheinende Ausgabe, maßgebend ist der Posteingang). Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 20 vom 1. Juli 1982. — Anfertigung von Klischees zum Selbstkostenpreis. Der Umfang der Ausgabe Nr. 48 vom 29. November 1982 beträgt 32 Seiten.